

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Donnerstag, den 14. Juli 1904.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

Abonnements-Bedingungen:

Monatspreis (Pränumerando):
Vierteljährlich 3,30 M., monatlich 1,10 M.,
wöchentlich 28 Pf. frei ins Haus.
Einzelnnummer 5 Pf. Sonntags-
nummer mit illustrierter Sonntags-
beilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Post-
abonnements: 1,10 Mark pro Monat,
eingetragen in die Post-Zeitungs-
preisliste. Unter Kreuzband für
Deutschland und Oesterreich-Ungarn
2 Mark, für das übrige Ausland
3 Mark pro Monat.

Erscheint täglich außer Montags.

Die Inserions-Gebühr

Beträgt für die sechsstelligen Kolonnen-
zeile oder deren Raum 40 Pf., für
vollständige und gewerkschaftliche Vereins-
und Versammlungs-Anzeigen 25 Pf.,
„Kleine Anzeigen“, das erste (frei-
gebrauchte) Wort 10 Pf., jedes weitere
Wort 5 Pf., Worte über 15 Buchstaben
zahlen für zwei Worte. Inserate für
die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr
nachmittags in der Expedition abgegeben
werden. Die Expedition ist an Wochen-
tagen bis 7 Uhr abends, an Sonntags-
und Festtagen bis 8 Uhr vormittags geöffnet.

Telegraphisch-Adresse:
„Sozialdemokrat Berlin“.

Die deutschen Gewerkschafts-Organisationen im Jahre 1903.

Wir fahren heute mit den Mitteilungen der Generalkommission über die Gewerkschaftsorganisationen im Jahre 1903 fort. Durch nachträgliche Meldungen während der Veröffentlichung hat sich herausgestellt, daß der Massenbestand der Centralverbände noch höher ist, als gestern mitgeteilt; er beträgt nicht 12 570 972 M., sondern 12 973 726 M.

Die weiblichen Mitglieder.

In Bezug auf die Organisation der Arbeiterinnen ist in den letzten Jahren ein guter Fortschritt zu verzeichnen. Die Zahl der weiblichen Gewerkschaftsmitglieder stieg im Jahre 1903 von 28 218 auf 40 666, also um 12 448 Mitglieder. Daß in 8 Organisationen ein Verlust von weiblichen Mitgliedern eingetreten, ist jedenfalls sehr bedauerlich. Zwar beträgt der Gesamtverlust nur 158 Mitglieder, von denen 52 auf solche Verbände entfallen, die überhaupt einen Mitgliederverlust zu beklagen haben. Welche Gründe für den Rückgang der Zahl der weiblichen Mitglieder im Holzarbeiter-Verbande ausschlaggebend waren, konnten wir nicht feststellen.

Die Schuhmacher haben 29,90 Proz., die Gemeinde-Arbeiter 20,15 Proz., die Buchbinder 27,32 Proz., die Buchdrucker-Hilfsarbeiter 22,89 Proz. und die Metallarbeiter 21,43 Proz. der weiblichen Berufsangehörigen organisiert. Nicht in allen Berufen sind die gleichen Vorbedingungen für den Erfolg der Agitation unter den Arbeiterinnen gegeben. Die Heranziehung der Arbeiterinnen zur gewerkschaftlichen Organisation liegt aber im eigenen Interesse der Arbeiter selbst und es ist deshalb notwendig, daß die Agitation den obwaltenden Verhältnissen angepaßt wird.

Die Finanzverwaltung der Gewerkschaften.

Die 63 Centralverbände hatten im Jahre 1903 eine Einnahme von 16 419 991 M. und eine Gesamtausgabe von 13 724 336 M. zu verzeichnen und es verbleib ihnen am Jahresabschluss ein Kassenbestand von 12 973 726 M. In den vorstehenden Einnahmen sind nicht enthalten die Einnahmen der Lokalfonds, welche von den Vorständen der Verbände nicht verrechnet werden, sowie die Einnahmen besonderer Kaffeneinrichtungen. In 12 Verbänden beträgt die Einnahme in den Lokalfonds 518 431 M., welche sich auf die Organisationen wie folgt verteilen: Bildhauer 21 940 M., Buchbinder 41 959 M., Civilmusiker 2798 M., Hafnarbeiter 8069 M., Holzarbeiter 375 345 M., Putzwerker 12 177 M., Lederarbeiter 14 078 M., Maler 16 213 M., Schiffszimmerer 895 M., Steinseger 8820 M., Werftarbeiter 5451 M., Cigarrensortierer 10 398 M. Diese Einnahmen wurden zum größten Teil für Agitation, Streikunterstützung, sowie Arbeitslosen-, Reise-, Kranken- und sonstige Unterstützung verausgabt.

Die Einnahmen besonderer Kaffeneinrichtungen betragen in sieben Organisationen 85 120 M. Auch diese Einnahmen dienen hauptsächlich Unterstützungszwecken.

Nachstehend folgen die Organisationen nach der Höhe der Beiträge pro Kopf der Mitglieder. Es vereinnahmten:

Rotenfelder 65,52 M.; Buchdrucker 54,62 M.; Buchdrucker Elfaß-Lothringens 46,89 M.; Bildhauer 40,26 M.; Barbier 29,02 M.; Putzwerker 28,92 M.; Köpfer 27,23 M.; Formstecher 25,81 M.; Cigarrensortierer 25,37 M.; Kupferfärber 25,04 M.; Zimmerer 24,03 M.; Porzellanarbeiter 23,21 M.; Handbühnenmacher 22,94 M.; Lithographen und Steinbrüder 22,96 M.; Stuhlreue 22,01 M.; Gastwirtsgehilfen 20,01 M.; Maurer 19,38 M.; Müller 19,00 M.; Portefeuerler 18,45 M.; Graveure und Tischeure 18,33 M.; Tapezierer 17,75 M.; Konbitorer 17,63 M.; Glasarbeiter 17,34 M.; Bauarbeiter 17,28 M.; Lederarbeiter 17,02 M.; Wäder 16,86 M.; Maler 16,77 M.; Vergolder 16,43 M.; Seelente 16,03 M.; Holzarbeiter 15,85 M.; Gärtner 15,82 M.; Schuhmacher 15,82 M.; Schmiede 15,76 M.; Metallarbeiter 15,68 M.; Sattler 15,33 M.; Labalarbeiter 15,17 M.; Schneider 15,00 M.; Kürschner 14,58 M.; Steinarbeiter 14,40 M.; Buchbinder 14,23 M.; Handels-, Transport- und Verkehrsarbeiter 13,84 M.; Steinseger 13,50 M.; Brauer 13,20 M.; Glaser 12,40 M.; Böttcher 11,97 M.; Bureau-Angestellte 11,92 M.; Werftarbeiter 11,40 M.; Lagerhalter 11,29 M.; Hafnarbeiter 10,83 M.; Dachdecker 10,78 M.; Bergarbeiter 10,50 M.; Gemeindegewerkschaften 10,15 M.; Buchdruckerhilfsarbeiter 10,14 M.; Schiffszimmerer 10,13 M.; Civilmusiker 9,85 M.; Fabrikarbeiter 9,58 M.; Waldschmitten und Heizer 9,03 M.; Handlungsgehilfen 8,72 M.; Wäschearbeiter 6,91 M.; Masseure 6,41 M.; Fleischer 4,78 M.; Blumen- und Federarbeiter 3,10 M.

Eine Uebersicht für die Verbände der Holzarbeiter und Metallarbeiter, die in den letzten Jahren die Arbeitslosenunterstützung eingeführt haben, und für die beiden größten Verbände des Baugetverbes, Maurer und Zimmerer, zeigt, wie sich die Beitragsleistung in den einzelnen Verbänden im letzten Jahrzehnt gesteigert hat, beweist aber auch aufs neue, daß die Erhöhung der Beiträge den Mitgliederbestand nicht verringert, sondern erhöht und stabiler macht.

Jahr	Holz- arbeiter		Maurer		Metall- arbeiter		Zimmerer	
	Mitgliederzahl	Beitragsleistung pro Kopf der Mitglieder	Mitgliederzahl	Beitragsleistung pro Kopf der Mitglieder	Mitgliederzahl	Beitragsleistung pro Kopf der Mitglieder	Mitgliederzahl	Beitragsleistung pro Kopf der Mitglieder
1894	26 141	7,27	12 580	6,85	38 406	7,62	8 127	8,59
1895	29 092	6,85	14 860	7,40	39 297	8,42	9 281	8,58
1896	38 647	8,32	26 600	7,83	41 095	8,55	13 282	9,59
1897	40 576	9,25	42 662	8,71	59 890	8,01	17 620	9,97
1898	48 589	9,87	60 175	10,32	75 431	7,86	22 104	11,17
1899	62 570	10,23	74 534	14,24	85 013	10,55	23 719	15,75
1900	73 972	15,—	82 964	15,23	100 703	11,84	25 272	12,40
1901	70 251	11,83	74 585	15,44	102 905	12,72	24 151	11,92
1902	70 300	13,88	82 228	18,79	128 842	12,17	24 502	20,—
1903	79 782	15,85	101 155	19,88	160 135	17,68	27 265	24,03

Ueber die Ausgaben, welche die Verbände im Jahre 1903 gemacht haben, gewährt folgende Aufstellung einen Ueberblick. Es verausgabten für:

Verbandsorgan	Organisf.	884 662 M.
Agitation	60	560 987
Streiks im Beruf	54	4 409 855
Streiks in andren Berufen	54	119 817
Rechtschutz	52	150 721
Gewahrgelten-Unterstützung	41	250 310
Reise-Unterstützung	41	613 870
Arbeitslosen-Unterstützung	28	1 270 058
Kranken-Unterstützung	25	944 059
Invaliden-Unterstützung	7	159 442
Sonstige Unterstützung	52	301 961
Stellenvermittlung	12	7 872
Bibliotheken	16	14 882
Sonstige Zwecke	53	818 906
Konferenzen und Generalversammlungen	43	184 909
Beitrag an die Generalkommission	59	89 818
Projektsosten	10	2 276
Gebäude	61	304 172
Verwaltungsmaterial	57	276 215

Für Streiks wurden allein 4 529 672 M. verausgabt. Der bisher höchste Betrag für Streiks aus den Kassen der Verbände betrug 1900 2 025 642 M. und die höchste Gesamtausgabe für Streiks betrug 1896 3 042 950 M. Die Summe, welche 1903 allein aus den Verbandskassen für Streiks verausgabt wurde, übersteigt also ganz bedeutend die bisher in einem Jahre für Streiks insgesamt verausgabte Summe.

Und die für Unterstützungs- und Bildungszwecke verausgabte Summe übersteigt die für Streiks aufgewendete noch um fast 100 000 M.

Es wurden von 1891—1903 ausgegeben für Unterstützungen verschiedener Art 22 485 988 M. und für das Verbandsorgan 6 375 694 M., zusammen 28 861 682, während für Streiks in diesen Jahren 17 576 430 M. aus den Verbandskassen geleistet wurden. Die für die ersten Zwecke der Gewerkschaften gemachte Ausgabe übersteigt die für Streiks immer noch um 11 1/2 Millionen Mark, obgleich die Unternehmer die Arbeiter durch Massenaußpersperungen und durch brutale Abweisung der Arbeiter bei Lohnaußpersperungen, immer größere Summen für den unmittelbaren Gewerkschaftskampf zu verwenden.

Für Reise- und Arbeitslosenunterstützung wurde im letzten Jahre weniger ausgegeben als 1902 und 1901. Für die Organisationen, welche Arbeitslosenunterstützung zahlen, wurden Vergleiche für 1898 bis 1903 angestellt und es ergab sich, daß in den letzten Jahren mit günstiger Konjunktur, 1898—1899 pro Kopf der Mitglieder 2,79 resp. 2,48 M. an Arbeitslosenunterstützung verausgabt wurden. 1901 betrug diese Ausgabe 5,67, 1902 5,52 und 1903 nur 3,95 M. Ein noch besserer Beweis dafür, daß die Gewerkschaften infolge ungünstiger Konjunktur ungemein belastet werden, ist, daß 1903 die Bildhauer und Buchdrucker 15,00 M., dagegen 1902 die Bildhauer 23,57 M. und die Buchdrucker 17,70 M. pro Kopf der Mitglieder an Arbeitslosenunterstützung zu zahlen hatten.

Den jeder großer Bedeutung ist die Erhöhung der Kassenbestände im letzten Jahre. Trotz der enormen Ausgaben ist der gesamte Kassenbestand von 10 259 559 M. auf 12 973 726 M. angewachsen. Pro Kopf der Mitglieder betrug am Jahresabschluss der Kassenbestand in den einzelnen Verbänden:

Rotenfelder 278,03 M.; Buchdrucker, Elfaß-Lothringens, 144,84 M.; Buchdrucker 112,00 M.; Putzwerker 55,42 M.; Buchbinder 29,88 M.; Seelente 26,65 M.; Vergolder 22,98 M.; Formstecher 22,33 M.; Cigarrensortierer 21,68 M.; Zimmerer 20,47 M.; Steinarbeiter 19,74 M.; Lithographen und Steinbrüder 19,16 M.; Schiffszimmerer 17,85 M.; Maurer 16,99 M.; Holzarbeiter 16,94 M.; Werftarbeiter 16,53 M.; Bildhauer 16,16 M.; Portefeuerler 15,23 M.; Steinseger 14,81 M.; Stuhlreue 14,23 M.; Kürschner 13,80 M.; Buchdruckerhilfsarbeiter 13,14 M.; Lagerhalter 12,85 M.; Lederarbeiter 12,53 M.; Handbühnenmacher 11,93 M.; Maler 11,90 M.; Glaser 10,57 M.; Brauer 10,55 M.; Müller 9,84 M.; Konbitorer 9,37 M.; Gastwirtsgehilfen 8,60 M.; Porzellanarbeiter 8,26 M.; Graveure und Tischeure 7,99 M.; Sattler 7,93 M.; Wäsche-Arbeiter 7,85 M.; Wäder 7,84 M.; Hafnarbeiter 7,73 M.; Kupferfärber 7,09 M.; Bauarbeiter 7,48 M.; Bergarbeiter 7,30 M.; Schuhmacher 6,85 M.; Böttcher 6,67 M.; Fabrikarbeiter 5,86 M.; Textilarbeiter 5,77 M.; Metallarbeiter 5,69 M.; Bureau-Angestellte 5,49 M.; Labalarbeiter 5,31 M.; Schneider 5,26 M.; Schmiede 5,21 M.; Tapezierer 5,07 M.; Glasarbeiter 4,92 M.; Barbier 4,70 M.; Handels-, Transport- und Verkehrsarbeiter 3,72 M.; Gemeindegewerkschaften 3,87 M.; Köpfer 2,90 M.; Civilmusiker 2,68 M.; Gärtner 2,63 M.; Waldschmitten und Heizer 2,30 M.; Fleischer 2,16 M.; Blumen- und Federarbeiter 1,66 M.; Handlungsgehilfen 1,64 M.; Masseure 0,66 M.; Dachdecker 0,01 M.

Bezüglich der inneren Einrichtungen der Organisationen ist folgendes zu erwähnen. Es haben 59 Verbände das Jahrgang obligatorisch eingeführt, während vier dasselbe im Abonnement den Mitgliedern liefern. Die Gesamt-Ausgabe der Gewerkschaftspressen beträgt 1 044 650 Exemplare. Eines dieser Organe erscheint wöchentlich dreimal, 27 erscheinen wöchentlich einmal, zwei monatlich dreimal, 16 alle 14 Tage, sechs monatlich zweimal und sieben monatlich einmal.

Weise-Unterstützung wird in 48 Verbänden gewährt, Arbeitslosen-Unterstützung in 30, Kranken-Unterstützung in 23 und Invaliden-Unterstützung in fünf Verbänden.

Es ist jetzt kein Verband mehr vorhanden, der weniger als 15 Pf. Beitrag pro Woche erhebt.

Im Jahre 1891 hatten 39 Proz. der Verbände weniger als 15 und 80 Proz. der Verbände weniger als 20 Pf. Beitrag pro Woche. 1903 hatten von den 63 Verbänden nur noch 3 oder 5 Proz. einen Beitrag von weniger als 20 Pf. pro Woche.

Das Gesamtbild, welches uns die Statistik gewährt, ist nach jeder Seite ein recht erfreuliches. Die Zahl der Gewerkschaftsanhänger hat sich ganz beträchtlich vermehrt, die Kassen sind erkrankt trotz der tiefen Kämpfe, die mit dem Unternehmertum zu führen waren, und es ist wohl begründete Hoffnung vorhanden, daß auch in diesem Jahre die Entwicklung vorwärts fortschreiten wird. Aber auch die Unternehmer-Vereinigungen sind kräftiger und widerstandsfähiger geworden, und sie nehmen eine immer

drohendere Haltung gegenüber unsren Gewerkschaften an. Angesichts dessen ist es notwendig, daß wir unsre Kassen immer mehr kräftigen. Wir dürfen uns in der Freude über unsre Erfolge nicht in Siegesstumpfheit wiegen, sondern wir müssen fortdauernd ernstlich bestrebt sein, unsre Organisationen nach jeder Richtung auszubauen. Noch ist in dieser Beziehung eine gewaltige Arbeit zu verrichten. Große, starke Verbände haben doch in weiten Gebieten noch kaum Fuß gefaßt, in verschiedenen Berufen ist die Zahl der Organisierten zur Zahl der Berufsangehörigen noch eine sehr geringe, kurz, die deutschen Gewerkschaften nehmen in ihrer Gesamtheit noch nicht jene machtvolle Stellung ein, wie sie einzelne Organisationen bereits aufzuweisen haben. Die sehr günstige Entwicklung im letzten Jahre wird jeden einzelnen Anhänger und Freund der Gewerkschaften zu neuer Thätigkeit anspornen, mitzuhelfen an der Ausgestaltung des gewaltigen Baues der gewerkschaftlichen Organisationen.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 13. Juli.

Der Prozeß des Jaren.

Königsberg, 13. Juli. (Privatbesuche des „Vorwärts“.)

Der Prozeß, der unternommen worden ist, um das russische Maß reaktionärer Möglichkeiten in heutigen Preußen zu zeigen und zugleich einen Schlag gegen die Träger der Kultur- und Sozialentwicklung, die deutsche Sozialdemokratie zu führen, gestaltet sich zu einer Kundgebung sozialdemokratischer Kraft und Thätigkeit, während die Anklage ihren Verfertiger unter den Händen zerrinnt. Die Staatsanwaltschaft griff am heutigen Tage kaum noch ein, und wenn sie es that, recht unglücklich.

Diese Angeklagten, soweit sie in der Partei eine Vertrauensstellung besaßen, fühlen sich durchaus nicht als arme Sünder. Mit ruhigem Stolz, ohne jeden Winkelzug, bestimmt und klar, im Gefühl politisch-geistiger Ueberlegenheit bekennen sie ihre „Verbrechen“, sofern sie irgendwie mit der Sache zu thun haben und nicht bloß aus staatsanwaltlichem Mißverständnis hineingezogen sind. Sie sind durchaus nicht eingeschüchtern, obwohl in der Anklage etwas von Tod durch den Strang und lebenslänglicher Verhaftung nach Sibirien geredet wird. Ihre Antworten sind so bestimmt und scharf, daß bei der Vernehmung untröstlichen Zuhörer Vertrauensmanns Merfins, des aufrechten, selbstsicheren Sozialdemokraten, der Vorsitzende plötzlich das Gefühl bekommt, man treibe seinen Spott mit dieser ganzen russischen Aktion. Und er herrscht ohne jeden wirklichen Anlaß — denn Wertins freimut äußerte sich durchaus schlicht und ernst — den Angeklagten an, er möge sich gefälligst mehr als Angeklagter fühlen und sich von der schweren Last der Anklage zerrühren lassen. Wahrsagt, es ist ein unerhörter Frevel, daß diese Sozialdemokraten durchaus nicht sich als „Verbrecher“ fühlen wollen, weil ein Ungefahr sie auf eine königlich preussische Anklagebank verschlagen hat!

Einen ganz eignen Reiz hat das Auftreten der Frauen im Prozeß, die als Zeugen erscheinen. Dem Eindruck ihrer Zeugenaussagen können sich auch Richter und Staatsanwalt nicht entziehen. Da weht Luft aus einer neuen Welt. Diese Frauen sind die Kameraden ihrer Männer. Sie sind Dissidenten, aber ihr ganzes Wesen ist durchweht von dem göttlichen Glauben an ihre Sache, das unerschütterte Angemach ihrer Männer hat sie nicht im mindesten gebeugt. Sie leisten tapfer die Arbeit der Verhafteten, sorgen für ihre Familien, unterziehen sich geduldig den Befestigungen des Verfahrens und sind dabei doch unermüdet für die Partei thätig. Jede freie Stunde nützen sie für die Vervollkommnung ihrer Bildung aus, von den proletarischen Einkünften opfern sie unbedenklich dreißig Mark, um zwei arme Kassen zu unterstützen. Und alle ihre sozialdemokratische Erziehung kommt zum Ausdruck in ihren Zeugenaussagen, die keine ästhetische Meisterwerke sind. Mit scharfer Stimme vorgetragen, reißen sich ohne Schwankungen und Abschweifungen ihre Bekundungen aneinander. Sie werden nicht vereitelt, aber sicher hat niemand im Saale einen Zweifel daran, daß jede Silbe wahr ist. Als der Staatsanwalt die Jengin Rotwagroski fragt, wer der Bekannte sei, der ihr die Palette an Klein verpackt habe, verweigert sie ritteilich ihre Aussage, um ihm nicht Scherereien zu bereiten. Und das Gericht macht keinen Versuch, der staatsanwaltschaftlichen Neugier Befriedigung zu verschaffen.

Fürwahr, man vergißt völlig diese kriminelle Bureaukratenphantasie und giebt sich freudig den Wirkungen sozialdemokratischer Kultur hin.

Neben diesen sozialdemokratisch erzogenen Proletariern aber sitzen als Mitschuldige Gestalten, wie der alte litauische Bauer Kögst, der nicht lesen und schreiben kann. Er hat für gutes Geld Palette aufbewahrt und transportiert, die dann von Schmugglern über die Grenze geschafft wurden. Und dieser Kögst soll gegen die Russen hochverräterisch konspiriert haben!

Und welches Ergebnis hat die heute abgeschlossene Vernehmung der Angeklagten gehabt? Entweder sind sie ganz und gar unbedeutend, wie Braun und Ehrenport, dessen Name nur als Dedresse von den bei ihm wohnenden Russen benutzt wurde, oder sie haben deren Schriften in Empfang genommen, sie aber nicht verbreitet, wie Rotwagroski, oder sie leisteten die durchaus legitime Handlung, erlaubte sozialdemokratische Schriften zu verbreiten oder ihre Verbreitung zu fördern, um den russischen Parteigenossen gefällig zu sein.

So trug denn auch Vajel recht vergnügt die Schauerwärme von den Klettergeheimnissen des „Vorwärts“ vor. Welch furchtbare Geheimbündelerei, die mittels offener Postkarten getrieben wird, auf denen sich der „geheime Obere“ im Ausland mit vollem und richtigem Namen selbst als Absender vermerkt! —

Kangst brachten die Zeitungen zwei Nachrichten, über die man aber nur allzu schnell wieder zu andern Dingen überging. Es wurde berichtet, daß das bayrische 19. Infanterie-Regiment am 17. Juni einen sogenannten Stürmarch zu verzeichnen hatte, bei dem nicht weniger als 80 Mann, darunter einer bedenklich erkrankten. Ferner wurde berichtet, daß am 25. Juni bei der Weltausfahrt der Kriegsschiffboote in Kiel drei Matrosen erkrankten. Dabei ist zu bemerken, daß diese Weltausfahrt trotz stürmischen Wetters vorgenommen wurde, daß mehrere Boote gekentert waren und daß die Festlichkeiten durch das Ende der drei armen Tensel, die doch auch Menschen waren sozusagen, nicht im geringsten gestört wurden.

Gerade jetzt tritt die Gefahr, durch unnötige Stürmarche in Krankheit und Tod zu geraten, wieder an unsre Soldaten heran. Gewiß wird vielfach von den Vorgesetzten Vorzicht geübt, um das schlimmste zu verhüten, aber immer wieder finden sich doch Offiziere, die besonders schnelle Leistungen zu vollbringen vermeinen, indem sie ihre Mannschaften, die auch dem tödlichsten Befehl gehorchen müssen, unsinnigen Strapazen aussetzen. Es sei erinnert, was Freiherr v. Bülowen, obgleich sein vor einigen Monaten im Reichstage besprochenes Buch vom durchaus militärischen Standpunkte geschrieben ist, über diese Stürmarche sagt: „Wurde nicht im Sommer 1902 auf dem Marsche einer Infanterietruppe trotz der glühenden Hitze mit Strenge darauf gehalten, daß die Kräfte der Mannschaften nicht erschöpfen sollten? Exerzierte nicht in demselben Jahre eine Compagnie auf dem Kasernenhof in den Nachmittagsstunden bei 24 bis 26 Grad Reaumur im Schatten? Ruheten endlich nicht ebenfalls im Sommer 1902 auf einem in der Provinz Westfalen gelegenen Truppenübungsplatz an besonders heißen Tagen Mannschaften des Beurlaubtenstandes, die zu einer vierzehntägigen Übung eingezogen worden waren, äußerst anstrengende Gefechte vollführen? Jedes Mal gab es Höchstzüge der ernstesten Art.“

Warum sind solche Vorkommnisse, wie die erwähnten, in einem zivilisierten Lande überhaupt möglich? Erstens verfährt hier die Reichstagsmehrheit, wie auf den meisten Gebieten, auf denen es Vorkommt, zu wahrer, völlig. Mit ein paar Worten läßt sie sich geduldig abspenken, weil sie im Säbelfasseln ihr letztes Heil erblickt. Sodann aber ist auch das Volk gegen die Sünden des Militarismus derartig abgestumpft, daß es sie mit einer wirklich orientalischen Gelassenheit hinnimmt. Nur diejenigen, die es mit ansehen, wie todmilde Soldaten auf der Straße niederstürzen, wie Matrosen, die bei Festlichkeiten eine Weltausfahrt unternehmen mühten, jämmerlich ertrinken oder dem Ertrinken nahe sind, erbeben vor Jörn und Jüngling; der übrige Teil der Nation aber, der dieses Spiel mit Menschenleben aus der Zeitung erblickt, regt sich nicht sonderlich auf. Es wird zwar ein bißchen geschimpft, aber dann herrscht wieder Friede. Nur wenige denken daran, daß das, was den Opfern eines Stürmarches oder einer Weltausfahrt geschieht, ihren Brüdern, ihren Söhnen, ihren selbst passieren kann, wenn sie zu einer Übung einberufen werden. Die Militär- und Marinebehörden würden sofort mildere Töne anschlagen, wenn sie auf einen energischen Widerspruch des Gros des Volkes träfen.

Die Geringachtung, mit der der Militarismus und Militarismus mit dem Leben von Soldaten und Matrosen umspringt, berührt besonders unangenehm, sobald man sich daran erinnert, in welcher Weise Leben und Gesundheit hoher Herrschaften offiziell tagiert werden. Hat eine Prinzessin oder ein Prinz auch nur Leibschmerzen, so werden flugs Krankheitsberichte veröffentlicht, um das natürlich ängstlich harrende Volk zu beruhigen. Und hat sich ein solcher Herr oder eine solche Dame eine ernstere Krankheit oder Verletzung zugezogen, so marschieren etliche erstklassige Aerzte am Krankenbette auf und wenden ihre Künste an. Kein Geld, keine Mühe wird gespart, um dem Patienten die Gesundheit wieder zu verschaffen. Und in gesunden Tagen sind solche Herrschaften gar nicht selten ständig von Polizeibeamten bewacht, um ihr Leben und ihre Gesundheit zu behüten. Die armen Soldaten, die Reservisten und Landwehrlente aber werden nur zu oft den schweren Gefahren der Sommerhitze ohne Not ausgesetzt, und der Matrose muß, um eine Kammer in einem Festprogramm auszufüllen, sein Leben auf dem Wasser wagen.

Dabei hat der Tod eines Soldaten, eines Reservisten, eines Landwehrlentes, eines Matrosen, gar nicht selten viel größere Konsequenzen, als derjenige eines Prinzen oder einer Prinzessin. Stirbt ein Soldat oder ein Reservist, so kann eine Familie in die bitterste Not geraten. Scheidet aber ein sogenannter hoher Herr oder eine hohe Dame aus dem Leben, so ist dies niemals der Fall, denn diese bevorzugten Menschenkinder sind ja nicht auf die Arbeit angewiesen. Von selbst fließen jährlich Hunderttausende, ja Millionen in ihre Kassen. Die Angehörigen eines solchen Dahingegangenen mögen wohl den Schmerz über den Verlust fühlen, aber die bange, furchtbare Frage: „Was nun?“ kennen sie nicht. Sie erfahren niemals vom dem Elend, das der Tod des Vaters oder Sohnes in einer armen Proletarierfamilie hervorzurufen vermag. Und darum sagen wir, auch auf die Gefahr hin, daß sämtliche Hoffnungen Krämpfe bekommen: Der Tod eines Soldaten, eines Reservisten, Landwehrlentes oder Matrosen hat häufig viel tiefer einschneidende Folgen, als das Ableben eines sehr „hochgestellten“ Herrn, eines Prinzen oder einer Prinzessin!

Sind nun die übertriebenen langen Märsche — von den Weltausfahrten auf dem Meere wollen wir gar nicht sprechen — zur Erziehung des Mannes für den Krieg irgendwie nötig? Davon kann gar keine Rede sein. Wird mobilisiert, so eilen Millionen zu den Bahnen, die schon seit längerer Zeit keine Stunde mehr Militärdienst geleistet haben. Darunter sind viele Hunderttausende, die in ihrem Civilberuf wenig Gelegenheit fanden, den Körper zu stärken. Alle Reservisten und Landwehrlente, die Arbeiter, Handwerker, Schreiber etc. sind, müssen sich erst wieder an größere Marschleistungen gewöhnen.

Dies wird ihnen nicht im geringsten dadurch erleichtert, daß sie einige Jahre vorher einmal einen Marsch mitmachten, bei dem die Soldaten vor Schwäche dugendweise niederstürzten. —

Deutsches Reich.

Conto K.

Eine Korrespondenz unternimmt Entschuldigungsversuche für ein Stillschicken der Kirchbauerei. Die Rückgabe der Summen, welche die Kirchenbauvereine von den Pommeren erhalten haben, könne nicht vom Freiherrn v. Bülowen gefordert werden, der zur Zeit gar nicht im Lande sei, in dieser Sache etwas zu thun. Wohl aber, so sagt der Entschuldigungsjettel weiter, habe der Vorstand des Kirchenbauvereins schon nach der ersten Verhaftung der Schütz und Komeid die Rückzahlung beschlossen; es sei dies jedoch erst auszuführen, sobald die Gerichte das letzte Wort in dieser Sache gesprochen haben; die Beträge seien auch bereits zu diesem Zwecke zurückgestellt.

Die Korrespondenz besorgt denen, welche sie weiszusagen will, schlechten Dienst. Was sie sagt, kann nur das Lachen reizen. Sollte wirklich der Kirchenbauvorstand schon früher die Rückzahlung beschlossen haben? Oder ist etwa die Frage im frommen Gemüte nur sehr platonisch erwohnen worden? Wäre sie beschlossen

worden, so hätte sich der Herr Freiherr v. Bülowen in seiner Zeugniserklärung davon berichtet, während er thatsächlich erklärte: „Wenn man das Geld zurückzahlen will, wird es nach Beendigung dieses Prozesses immer noch Zeit sein.“ Vor allem aber: Warum führt die Frömmigkeit nicht den angeblich uralten Beschluß aus? Der Hinweis auf „das letzte Wort des Gerichts“ läßt vermuten, daß man doch, wenn es irgend noch geht, sich drücken möchte. Und Freiherr v. Bülowen soll plötzlich gar keinen Einfluß auf diese Angelegenheit haben! Er, der das schöne Gold thatsächlich herbeigekauft, soll ohnmächtig sein, wenn es gilt, den ungerechten Nummern wieder abzumwälzen.

Die hartnäckige Verweigerung selbst dieser einfachsten Verpflichtung ist gerade denjenigen frommen Zeitungen höchst peinlich, die durch die Zurückgabe des Geldes das tolle Sittenbild des Hofbank-Christentums vor der Öffentlichkeit milder erscheinen zu lassen hoffen. Daher ist besonders der „Reichsbote“ höchlichst erregt, daß man sich noch immer nicht zu dem unvermeidlichen Griff in den Kirchenbaukasten entschließt. Ja, der „Reichsbote“ will ein „reines Gericht“; er erklärt:

„Wir möchten betonen, daß die Rückzahlung der spezifisch vom Kirchenbauverein verbrauchten Gelder (150000 M. + 60000 M. + 25000 M.) keineswegs genügt, daß das ganze Conto K. ausgemerzt werden muß, auch die noch nicht aufgeläute Summe von 325 000 M. M. Was und wie ihr Verbleib auch sei — es laufen darüber im geheimen verschiedene Versionen, eine immer dem Ansehen des Hofes abträglicher als die andre —, die Summe ist von dem Oberhofmeister Ihrer Majestät der Kaiserin und Königin mit persönlicher Unterzeichnung quittiert.“

Die Quittung liegt bei den Gerichtsbanken, ihr Zustandekommen ist vielen auch immer ein Rätsel. Sie sollte das Conto K. auflösen, wie vor Gericht gesagt worden ist, sie hat aber thatsächlich 325 000 M. für eine unbekannte Hand freigemacht und gedeckt, mag man diese, wie der Staatsanwalt sagte, bei den Angeklagten suchen, oder an einen andern eventuell hochgestellten Empfänger denken. Mit ihr bleibt aber nach allen Regeln des geltenden Geschäftsbetriebes derjenige, der die Quittung persönlich unterzeichnet hat, auch für den Verbleib der Summe haftbar; davor hätte ihn nur ein schriftlicher Vorbehalt bewahren können, daß er sie nicht empfangen habe. Sonst muß jeder für von ihm quittierte Geldsummen einstehen. Wie auch das Geheimnis, das anscheinend noch in der Angelegenheit steckt, sich auch auflärt, an der Pflicht, daß die fehlenden 325 000 M. mitgedeckt werden, wenn sie quittiert worden sind, würde sich nichts ändern. Auch diese Rückzahlung ist also gerade im Interesse des höchsten Ansehens unabweislich. Je eher man sich das klar macht, desto besser wird es sein; mit dem verlegenen Hin- und Herhinken, mit halben Entschlüssen, mit neuen Schiebungen wird nur kostbare Zeit und weiteres Vertrauen vergeudet.“

Der fromme „Reichsbote“ glaubt wirklich, das „Vertrauen“ in die höfische Kirchenbauerei könne wieder kommen, wenn nur das Pommeren-Conto geregelt wird. Aber das Pommerengeld hatte nur die Besonderheit, daß seine Spender die Grenze des Strafgesetzes allzu unvorsichtig überschritten hatten. Daß andre Spender das Geschäft vorsichtiger betreiben, ändert nichts am Wesen ihrer Gaben und an der Art dieses Kirchenbaues. Jede Quader dieser Kirchen spricht von edelstem Reichtum, von weltlichen Vergnügen, von Ordens- und Zielschacher, nur nicht von wahrer Religion und Christentum. —

Großherzog und Kanzler. Der Karlsruher Oberbürgermeister, der in seiner Bismarckrede den Grafen Bülowen geschildert hat, so ungefähr wie er im „Wahren Jakob“ steht, der mit deutscher Auspielung von hohem Glanz, Schein, Phrasentum, pathetischer und sentimentaler Komödienhaftigkeit, schönen Worten, glatter Geschmeidigkeit und freundlichem Diplomatenlächeln gesprochen hat, hat einen Brief vom alten Großherzog Friedrich erhalten, der so anhebt:

„Lieber Herr Oberbürgermeister Schneyler! Ich fühle mich gedrungen, Ihnen auszusprechen, wie sehr ich mich an dem treu geschilderten Verlaufe der Enthüllungsfest der Bismarck-Denkmal erfreut habe. Wie gern hätte ich dieser Feier angewohnt, um das schöne Werk unseres talentvollen Professors Krost kennen zu lernen und die beiden Reden zu hören, welche zu lesen mich so sehr erfreute und bewegte.“

Graf Bülowen aber lächelt weiter. Er weiß, daß, wie die Dinge liegen, die Korrektur des höfisch gewordenen Monarchismus durch überragende Wachmeisterpersönlichkeiten nicht zu befürchten ist. —

Ein peinliches Thema. Die Deputation der südwestafrikanischen Farmer, die jetzt in Deutschland weil, ist vom Kaiser nicht empfangen worden. Für die Verweigerung der erbetenen Audienz glaubt die „Preussische Korrespondenz“ folgenden Grund angeben zu können. Zu Beginn der Unruhen sei der Kaiser höchst unwillig über die Art gewesen, in der unsere Kolonialbehörden sich von dem Aufstand hätten überraschen lassen. Damals soll er gesagt haben: „Ich bitte mir dringend aus, daß von Südafrika zu mir und in meiner Gegenwart nicht mehr gesprochen wird, bis der erste Sieg da ist!“

Dieses Wort sei als Befehl aufgefaßt worden und Graf Bülowen warte nun auf einen Sieg, um die Deputation dann dem Kaiser vorzustellen.

Sollte der Kaiser wirklich Regierungsvorgängen, wie die südwestafrikanischen, ausschließlich dem verantwortlichen Reichskanzler überlassen wollen, so wäre das ein ebenso überraschender wie erfreulicher Anfang eines konstitutionellen Regimes. —

Die Wahlfreiheit in Bayern.

München, 18. Juli. Kammer der Abgeordneten. Das Haus legt die vorläufige Beratung des Antrages Hammerichmidt betr. die Proportionalwahl, sowie des zugehörigen Antrages Andraes fort. Der Minister des Innern Freiherr v. Feilich erklärt: Ueber die formelle Zulässigkeit des Antrages Hammerichmidt sind die Meinungen geteilt, da die betreffenden Verfassungsbestimmungen verschiednen verstanden werden. Die Staatsregierung wird immer die Verfassung wahren; aber es ist überflüssig, die verfassungsrechtliche Frage heute principiell theoretisch zu erörtern, da schon praktische Erwägungen dahin führen, daß dieser Gegenstand in dieser Tagung nicht mehr erledigt werden kann. Die Verfassung bestimmt, daß über einen Initiativantrag, der eine Verfassungsänderung bezweckt, dreimal in Zwischenräumen von acht Tagen in Anwesenheit von Dreivierteln der Mitglieder in der Kammer der Abgeordneten und im Reichsrat beraten werden muß. Das ist nach Lage der Sache in dieser Session nicht möglich. Ebenfalls wenig kann die Regierung eine Resolution in Aussicht stellen, da die Regierung jetzt Zeit braucht zur Vorbereitung des nächsten Budgets und anderer Arbeiten. Außerdem ist stark zu bezweifeln, daß der Antrag Hammerichmidt irgendwelche Aussicht auf Annahme in beiden Kammern hat; denn die Proportionalwahl ist oft behandelt worden, hat aber bei der Mehrheit des Hauses zumeist wenig Gegenliebe gefunden.

Kuedorffer (C.) spricht sich aus materiellen wie aus formellen Gründen gegen den Antrag Hammerichmidt aus.

Ehrhart (Soc.) führt unter lebhafter Polemik gegen die Liberalen aus, die Socialdemokraten würden für den Antrag Hammerichmidt stimmen, obwohl sie ihn für ausföhrlos hielten und glaubten, daß es den Liberalen mit der Proportionalwahl nicht ernst sei.

Genger-München (C.) erörtert nochmals die verfassungsrechtlichen Bedenken gegen den Antrag; für die ablehnende Haltung des Centrums seien aber sachlich-materielle Gründe ebenso maßgebend wie formelle juristische Bedenken.

Nach Schluß der Debatte wurde zunächst darüber abgestimmt, ob der Antrag genügend unterstützt ist. Nach gesetzlicher Vorschrift sind die Stimmen von 70 Abgeordneten zur Unterstützung erforderlich. Das Resultat der Abstimmung war: 59 Abgeordnete stimmten für, 68 gegen Unterstützung. Daraus folgt, daß der Antrag nicht genügend unterstützt ist und damit ist der Antrag Hammer-

ichmidt und ebenso der zugehörige Antrag Andraes erledigt. Für Unterstützung stimmten die Liberalen, Socialdemokraten und Freie Vereinigung, gegen Unterstützung: das Centrum.

Damit ist der liberale Versuch begraben, durch ein Täuschungsmanöver die frühere Verhinderung der bayrischen Wahlreform bei der Bevölkerung in Vergessenheit zu bringen. Die Liberalen hätten niemals das Proportional-Wahlrecht beantragt, wenn sie nicht wußten, daß ihr Antrag unter den jetzigen Umständen gänzlich aussichtslos ist. —

Karlsruhe, 13. Juli. (Privatdepesche des „Vorwärts“.) Die Badische Wahlrechtsvorlage ist gesichert, da die Erste Kammer sich heute in den Differenzpunkten den Beschlüssen der Zweiten Kammer angeschlossen hat. —

Eine Depesche des „W. T. V.“ meldet: Die Erste Kammer nahm heute den Gesetzentwurf betreffend die Verfassungsrevision mit allen gegen 4 Stimmen an, und zwar in Bezug auf das Budget nach den letzten Beschlüssen der Zweiten Kammer, sodas als der einzige Differenzpunkt noch das Stellvertreterrecht der Landesherren besteht. Das Verfassungswerk erscheint demnach gesichert.

Braunschweig, 13. Juli. Major v. Sydow hat im Namen seiner wegen Mißhandlung ihrer Tochter zu vier Monaten Gefängnis verurteilten Ehefrau gegen das Urteil der Strafkammer Revision beim Reichsgericht eingelegt. —

Majestätsbeleidigungs-Prozess.

Vom Reichsgericht wird berichtet:

Wegen Majestätsbeleidigung ist am 16. Januar vom Landgericht Bückeburg Frau Dr. Rosa Luxemburg zu drei Monaten Gefängnis verurteilt worden. Am 7. Juni v. J. sprach sie in Mülheim-St. Michael in einer Versammlung über den Jolltarif. Sie erwähnte dabei die Ansprache, die der Kaiser in Breslau an eine Arbeiterdeputation gehalten hatte. Die vom Kaiser geäußerte Ansicht, daß der deutsche Arbeiter jetzt bis in sein hohes Alter eine gute Erziehung habe, wurde von ihr als unrichtig bezeichnet. In der Art, wie sie dies gesagt, wurde eine Majestätsbeleidigung erblickt. Der Vorwurf des mangelnden Blickes für die Vorgänge im Deutschen Reich und in bezug auf die wirtschaftliche Lage der Arbeiter sei, so hieß es im Urteile, für den Kaiser ehrenkränkend. Eine gewisse eigene Bekanntheit mit solchen rechtlichen und thatsächlichen Verhältnissen sei für den Kaiser unerlässlich. Dieser Vorwurf sei aber für den Kaiser umsomehr ehrenkränkend, als er gerade allen die Lohnarbeiter betreffenden Dingen das weitestgehende Interesse entgegengebracht und die Förderung der Wohlfahrt der Arbeiter als eine seiner Hauptaufgaben bezeichnet habe. Ihre Äußerung habe die Angeklagte noch dazu in einer Weise vorgebracht, die geeignet war, den Kaiser in den Augen ihrer Hörer herabzusetzen, und zwar indem sie ihn als einen Mann hinstellte, der in China oder Japan gelebt haben müsse, um gewisse Dinge nicht zu kennen. — Die Revision der Angeklagten kam am Dienstag vor dem Reichsgericht zur Verhandlung und wurde von Rechtsanwält Löwenstein aus Berlin vertreten. Er betrat die Ansicht, daß das Reichsgericht, da der Wortlaut der inkriminierten Äußerung klar vorliege, selbst an die Auslegung herangehen könne und sich nicht auf die Auslegung durch das Landgericht zu stützen brauche. Er suchte dann nachzuweisen, daß bei richtiger Auslegung durchaus keine Majestätsbeleidigung in den fraglichen Worten gefunden werden müsse. Man könne dem Kaiser durchaus nicht zumuten, über die wirtschaftliche Lage aller Arbeiter orientiert zu sein, ebenso wenig könne man von ihm verlangen, daß er sich um alle einzelnen gesetzgeberischen Maßnahmen kümmere. — Der Rechtsanwalt verwies jedoch darauf, daß es ständige Praxis des Reichsgerichts sei, die rechtliche Beurteilung des Landgerichts zur Grundlage der Revision zu nehmen. Die Beurteilung des Sachverhalts lasse aber keinen „Rechtsirrtum“ erkennen. — Das Reichsgericht erkannte sodann auf Verwerfung der Revision.

In jener Breslauer Rede vor einer Arbeiterdeputation hatte der deutsche Kaiser nicht nur die sociale Sicherung der Lebenshaltung der deutschen Arbeiter ausgesprochen, sondern auch die denkbar schärfsten Angriffe gegen die Socialdemokratie erhoben. Es heißt in der Rede u. a.:

„Statt Euch objektiv zu vertreten, haben diese Agitatoren (die Socialisten) Euch aufzuheben versucht gegen Eure Arbeitgeber, die andern Stände, gegen Euren Lohn und Euren Wohlstand, und Euch zugleich auf das rücksichtsloseste ausgebeutet, terrorisiert und geknechtet, um ihre Macht zu stärken. Nicht zur Förderung Eures Wohles, sondern um Haß zu säen zwischen den Klassen und zur Ausstreunung feiger Verleumdungen... Mit solchen Menschen könnt und dürft Ihr als ehrliche Männer nichts mehr zu thun haben und nicht mehr von ihnen Euch leiten lassen. Nein! Sendet uns Eure Freunde und Kameraden aus Eurer Mitte, den einfachen, schlichten Mann aus der Werkstat, der Euer Vertrauen besitzt, in die Volksvertretung...“

Nach solchen Anschuldigungen war es natürliche Pflicht der socialdemokratischen Parteivertreter, in der Wahlbewegung des vorigen Jahres zur Abwehr zu greifen, und das Urteil des 16. Juni hat dann gezeigt, wie Millionen der deutschen Arbeiterschaft über die Agitatoren und über diese Aufforderungen des deutschen Kaisers denken. Ein Zeichen der Justiz unsrer Zeit aber ist es, daß eine Socialdemokratin, die zu den so schwer Angeklagtesten sich zählen mußte, bei so milder Kritik des hochgestellten Anschuldigers dennoch zu drei Monaten Gefängnis verurteilt werden kann.

Von neuem zeigt dieser Vorgang eindringlich die Unhaltbarkeit des Majestätsbeleidigungs-Paragrafen des Strafgesetzbuchs. Es ist ein ungerechtes Gesetz, das dem Mächtigsten jeden Angriff freiläßt, aber dem Angegriffenen in der Abwehr die engsten Schranken zieht und bei jeder Ueberschreitung ihn mit schwerster Strafe bedroht. —

Ausland.

Im Lande des Fürstenmordes.

Anerkennung der Mörder. Salben gegen Arbeiter.

Aus Belgrad wird vom 12. Juli telegraphiert:

Heute abend fand das erste diplomatische Diner im Königspalais statt. König Peter trank auf das Wohl der fremden Souveräne und Staatsoberhäupter. Nach der Begrüßung der Vertreter derselben erklärte der König, er sei glücklich, zu konstatieren, daß es ihm gelungen sei, in seinem ersten Regierungsjahre die Freundschaftsbände zwischen Serbien und den fremden Staaten enger zu knüpfen. Als Doyen des diplomatischen Corps erwiderte der österreichisch-ungarische Gesandte Dr. Dumba, er teile die Befriedigung über die glücklicherweise bestehenden, vom König hervorgehobenen guten Beziehungen zwischen Serbien und den Großmächten. Die Aufgabe des Diplomatencorps, diese Beziehungen zu festigen, werde erleichtert durch die Fortdauer der konservativen und friedlichen Politik der Regierung. Dr. Dumba trank auf das Wohl des Königs und der königlichen Familie, sowie auf das Gedeihen Serbiens.

Das ist die europäische Anerkennung des neuen Königtums, das durch graufige Mordthat der höchsten Offiziere zur Macht gelangte. Als vor Jahresfrist das serbische Königspaar ermordet wurde, verhielten sich die „Großmächte“ und ihre Oberhäupter zunächst kühl und abwartend. Es ging nicht an, den Völkern das Schauspiel zu geben, daß die Mordthat an einem König und einer Königin von

Gottes Gnaden — waren sie auch nach der Meinung anderer Leute schiffsfähige Lumpen — durch die Anerkennung des Nachfolgers auf dem Thron gebilligt und geheiligt werde. Doch nur kurze Zeit hielt auch über diese Strudel des Gottesgnadentums. Der Erfolg ist alles. Nun ist Peter von Gottes Gnaden und Freund der übrigen Souveräne Europas.

Wie es im Lande Peters, der bei seiner Berufung auf den Thron als überaus liberaler Mann gefeiert wurde, in Wirklichkeit aussieht, zeigt die folgende Nachricht, die uns telegraphisch aus Szagujewac, der alten Hauptstadt Serbiens, zugeht:

Seit längerem wird das Militär durch die reaktionären Elemente gegen die Arbeiterschaft verhetzt. Als gestern Abend Arbeiter in einem Lokale versammelt waren, wurde eine ganze Compagnie Soldaten gegen sie aufgestellt und man gab ohne jeden Grund auf die Arbeiter mehrere Salven ab. Mehrere Arbeiter wurden verwundet, unser Abgeordneter Dr. Jilic wurde mit dem Tode bedroht. Ueberhaupt herrscht die wildeste Unterdrückungswirtschaft gegen die Socialdemokratie.

Schweiz.

Bern, 13. Juli. (Meldung der Schweizerischen Depesch-Agentur.) Die Handelsvertrags-Unterhandlungen mit Italien werden heute Abend zum Abschluss gelangen. Der alte Vertrag bleibt über den 17. September, für welchen er gefälligst ist, in Kraft. Der neue Vertrag wird der Bundesversammlung erst im Dezember zur Ratifikation unterbreitet und vorläufig nicht veröffentlicht werden.

Frankreich.

Schließung kongreganistischer Schulen.

Paris, 12. Juli. (Fig. Ver.) Am 7. Juli ist das Gesetz betreffend Abschaffung des kongreganistischen Unterrichts in Kraft getreten. Drei Tage darauf begann Combes mit der Anwendung des Gesetzes. Es war Gefahr im Verzuge. Denn die Schließungsdekrete müssen laut dem Gesetz den Kongregationen und den Direktoren der zu schließenden Schulen spätestens zwei Wochen vor Ende des Schuljahres, also am 18. Juli, mitgeteilt werden.

Durch die jetzt veröffentlichten Dekrete werden geschlossen: 751 Schulen der „Brüder der christlichen Lehre“, 1054 Konventschulen verschiedener Unterrichtsorden und 593 Schulen, die im Nebenberuf von „Wohltätigkeits“-Ordnern geleitet werden, zusammen 2398 Schulen. Damit ist die Schließungsaktion bis zum Schuljahre 1905/1906 unterbrochen. Bis auf weiteres bleiben noch bestehen 662 Anstalten der Schulbrüder und ungefähr 1200 Konventschulen, zusammen 1862 Schulen. Bei der Durchführung des Gesetzes muß nämlich die materielle Möglichkeit der sofortigen Aufnahme der kongreganistischen Zöglinge in die öffentlichen Schulen des betreffenden Ortes berücksichtigt werden. Der Rest der Ordenschulen wird alljährlich in dem Maße getroffen werden, wie die notwendigen öffentlichen Schulbauten und was dazu gehört da sein werden. Spätere aber sind nach dem Gesetz sämtliche Ordenschulen binnen zehn Jahren zu schließen. Ein Regierungswechsel im liberalfreundlichen Sinne könnte also in dieser Beziehung nur die gesetzlich festgelegte Maximalfrist voll ausnützen, nicht mehr.

So weit, so gut. Indes bedeutet die Abschaffung des kongreganistischen Unterrichts, wie bereits mehrfach betont, keineswegs die Abschaffung des literarischen Unterrichts. Die weltlich umgekleideten Mönche und Nonnen sowie der weltliche Clerus werden bis zu einem gewissen Grade für die geschlossenen Schulen der genehmigten Kongregationen Ersatz zu schaffen wissen. Die Erfahrung mit der Schließung der nicht genehmigten Schulen hat das gezeigt. Andererseits ist ja in das Gesetz vom 7. Juli, trotz der Regierung und ihrer Kerntruppen, die Bestimmung betreffs der Noviziate der Unterrichtsorden hineingeschmuggelt worden, wonach die sonst auf dem Aussterbe-Etat gestellten Orden dennoch Novizen aufnehmen dürfen, um ein Lehrpersonal für ihre Schulen im Ausland, in den Kolonien und in den Protektoratsländern heranzubilden zu können. J. Vuissou, der Berichterstatter des Schulgesetzes, ist der Ueberzeugung, daß die Noviziatklausel die Auflösung der Unterrichtsorden unmöglich mache und so die Wirkung des ganzen Gesetzes lähmen müsse. Jedenfalls ist auch das neueste, relativ einschneidendste Gesetz bloß eine Etappe im Kampfe gegen die literale Schule, keine endgültige Entscheidung dieses Kampfes zu Gunsten der weltlichen Schule.

Paris, 13. Juli. Deputiertenkammer. Zur Beratung stehen die indirekten Steuern. Magnaude (Soc.) will wegen der Einkommensteuer interpellieren. Der Finanzminister und der Ministerpräsident versprechen, daß diese Frage beim Wiederzusammentritt des Parlaments im Oktober zur Beratung gestellt werden wird. Der Antrag Magnaude wird darauf mit 346 gegen 119 Stimmen abgelehnt.

Italien.

Frankreich dementiert. Aus Rom wird telegraphiert: Um den von einigen Blättern verbreiteten Gerüchten die Spitze abzubrechen, ist die französische Botschaft ermächtigt worden, der italienischen Regierung zu erklären, daß der französischen Regierung wie dem französischen Generalstab der Kapitän Ercolelli sogar dem Namen nach unbekannt war und sie ihn erst durch die Nachricht von seiner Verhaftung erfuhr.

Ein neuer sozialistischer Sieg wird aus Vordighera gemeldet. Dort siegte bei den am Sonntag stattgehabten Ergänzungswahlen zum Gemeinderat die sozialistische Liste mit großer Mehrheit über den antisozialistischen Block. Vor dem Hause des mit großer Majorität zum Bürgermeister gewählten Genossen Avbolat Rossi fand eine imposante Demonstration statt.

Rußland.

Ein Socialdemokrat vor Gericht. Es wird uns berichtet: Am 16. Juni hat in der Stadt Kamenez eine interessante Gerichtsverhandlung stattgefunden. Ein mehrfach „vorbestrafter“ russischer Socialdemokrat, Namens Michael Kasarjew, sollte sich vor dem „Gericht der Ständevertreter“ verantworten — einer Art Geschworenengericht, zu dem die zarische Regierung in den Fällen Zustucht nimmt, wo ihr die Öffentlichkeit der Gerichtsverhandlung unbecquem ist. Kasarjew war als Mitglied der Russischen Socialdemokratischen Partei und des Auswärtigen Verbandes russischer Socialdemokraten wegen politischer „Untriebe“ angeklagt und das Besondere dieses Falles lag eben darin, daß er vor ein bürgerliches Gericht gestellt wurde, statt, wie gewöhnlich, auf „administrativem Wege“, das heißt durch Gendarmen und Polizei abgeurteilt zu werden. Kasarjew bemühte auch die Gelegenheit, um in einer ausführlichen Rede die Motive seiner politischen Thätigkeit und die Grundsätze der Socialdemokratie auseinanderzusetzen. Er hat auch bereits ein bewegtes Leben hinter sich: zweimal war er in Rußland als Agitator verhaftet und verurteilt, zweimal in den Petersburger Gefängnissen schwer durch Schläge mißhandelt worden, und merkwürdigerweise daselbe sollte er auch in der freien französischen Republik auskosten; im März 1902 hatte er nämlich bei seiner Anwesenheit in Paris an der damaligen Demonstration der Arbeitslosen teilgenommen, wurde von den Agenten des Herrn Lépine schwer geschlagen und zum Schluß zu drei Monaten Gefängnis, sowie zur Ausweisung aus Frankreich verurteilt.

Die Richter in Kamenez hörten ruhig und aufmerksam den Ausführungen des russischen Socialdemokraten zu, ohne ihn zu unterbrechen oder zu hören. Er wurde verurteilt zu 2 1/2 Jahren Arrestantencompagnie.

Türkei.

Merci Urhnen.

Konstantinopel, 13. Juli. (Meldung des Wiener A. A. Telegr.-Korr.-Bureaus.) Zu derselben Zeit, als bei Wadoma das Eisenbahnunglück stattfand, kam es bei Amatovo auf der Strecke Saloniki—Neslib

zwischen den die Eisenbahnlinie betwachenden Soldaten und Komitatshis zu einem Kampfe. Letztere wurden zerstreut, ein Soldat wurde schwer und ein Eisenbahnaufsicher leicht verletzt. Seitens der Regierung wurden die notwendigen Maßnahmen getroffen, um in wirksamster Weise (?) Anschlägen gegen die Eisenbahnzüge vorzubeugen.

Das Gerücht, daß die bei Station Amatovo vorgefundene Dynamitmine zu einem Anschlage auf die Stellvertreter der Civilagenten hätte benutzt werden sollen, ist unbestätigt und auch unwahrscheinlich. In diplomatischen Kreisen ist man der Ansicht, daß dieser Anschlag nicht als Wiederbeginn der Komiteebewegung gedeutet werden dürfe, da das Komitee entgegengeleitete Weisungen gegeben habe. Trotzdem dürften die Maßnahmen an der bulgarischen Grenze verschärft werden. Auch die Demobilisierung wird infolge des Anschlages möglicherweise hinausgeschoben werden. Vorläufig ist beschlossen, die Hälfte der mobilen Redibataillone zu entlassen und dafür die Rigambataillone zu verstärken und zehn Redibataillone zweiter Klasse einzuberufen.

Bei Vandalenkämpfen in Guemenische im Bezirk Zenidsche-Bardar, Bilajet Saloniki, am 2. Juli wurden über 30 Häuser niedergebrannt und geplündert. Der Generalinspektor erhielt von den Vorgängen erst durch die Civilagenten Kenntnis, da der Wali von Saloniki das Vorgefallene zu vertuschen suchte. Der die Schuld tragende Kaimalam von Zenidsche-Bardar ist abgesetzt und dem Bericht überwiegen worden, was durch telegraphisches Circular in den drei Wilajets bekannt gegeben wurde. Die Civilagenten entsandten ihre Stellvertreter zur Untersuchung nach Guemenische.

Die offizielle Meldung des Kaimalams über den Kampf von Guemenische, wonach Feuer durch Bombenwürfe entstanden und von den Komitatshis 29 gefallen wären, erweist sich als unrichtig. Die richtige Darstellung ist folgende: Nachdem die türkischen Behörden erfahren hatten, daß sich in einem bulgarischen Hause in Guemenische der Unterführer Bostu des Vandalenführers Apostol mit sechs Mann verborgen halte, wurde das Haus umringt. Der Kampf dauerte von 2 Uhr nachmittags bis zum Eintritt der Dunkelheit. Nachdem bis 5 Uhr nachmittags die Ueberwältigung der Bande nicht gelungen war, wurden die Häuser in Brand gesetzt. Der Zweck dieser Maßregel wurde nicht erreicht, indem eine große Feuerbrunst entstand, in welcher 33 Häuser eingeäschert wurden und 110 Familien obdachlos wurden. Der Schaden wird auf 30—35 000 Pfund geschätzt. Während des durch das Feuer entstandenen Wirrwarrs entkam die Bande. Ein Komitatshis ergab sich, drei Personen wurden auf türkischer Seite verwundet. Da ein großer Teil der durch das Feuer und die Plünderung Geschädigten Griechen sind, hat das osmanische Patriarchat beschlossen, bei der Porte Vorstellungen zu erheben.

Amerika.

Santiago de Chile, 12. Juli. Der hiesige Korrespondent der „Agence Havas“ hatte mit dem Finanzminister Maximiliano Ibanez eine Unterredung, in deren Verlauf der Minister erklärte, der äußere Kredit habe sich infolge des Ausflusses der Industrien, namentlich der Salpeter-Industrie, gebessert. Es sei für lange Zeit hinaus nicht notwendig, zur Aufnahme von Anleihen zu schreiten. Die Einnahmen des Jahres 1905 seien auf 143 Millionen, die Ausgaben auf 120 Millionen Pesos veranschlagt. Der Ueberschuß solle für Eisenbahnbauten und produktive Verbesserungen verwendet werden. Der Fonds zur Einlösung des Papiergeldes sei für 1905 verstärkt worden. Der Minister deutete an, die Regierung werde in den Kammern beantragen, unproduktive Ausgaben zu vermeiden und die Finanzkräfte des Landes für den Bau von Eisenbahnen und für andre einen Fortschritt darstellende Arbeiten zu verwenden.

Königsberger

Geheimbunds- und Hochverrats-Prozeß.

Königsberg, 13. Juli.

Zweiter Verhandlungstag.

Die für den heutigen Tag geladenen Zeugen werden bis 12 Uhr entlassen.

Der Staatsanwalt fragt den Angeklagten Kugel noch über einen Brief Branns an Treptau, in dem von Drohungen Kugels gegen die Partei die Rede ist. Kugel erklärt, sich auf keinerlei Drohungen, die er ausgeprochen habe, bestimmen zu können. Dann wird in der Vernehmung der Angeklagten bei dem

Angeklagten Treptau

fortgefahren. Treptau bestreitet sehr entschieden, sich schuldig gemacht zu haben, und führt aus: Vor etwa drei Jahre schrieb ein russischer Parteigenosse aus der Schweiz an mich, ob ich Palete für ihn in Empfang nehmen wollte. Später beauftragte mich dieser Genosse, der sich „Subilis“ nannte, und ich erjah aus dem Gespräch, daß er ein wirklicher Socialdemokrat war. Diese Palete sollten von Leuten, die sich durch den Buchstaben „S“ legitimierten, abgeholt werden und wurden es auch. Warum sollte ich das nicht für einen Parteigenossen thun? — Der Vorsitzende hält dem Angeklagten entgegen, daß er aus verschiedenen Schweizer Orten und unter verschiedenen Namen solche Schriftsendungen empfangen habe. Der Angeklagte erklärt, er habe darauf kein Gewicht gelegt, weil er wußte, daß sie von „Subilis“ kamen. „Auf einer Durchreise nach Rußland“, erzählt der Angeklagte Treptau weiter, hat Subibil einen Koffer mit Wäsche und Schriften bei mir gelassen und verlangte ihn später von der Schweiz aus von mir zurück. Ich schickte ihn aber nicht. Der Polizei gegenüber habe ich jede Aussage verweigert, weil ich dieses ganze Verfahren gegen russische, doch in Deutschland nicht verbotene Schriften für ungesetzlich hielt. Die bei mir vorgefundenen Schriften stammen aus der letzten Schweizer Sendung. Schließlich erhielt ich noch von Charlottenburg durch den Tischler Ehrenpfort mit mehreren Briefen einige Sendungen, die auch auf den Buchstaben „S“ abgeholt wurden.

Kunmehr richtet der Vorsitzende an Treptau die Frage nach den Zielen der deutschen und russischen Socialdemokratie. — Der Angeklagte beruft sich auf ein Gespräch mit „Subilis“, aus dem er die Identität der deutschen socialdemokratischen und der russischen socialdemokratischen Ziele ersehen habe. Von einer terroristischen Richtung weiß ich nichts. Ich weiß nur, daß Alexander III. an dem Marbverbot gegen den Fürsten Alexander von Bulgarien beteiligt war. Daß gerade die socialdemokratische Presse besonders häufig Majestätsbeleidigungen begeht, ist mir nicht bekannt. Blätter aller Parteien sind deswegen verurteilt worden. — Vors.: Aber die socialdemokratische Presse behandelt doch den russischen Zaren wenig glimpflich. — Vert.: Das macht die liberale Presse doch ebenso. — Vors.: Bitte, das können Sie in der Verteidigungsrede ausführen.

Der Angeklagte Treptau wird nun über die Herkunft der an ihn gerichteten Sendungen befragt und giebt als möglich zu, auch aus andern Orten im Inlande als Charlottenburg russische Schriften empfangen zu haben. Das Bestellgeld hat der Angeklagte nach seiner Aussage ausgelegt, aber schließlich, weil er es nicht zurück erhalten und noch Wortwürfe erfahren habe, den ganzen Vermittlungsverkehr eingestellt. — Ueber die Unterstüzung Kugels sagt der Angeklagte aus, dieser habe wiederholt Unterstüzung von 100, 50, 20 Mark usw. erhalten. Er sei wie alle Parteigenossen durch seine Thätigkeit für die Partei schwer geschädigt worden und sei im übrigen ein fleißiger gewisserhafter Arbeiter gewesen. Schließlich wird auf Befragen der Verteidigung festgestellt, daß Treptau als Vertrauensmann in Memel lettische Flugblätter zur Reichstagswahl im Auftrage der socialdemokratischen Partei verbreitet habe.

Kunmehr werden

die Briefe von und an Treptau

zum Gegenstand der Verhandlung gemacht. — Zunächst wird der Brief des Tischlers Linde aus Königsberg verlesen. In dem heißt es: „Wenn die Russen das Geld für Kugel noch nicht gegeben haben, so

schreibe mir.“ Nach der Erklärung der Angeklagten Treptau und Kugel bezieht sich das darauf, daß russische Parteigenossen bei Kugel logiert haben, ohne ihn zu bezahlen. — Es kommt weiterhin die ganze Korrespondenz Treptaus als Vertrauensmann zur Verlesung. In einem Briefe des Rechtsanwalts Haase heißt es: „Wider aus dem Auslande zu schicken ist eine russische Unvorsichtigkeit. Reklamieren Sie sofort bei dem „Provinzialsteuer-Direktor“. Sonst enthält der Brief private rechtliche Auskünfte und Erfindungen. Weiterhin wird ein Brief der Königsberger Parteileitung, gezeichnet Julian Vorchardt, verlesen, durch den Treptau seines Vertrauensamtes entsetzt wird. Treptau wird darin wegen der Einbehaltung des Koffers gelobt, um den sich der Russe die Finger wund geschrieben habe. Treptau habe russische Brotsorten verkauft und das Geld für sich behalten. Nur weil er aus Not gehandelt habe, habe man von seinem Ausschluß aus der Partei abgesehen.

Es folgen Briefe des „Subilis“. Der letzte ist mit Bleistift während der Fahrt Subibils von Rußland nach Jülich in der vierten Wagenklasse geschrieben. Subibil schildert die ständige Angst, in Rußland verhaftet zu werden, und schildert die

Fortschritte der revolutionären Propaganda in Rußland.

Das Land sei ein Revolutionskessel, es müsse zum Krieg kommen. Die hohen Herren in Petersburg machten sich schon vor Angst in die Hosen. Zum Schluß steht eine Mahnung wegen des Koffers, in dem Taschenbücher — in den Allen der Verteidigung sieht, wie der Verteidiger Haase hervorhebt, Taschenbücher — seien. Ein anderer Brief ist nicht unterzeichnet. Der Vorsitzende weist darauf hin, daß die Handschrift ganz anders als die Subibils sei. Der Unbekannte bittet um Uebersetzung etwa bei Treptau eingelaufener Briefe für ihn. Treptau leugnet die Bekanntschaft mit dem Schreiber. Verteidiger Liebknecht erklärt, daß die Verteidigung den Beweis dafür antreten werde, daß solche Aufträge an vertrauenswürdige Parteigenossen oft ohne vorherige Verhandlung erfolgten. Ferner stellt Verteidiger Haase auf Befragen fest, daß Treptau im Auftrage Peter Strubes und Vina Strubes Briefe in den Kisten befördert habe. — Weitere Korrespondenz betrifft zwei Postkarten von Subibil. — Verteidiger Liebknecht: Herr Direktor, wollen Sie vielleicht feststellen, daß auf der Vorderseite der Karte mit deutscher Handschrift „Ed. Subibil“ als Abdrucker steht. — Vors.: Allerdings, die Postkarten enthalten Mahnungen nach dem Koffer, nach zwölf Nummern der „Morgenröte“, nach Herstellung eines ständigen Seeweeges nach Rußland usw. — Es folgt ein Brief vom 18. Januar 1902. Auf der Rückseite des Umschlages steht „Subibils“. Es heißt da: „Mich für Kolans Leichtsinn verantwortlich zu machen, ist unsinnig“. Im Zusammenhang damit ist von Geldforderungen sowie von einer Erklärung Kugels die Rede, daß Subibil von ihm nichts beordert habe. — Vorsitzender: Angeklagter Kugel, geben Sie vielleicht jezt zu, von Subibil Geld bekommen zu haben. — Angeklagter Kugel: Er hat mir einmal aus Mitleid ein paar Dittchen geschickt, aber keine 60 Mark.

Vors.: Was bedeutet hier: Schicks Ernst und mein Adreßbuch? Ist das vielleicht Ernst Kolan? und wer hat ihn über die Grenze gebracht? — Die Angeklagten Treptau und Kugel geben an, Kolan nicht zu kennen. — Vors.: Was heißt hier der Satz: Liegt noch Schnee auf der Grenze? — Angekl. Treptau: Das ist wegen des Schmuggels. Wenn Schnee gefallen ist, sind die Spuren zu leicht zu sehen. — Vors.: Nun, Angeklagter Treptau, Sie müssen doch bei den vielen Bitten Subibils endlich einmal ein menschliches Mitleiden empfinden haben (Heiterkeit), denn es sind bei Ihnen zwei halbausgefüllte Golddeklarationen gefunden worden. — Angekl. Treptau: Die sind von Klein bei der Abblendung des Koffers von Subibil geschrieben, aber von der Zollbehörde als ungenügend zurückgewiesen worden. — Schließlich werden Briefe eines jungen Parteigenossen Kombarhki aus Heidenberg bei Memel verlesen, der um Parteiliteratur bittet und einen socialdemokratischen Verein in seinem Wohnort gründen will. Sein Name kommt auch in einem Briefe Subibils vor, er ist aber nicht ermittelt worden. — Der Erste Staatsanwalt und der Angeklagte Treptau vermuten, daß Kombarhki zur Zeit beim Militär ist. — Es folgen Briefe, J. und W. Ehrenpfort unterzeichnet, mit ganz verschiedenen Handschriften. In den Briefen sind folgende Stellen bemerkenswert: Wir wollen Frau Kugel gern unterstützen, aber viel wird nicht herauskommen. Wir werden nach Kräften geben, haben aber wenig Verbindungen mit andern Organisationen. Antwort erbitten wir in geschlossenem Brief an Fritz Ehrenpfort Wenn der Jude früher kommt, so giebt ihm die Palete aus Leipzig. — Angekl. Ehrenpfort erkennt diesen Brief nicht als von ihm geschrieben an. — Vert. Liebknecht: Ist dieser Zettel, in dem es heißt „Antwort erbitten wir an Fritz Ehrenpfort, Charlottenburg, Kantstr. 132, im geschlossenen Brief“, der erste, durch den Treptau von Ehrenpfort erfuhr? — Angekl. Treptau kann sich nicht entsinnen. — Erster Staatsanwalt: In diesem Brieffragment steht: diesmal kommen 40 Palete. Das Wort „diesmal“ zeigt, daß es nicht das erste Mal ist. — Vert. Haase: Diesmal kann das erste oder das letzte Mal sein. Dagegen geht aus der unpersonlichen Form der Adreßangabe hervor, daß dieser Brief nicht von Ehrenpfort herrührt und zum erstenmal seinen Namen nennt. — Vors.: Diese Schlussfolgerung ist doch nicht zwingend!

Vorgelesen wird ferner ein Dankbrief von zwei Russen aus Paris, die auf der Durchreise von Treptau bewirtet worden sind. Die Russen danken und grüßen Treptau und seine Verwandten. Sie schließen: Vergessen Sie gar nicht „Großmutter“ zu grüßen. (Große Heiterkeit.) In einer Nachschrift heißt es: Winka kommt bald hierher. — Vors.: Ist dies der russische Revolutionär E. Winka in London, von dem Sie nach Ausweis der Zollbehörde wiederholt Druckschriften erhalten haben? Angeklagter Treptau weiß das nicht mehr. — In andern Briefen fordert Vina v. Strube den Angeklagten Treptau auf, Briefe für sie nach Rußland zu schicken. Solche Briefsendungen sind bei den Hausdurchsuchungen bei Treptau vorgefunden worden. Sie enthalten Nummern der „Dobrodobedenje“. Ferner sind bei der Hausdurchsuchung gefunden worden: erstens ein Wahzettel für Otto Braun. Auf der Rückseite ist von fremder Hand die Adresse von J. Wehmann geschrieben. Von diesem Wehmann liegt ferner ein Brief an Treptau vor, indem er diesen erucht, sofort zwei Palete Druckschriften nach Wien zu senden. Mertins habe deswegen an ihn telegraphiert. — Angekl. Mertins bestreitet das; er kenne den Wehmann gar nicht. — Angekl. Treptau erklärt, daß er die Adresse Wehmanns nicht auf den Zettel geschrieben habe, sondern vielleicht der ihn besuchende Russe. Schließlich wird ein unbedeutend gebliebener Briefumschlag an Wehmann und von derselben Hand wie die Adresse von E. Winka in London aus den beschlagnahmten Papieren vorgelegt. Das letzte der bei Treptau beschlagnahmten Stücke ist der Arbeiter-Kostkalender von 1904, der die verschiedensten, von zweifellos verschiedenen Handschriften herrührenden Adressen enthält, ferner eine Quittung über 100 Rubel an „Ernst“. — Vors.: Ist das Ernst Kolan? — Angekl. Treptau erklärt, das nicht mehr zu wissen. — Vors.: In dem Kalendarium sind als Gedächtnis zahlreiche Worttage angegeben. — Angekl. Treptau erklärt, der Kalender sei in Deutschland gedruckt. — Verteidiger Haase: Ich beantrage, das ganze Kalendarium vorzulesen; die Verteidigung kam unter keinen Umständen gestatten, daß hier Einzelheiten vorgelesen werden, die den Charakter gar nicht übergeben. — Verteidiger Liebknecht: Ich schließe mich dem Antrage an; der Kalender verzeichnet nur Worttage, wenn sie von historischer Bedeutung sind. — Vors.: Aber die russischen Worttage überwiegen. — Vert. Liebknecht: Weil da die meisten vorgekommen sind. — Nach dem Antrage der Verteidigung wird das Kalendarium der ersten drei Monate verlesen; auf den Rest verzichtet die Verteidigung. Um 12 Uhr tritt eine Pause ein.

Nach der Pause wird der Angeklagte Treptau noch befragt, ob er im Feinsteinschen Wirtshaus mit Schmugglern verkehrt hätte. — Angeklagter Treptau: Niemals; nur mit Kugel war ich einmal bei Feinsteins zusammen. — Damit ist die Vernehmung Treptaus beendet.

Es folgt die Vernehmung des

Dieser erklärt: Im April oder März 1902 kam zu mir ein russischer Parteigenosse aus Berlin mit Erzählungen von durchaus vertrauens- und glaubwürdiger Seite. Ueber seine Person verweigere ich jede Auskunft, nicht weil ich fürchtete, mich strafbar zu machen, sondern um ihm Unannehmlichkeiten zu ersparen. Er ist wiederholt mit andern russischen Genossen zu mir gekommen. Später kamen diese allein, um russische Schriften abzuholen. Ich bekam Sendungen von W. Pögel aus Berlin unter der Bezeichnung „Druckschriften“. — Vors.: Aber auch als „Schulwaren“ deklarirt. — Angell.: Was die Russen dazu veranlaßt hat, geht mich gar nichts an. — Vors.: Aber diese Geheimnisthuererei und die Bezeichnung des Absenders als Pögel anstatt „Buchhandlung Vorwärts“ hat viel zur Erhebung der Anklage beigetragen. — Angell. Mertins: Ich finde diese Vorsichtsmahregel bei der Freundschaft der Deutschen und der russischen Polizei sehr verständlich und naheliegend. — Vors.: Wie hießen die verbreiteten Schriften und wie hießen die Russen, die sie von ihnen holten? — Angell.: Es war die „Iskra“. Die Namen der Personen habe ich nicht erfahren und auch nicht erfragt; wie leicht könnte man in einem unbewachten Augenblick die Namen verraten! Aber die Russen mußten sich hüten, der russischen Polizei verraten zu werden.

Vors.: Angellagter, stellen Sie sich mal zunächst gerade hin. Sie thun ja gerade so, als ob Sie hier schon als Verteidiger Ihr Plaidoyer hielten. Sie scheinen sich gar nicht als Angellagter zu fühlen; Sie sind aber angeklagt und zwar stehen Sie unter einem sehr schweren Verdachte.

Wenn Sie etwas davon auf sich lasten lassen, dürfte Ihnen bald keine Gelegenheit mehr gegeben werden, ein derartiges Benehmen zu zeigen. (Große Bewegung.) — Angell.: Die Organisation der „Iskra“ ist rein sozialdemokratisch und stimmt in ihren Zielen genau mit der deutschen Sozialdemokratie überein. Nur dieser wollte ich als Sozialdemokrat eine Unterstützung zu teil werden lassen. Ich habe demnach auf den Rat meiner russischen Freunde die Bitte um Veröffentlichung anderer Schriften abgelehnt, ebenso eine Bitte von Stubbitt und eine gleiche von Lina Struwe. — Vors.: Ist Ihnen bekannt, daß in der sozialdemokratischen Presse zahlreiche Majestätsbeleidigungen auch gegen den Zaren begangen werden? — Angell.: Ueber sozialdemokratische Majestätsbeleidigungen kann man ja recht verschiedener Meinung sein. Aber daß sozialdemokratische Redakteure deswegen bestraft sind, weiß ich. — Der Angellagte erklärt weiterhin, er selbst habe nie ein Palet abgegeben oder es als Schutzware deklarirt. Schließlich wird noch ein Frachtbrief vorgelegt, auf dem Mertins Name steht. — Der Angellagte erkennt dies nicht an. — Der Angellagte Köpff, an den eine Sendung gerichtet ist, wird über den Absender befragt; er erklärt, ich weiß nichts, ich kann nicht lesen, ich kann nicht schreiben! (Große Heiterkeit.) — Auf Befragen des Vorsitzenden erklärt Angell. Mertins, daß er auch deutsche Flugblätter und Schriften in den 15 Jahren, da er Vertrauensmann sei, zahlreich empfangen habe.

Rechtsanwalt Daase: Wie haben Sie jetzt ganz Neues gehört. Russische Freunde sollen Mertins abgeraten haben, sich mit Stubbitt einzulassen, weil dieser eine schärfere Richtung vertreten habe. Hat der Russe nicht vielleicht gesagt, die Richtung Stubbitts sei lethisch-national, im übrigen aber sozialdemokratisch? — Angell. Mertins: Ich habe der Sache keinen Wert beigelegt. — Vert. Liebnecht: Sie wissen also gar nichts davon? — Angellagter: Nein, ich hatte mehr zu thun. — Vert. Liebnecht: Ich möchte nur namens meiner Klienten gegen die Behauptung protestieren, daß es kein Charakteristikum der deutschen sozialdemokratischen Presse sei, sich in beleidigender Weise mit dem Kaiser oder andern Fürsten zu beschäftigen. Ich behaupte, daß die Redakteure bürgerlicher Blätter verhältnismäßig ebenso häufig wegen Majestätsbeleidigungen bestraft werden. Für die Behauptung des Gegenteils muß ich bitten, ganz bestimmte Tatsachen anzugeben. — Vors.: Sie werden doch wohl nicht bestreiten, daß sich in den sozialdemokratischen Zeitungen schärfere Angriffe gegen den Absolutismus finden als in den bürgerlichen? — Verteidiger Liebnecht: Gegen das System allerdings, gegen den Zarismus, nicht gegen den Zaren. — Vors.: Man spricht von „Väterchen“. — Vert.: Ja, als Vertreter eines Systems. — Damit ist die Vernehmung Mertins beendet.

Angellagter Ehrenpfort

gibt an: Ich habe mich auf Veranlassung eines russischen Studenten der Chemie, Namens Gabriel, den ich in einer Parteiversammlung traf, mich zum Empfang von Schriften bereit erklärt. Da ich verreiste, habe ich die Adresse des Gastwirts Weber ausgegeben. Zwei Palete sind auch angekommen und beschlagnahmt worden. Weiter ist nichts eingegangen. — Vors.: In den Briefen ist, wie Sie gehört haben, die Antwort ausdrücklich an Sie verlangt. — Angell. Ehrenpfort: Es ist möglich, daß die jungen Russen, die bei mir wohnten, Briefe auf meinen Namen empfangen haben. — Vors.: Es haben seit dem Jahre 1898 32 Russen bei Ihnen gewohnt. — Vert. Liebnecht: Es haben auch Deutsche bei dem Angellagten Ehrenpfort gewohnt. Zudem wohnen in der ganzen Kantstraße in Charlottenburg zahlreiche Russen, die sehr fest zusammenhalten. — Der Angellagte giebt weiter an, daß er mit den bei ihm wohnenden Russen wenig gesprochen und von einem Verleher nichts gewußt habe. Er sei Sozialdemokrat und habe zu seiner Information die anarchistische Wochenchrift „Neues Leben“ gelesen; er habe sie offen bei sich liegen lassen. — Vors.: Sie sind wohl nicht auf eine Haus-suchung vorbereitet gewesen? — Vert. Liebnecht: Bisher wurde immer erklärt, die Haus-suchung bei dem Angellagten Ehrenpfort habe nichts Belastendes ergeben, weil er sich nach den Zeitungsmeldungen über die Haus-suchungen in Königsberg vorhergesehen habe, daß auch bei ihm gehäusucht werden würde. Jetzt soll auf einmal das Gegenteil richtig sein. — Angellagter Ehrenpfort: Selbst wenn ich im voraus von einer Haus-suchung gewußt hätte, hätte ich die Reichswehr ruhig liegen lassen. Schließlich erklärt der Angellagte, er wisse von den russischen Verhältnissen so viel, daß er mit Bestimmtheit behaupten könne, die russische Sozialdemokratie oder wenigstens ihre seit Jahren überwiegende Richtung stehe gerade auf demselben Standpunkt wie die deutsche Sozialdemokratie.

Angellagter Pögel

gibt folgende Erklärung ab: Ich habe mich bei meinen früheren Vernehmungen sehr zurückhaltend geäußert. Ich that es ausschließlich deswegen, weil ich die russischen Parteigenossen keinen Unannehmlichkeiten aussetzen wollte. Sie gleichsam hineinzuwerfen hätte ich vor meinem Gewissen schon als Sozialdemokrat nicht verantworten können. Auch heute würde ich jede Auskunft über die Person der Russen verweigern, selbst wenn ich sie kenne. Eines Tages kamen zwei Russen mit Empfehlungsschreiben Axelrods, dessen Name in der russischen Sozialdemokratie daselbe bedeutet wie bei den Rebellen oder Liebnechts, zu mir in das alte Gebäude des „Vorwärts“. Sie batem um die Erlaubnis, sich dortin russische Schriften senden zu lassen. Um jede Störung im Geschäft, das auch ausländische, speziell russische Schriften bezieht, zu vermeiden, schlug ich ihnen vor, als Adresse meinen Namen persönlich anzugeben. Danach wurde jahrelang verfahren, bis ich plötzlich vor den Untersuchungsrichter citirt wurde. Ich habe nie Schriften als Schulwaren deklarirt, aber wenn die Russen darum ersucht hätten, hätte ich es unbedenklich gethan. Hätten sie mich gefragt, hätte ich ihnen auch dazu geraten. Ich weiß ja selbst am besten, wie sie von den massenhaft herumlungierenden Spiegeln beobachtet werden. Die Palete trugen den besonderen Stempel Blumenfelds oder Wulhanoffs, der Expedienten der „Iskra“, und wurden sofort für Rußland bereitgestellt. Wägliche- weise kamen auch solche von der Wiener Partei-Buchhandlung J. Brandt. Die Sendungen von Axelrod kamen monatlich ein- der zweimal und wurden

weiter befördert. Inzwischen ist die russische Polizei gekommen, um sich zu erkundigen. So klären sich die Angaben des Kronzeugen der „Iskra“, Abel, auf. Vom Hofe sind die Russen hineingegangen, weil der Keller, in den wir die Schriften aus Plagiaten legten, von dort ohne Störung des Ladengeschäfts sich erreichen lasse. Ich sah an meinem Pulke in der Expedition, die auf dem dritten Hofe liegt. Zum Schluß mache ich noch darauf aufmerksam, daß bei sehr vielen Sendungen, wenn die Besteller um Discretion baten, mein Name als Absender statt desjenigen der Buchhandlung Vorwärts gesetzt wurde. Das geschah z. B. bei Sendungen an deutsche Beamte. — Vors.: Wie kam es aber, daß der in Berlin verhaftete Russe Popoff alias Scheloidin Ihre Adresse bei sich hatte? — Angell.: Herr Präsident, von dieser Thatsache habe ich jetzt zum erstenmal. (Bewegung.)

Verteidiger Liebnecht: Ich kenne Popoff, er ist ein intimer Freund Axelrods und verdanke diesem Pögel's Adresse. — Vors.: Kennen Sie den Dr. v. Wetscheslaw? War er einer der Russen, die zu Ihnen kamen? — Angell.: Nein, er hat nur Schriften beim „Vorwärts“ gekauft und war mir deshalb ein lieber Mensch, weil er oft und viel bei mir kaufte. — Unter allgemeiner großer Heiterkeit wird abseitig auf die Auskunft des Steueramtes Berlin verzichtet. Pögel's Vernehmung ist damit beendet.

Als nächster Zeuge wird der

Angellagte Rosmann Köpff

aus Vojahren vernommen. Er ist sehr schwer verständlich, spricht schlecht deutsch und erzählt lange Schmutzger-Geschichten. — Vors.: Sind Sie auch Schmutzger? — Angell.: Nein, nein! (Große Heiterkeit.) Es ergibt sich, daß Köpff für je einen Rubel Palete aufbewahrt, vom Spediteur abgeholt und den Schmugglern zuge- tragen habe. Einmal ist er dann angeblü, wie die Schmuggler ein Palet abholten, nachts aber immer wieder auf seinen Hof zurückbrachten, mit diesem Palet über die Grenze gefahren und ein Unbekannter hat es an einen russischen Offizier für 20 Rubel ver- kauft. Ein andres Mal habe ein Palet beim Ausladen „gehallert“. Da habe er sich gesagt: „Erst kommt das Palet hier an, ohne daß die Fracht bezahlt ist, und dann sind die Kisten leer. Da muß ich doch einmal nachsehen.“ Sein 12jähriger Sohn, der lesen könne (Heiterkeit), habe den Deckel abgerissen. In dem Palet seien Druck- schriften gewesen, die dann bei ihm beschlagnahmt worden seien. — Damit ist das Verhör des Angellagten beendet.

Es beginnt

die Zeugenvernehmung.

Als Zeugin wird zunächst Frau Rowagroski, 33 Jahre alt, vernommen. — Staatsanwaltschaftsrat Dr. Caspar macht auf das krankhafte Aussehen der Zeugin aufmerksam und bittet sie, sich zu setzen. Die Zeugin erklärt,

sie sei durch die sündigen Verfolgungen ihres Mannes schwer angegriffen,

könne die Vernehmung aber stehend aushalten. Sie bestätigt durch- wög die Angaben ihres Mannes. Auch sie habe den einen Russen, der bei ihnen war, wegen seines eleganten Auftretens, seines hoh- hohen Stehtragens und wegen seiner Kleidung, die nicht gewesen sei, wie bei andern Menschen (große Heiterkeit),

für einen Spiegel

gehalten. Die Sendungen an Klein habe sie durch einen Bekannten weggeschicken lassen, der immer mehrere Palete in eins zusammenband. So erklärt es sich, daß statt 22 empfangener Palete nur 5 bis 6 von ihr abgeschickt seien. Den Namen des betreffenden gefälligen Freundes will die Zeugin nicht nennen, um ihm nicht Scherereien zu machen. Sie versichert aber, daß es keiner der Angellagten ge- wesen sei.

Zeugin Frau Braun kann nur wiederholen, daß ihr Mann, an dessen ganzer Thätigkeit sie seit dem Tode ihres Kindes teilnehme, von der Haus-suchung und der Hineinziehung in die Anklage aufs äußerste abgerräut worden sei.

Der folgende Zeuge Julian Vorchardt, Königsberg, Redakteur der „Königsberger Volkszeitung“, sagt über seinen Brief an Pögel aus, gegen Akzeptan seien bei der Königsberger Parteileitung Bes- schwerden wegen Nachlässigkeiten bei der Reichstagswahl eingelaufen, die sich als unbegründet herausgestellt haben. Doch habe sich ergeben, daß er einem russischen Genossen seinen Koffer 1 1/2 Jahre vorenthalten habe, um gleichsam einen Erpressungsversuch zu machen. Darauf sei das Urteil gesprochen und durch ihn an Akzeptan über- mittelt worden.

Zeuge Tischler Linde-Königsberg hat, als Klein ihm von der Haus-suchung bei sich benachrichtigte, folgendes geschrieben: Rege Dich deswegen nicht auf, wenn Du vernommen wirst, bestreite alles, gib so wenig als möglich Antwort, sage: Du weißt nichts oder kannst Dich nicht bestimmen. Außergewöhnliches telegraphiere mir sofort. Der Zeuge giebt als Grund für dieses Schreiben an, daß er Klein für wenig ge- wohnt halte und aus Erfahrung wisse, daß bei polizeilichen Ver- nehmungen die Protokolle sehr oft sich nicht mit den Aussagen decken. — Der Staatsanwalt beantragt, den Zeugen wegen des Ver- dachts der Begünstigung nicht zu vereidigen. — Verteidiger Daase widerspricht. Der Zeuge habe wohl keine ungeschickten und von niemand mehr als von der Verteidigung bedauerten Briefe genügend aufgestellt.

Der Gerichtshof schließt sich den Ausführungen des Staats- anwalts an und läßt die beiden Zeugen unvereidigt, ebenso die beiden Ehefrauen. — An den nächsten Zeugen Kriminalkommissar Boh- lstrom erklärt Verteidiger Daase eine große Anzahl Fragen richten zu müssen.

Die Verhandlung wird deswegen auf Donnerstag 9 Uhr vertagt. Außer Wohlstrom sollen morgen 20 Zeugen ver- nommen werden.

Schluß 3 1/2 Uhr.

Verfammlungen.

Ueber die Lage der Möbelpolierer Deutschlands

sprach Genosse Warentin in einer Vertrauensmänner-Versammlung der Möbelpolierer, die am 8. d. Mts. im Gewerkschafts- hause stattfand. Er führte etwa aus: Durch die Enquete des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes, welche im Jahre 1902 ver- anstaltet wurde, ist man in der Lage, sich über Lohn- und Arbeits- bedingungen im Beruf der Möbelpolierer Kenntnis zu verschaffen. 2108 Möbelpolierer in 24 Städten hätten sich an dieser Enquete beteiligt.

Die Arbeitszeit betrage im Durchschnitt über 56 Stunden, in einzelnen Städten sogar 59—60 Stunden. Bedenke man, mit welchen gesundheits-schädlichen Stoffen, wie denaturiertem Spiritus, verschiedenen giftigen Farbstoffen usw., gearbeitet werden müsse, so sei in Verbindung mit der langen Arbeitszeit erklärlich, daß der Organismus der Arbeiter ungeheuer darunter leide. Daher auch das niedrige Durchschnittsalter.

Auch der Lohn sei ein trauriger. Im Durchschnitt würden 20,70 M. erzielt. In einigen Städten sinke der Lohn bis auf 14 M. Dazu kämen noch die Auslagen für Materialien; in dieser Beziehung stehe Dresden an der Spitze. 11 Poliererinnen müssen hier für Seife, Grundier- und Poliermaterial nebst Lad jährlich 2488 M. ausgeben; macht pro Person 226 M. das Jahr. Die Arbeiter würden gezwungen, die Materialien vom Unternehmer zu entnehmen und teurer als anderwärts zu bezahlen. Obgleich § 115 der Gewerbe-Ordnung den Unternehmer verpflichtet, Werkzeuge und Stoffe für Accordarbeiten zu höheren als den ortsüblichen Preisen zu verabfolgen, kämen solche Gesetzesübertretungen seitens der Unternehmer gar zu häufig vor. Die Arbeiter seien auch diesen Schamlosigkeiten der Unternehmer gegenüber vielfach machtlos, weil sie im Falle der Weigerung oder Anzeige mit Entlassung und Arbeitslosigkeit zu rechnen hätten. Diese 11 Poliererinnen hatten

einen Durchschnittsverdienst von 14,09 M. Siehe man die Aus- gaben für Poliermaterial ab, so bleibe bei 57stündiger angestrenzter Arbeitszeit pro Woche ein Verdienst von 9,78 M. im Durchschnitt.

Letzt sei bei Beratung des Liebertrits zum Holzarbeiter-Verbande geltend gemacht, daß wegen der übermäßigen Accordarbeit seitens der Tischler eine Vereinigung unmöglich sei. Das sei aber jetzt nicht mehr aufrecht zu erhalten. In 80 Proz. der Werkstätten arbeiten die Polierer im Accord, die Tischler nur in 16,7 Proz.

Von den 2108 an der Enquete beteiligten Möbelpolierern seien 1272 im Holzarbeiter-Verbande, 14 kirchlich-Dunkerianer, 2 christlich, 295 sonstig und 585 nicht organisiert. Bei Veranstaltung der Enquete seien im Verbande der Möbelpolierer noch nicht 1000 ge- wesen.

Angesichts der traurigen Lohn- und Arbeitsbedingungen müsse man auf Besserung derselben, speziell in den Provinzen, bedacht sein; das sei aber nur möglich, wenn die Polierer ihren Einfluß im Holzarbeiter-Verband geltend machen könnten, indem sie sich demselben anschließen.

Nach Beendigung des mit Beifall aufgenommenen Vortrages erstatteten die Bezirksleiter Bericht. Nicht vertreten waren Rixdorf und Friedrichsberg.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Wien, 13. Juli. (W. T. B.) Die „Königliche Volkszeitung“ meldet aus Reutewied: Vom Landgericht Reutewied wurde heute der ehemalige Direktor der Fabrik feuerfester Produkte zu Ballenbar, Leo Otto Böing, zum Erlass dessenigen Schadens verurteilt, welcher verschiedenen klagenden Aktionären dadurch entstanden ist, daß sie sich durch die gefälschten günstigen Bilanzen und die künstlich hochgeschraubten Dividenden zum Ankauf von Aktien bestimmen ließen. Soweit die Klage gegen den Aufsichtsrat und das Vorstandsmitglied Emil Böing gerichtet war, ist sie abgewiesen worden; die Verhandlung gegen das Vorstandsmitglied Arthur Böing wurde auf den 14. Oktober dieses Jahres vertagt.

Parlamentsschluß in Frankreich.

Paris, 13. Juli. (W. T. B.) Nachdem die Deputiertenkammer und der Senat noch das Budget der direkten Steuern bewilligt hatten, wurde die Session des Parlaments geschlossen.

Paris, 13. Juli. (W. T. B.) Der Senat hat den von der Kammer bereits genehmigten Gesetzentwurf angenommen, nach dem die Einfuhr von inoffiziem Getreide in Frankreich zollfrei sein soll, sobald die Einfuhr fremden Getreides in Tunis mit dem französischen Mindestzolltag belegt ist.

Paris, 13. Juli. (W. T. B.) Wie aus Tarbes, Pau, Agen und Bourdeaux gemeldet wird, wurden dort Erderstatterungen wahr- genommen.

Beschuldigung deutscher Marine-Offiziere.

London, 13. Juli. (W. T. B.) Unterhaus. Montag fragte, ob die Aufmerksamkeit der Regierung auf die Thatsache gelenkt worden sei, daß deutsche Marine-Offiziere die Festungswerke und Schiffswerke von Devonport photographirt haben, ferner, wenn das der Fall sei, ein Einschreiten im Interesse der nationalen Verteidigungswerke beabsichtigt sei und ob schließlich englischen Offizieren in deutschen Kriegshäfen gleiche Zu- gestandnisse gewährt würden. Der Civil-Lord der Admiralität, Lee, erwidert, über den angeregten Vorfall sei nichts bekannt, wenn aber irgend etwas Ungehöriges vorgekommen sein sollte, würde es von den verantwortlichen Behörden gemeldet worden sein. Es ist anzunehmen, daß sich die Anschuldigungen Montag als haltlos erweisen werden.

Vom ostasiatischen Kriegsschauplatz.

Petersburg, 13. Juli. (W. T. B.) Die Generalleutnant Scharakow dem Generalstabe von gestern meldet, errichtete der Feind am 10. Juli auf den Höhen zwischen der Eisenbahnlinie und der Raichtrage Raichschou—Tschitschikow Feldbefestigungen. Feindliche Vorposten-Abteilungen standen, wie Refognoszierungen in der Nacht auf den 11. Juli ergaben, von Raolingou bis Sangoschi, 8 Werst von Raichschou, und bis zur Eisenbahn. Als eine russische Aufklärungs- abteilung bei Tagesanbruch bei Sangoschi erschien, zogen sich die feindlichen Vorposten von Raolingou nach Schuanlinh zurück und die Erdarbeiten auf den benachbarten Höhen wurden eingestellt. Am Morgen des 11. Juli unternahm zwei japanische Eskadrons eine Refognoszierung im Westen von der Eisenbahnlinie. Gegen 9 Uhr morgens eröffnete eine japanische Compagnie im Norden von Raolingou das Feuer auf eine russische Feldwache, die ein Dorf be- setzt hielt. Als die Russen Verstärkungen erhielten, zogen sich die Japaner zurück. Auf russischer Seite wurden zwei Schützen ver- wundet. Eine feindliche Abteilung in einer Stärke von einem Bataillon und drei Eskadrons ist bei Saodstium, 12 Werst nordöst- lich von Raichschou, gesehen worden. Auf der Linie Sujan—Tschitschikow befinden sich Abteilungen der japanischen Vorhut im Thale des Rantabe von Jubiatin (14 Werst östlich von Raichschou), bis Panfchipsusa, 6 Werst südlich von Tschabiagou. Von Saohotan (30 Werst südöstlich von Tschitschikow) und von den Schwarzen Bergen rückte der Feind bis zum Morgen des 11. Juli nicht vor. Am 10. Juli wurde bemerkt, daß der Gegner Geschützschlangen bei Liaoschuan und auf den Höhen bei Oheju aufmarsch. — In der Um- gegend von Siemagiu, 8 Werst vor dem Schanlinpaf, auf der großen Straße Schimuschon—Höngghwangtschong bemerkte eine russische Streif- wache ein feindliches Bataillon von etwa zwei Bataillonen Infanterie. Abteilungen der japanischen Vorhut halten das Thal des Lanke, 50 bis 60 Werst östlich von Liauang, besetzt. — Bei Anpin, 40 Werst südwestlich von Liauang, sind Chunghusen-Banden aufgetaucht.

Petersburg, 13. Juli. (W. T. B.) Die Generalleutnant Scharakow dem Generalstabe unterm 12. Juli weiter meldet, fuhr der Feind am 11. d. M. fort, seine Stellungen am Nordabhange der Höhen zwischen Raolingou und Pinfai, 8 bis 10 Werst nördlich von Raichschou, zu besetzen. Japanische Kavallerie- und Infanterie- Abteilungen, die sich in der Umgebung der Eisenbahn zeigten, wurden von Schützen und von der Grenz-wache vertrieben. Auf russischer Seite wurden in Scharmüheln, die an diesem Tage stattfanden, 7 Mann verwundet. Die Russen fanden 2 tote Japaner und nahmen einen Verwundeten gefangen. Am Morgen des 11. Juli zeigten sich japanische Vorposten im Thale des Rantabe; gegen abend wurden japanische Feldwachen im Osten auf der Linie Dupesju—Ruguju—Tschibatin gesehen. Am Morgen desselben Tages rückte der Feind von Ruguju nach dem etwa 4 Werst von Antschidtsch befindlichen Poh vor. Japanische Schützenketten und eine Batterie zeigten sich 9 Werst südöstlich von Rantschi. Die Batterie eröffnete das Feuer auf die russische Stellung bei Antschidtsch. Berichte über die weiteren Einge- heiten sind noch nicht eingegangen. Auf der Linie Dalinpaf—Siemuschon—Hantschong sind keine Veränderungen eingetreten. Im Osten vom Schanlinpaf in der Umgebung der nach Höngghwangtschong führenden Straße erhält der Gegner Verstärkungen. In der Um- gegend von Liauang tauchen Chunghusen-Banden auf, mit denen russische Nachposten Scharmüheln hatten.

Petersburg, 13. Juli. (W. T. B.) Eine Mitteilung des General- stabes bestätigt die gestrige Meldung der „Russischen Telegraphen- Agentur“ aus Wulden, daß die Japaner bei Port Arthur 30 000 Mann verloren hätten.

Besgrad, 13. Juli. (Meldung des Wiener f. f. Tel.-Corr.-Bureaus.) Nach amtlichen Angaben kam es gestern in Kragsje way zwischen Offizieren und sozialdemokratischen Arbeitern zu einer Schlägerei, die, da die Stadt in Folge des Geburtstages des Königs sehr belebt war, durch Beteiligung des Publikums einen größeren Umfang annahm; auf beiden Seiten wurden von Waffen Gebrauch gemacht. Gegenüber Gerüchten, daß bei der Schlägerei gegen 100 Personen getötet oder verwundet worden seien, wird amtlich mitgeteilt, daß bisher nur festgestellt worden ist, daß ein Arbeiter verwundet wurde.

Der Ausgang des Wahlrechtskampfes in der hessischen Zweiten Kammer.

Aus Hessen wird uns berichtet: Die hessische Zweite Kammer hat die Wahlrechtsvorlage in fünfjähriger Verhandlung erledigt, und zwar, wie bereits gemeldet, in zustimmendem Sinne.

Das Plenum hat sich dabei im allgemeinen den Ausschüßanträgen angeschlossen. Nicht acceptiert aber hat es die vom Ausschüß vorgeschlagene Lösung der Wahlkreisfrage. Der Ausschüß hatte gehofft, den Widerstand der agrarischen Vertreter gegen die in der Regierungsvorlage vorgesehene Vermehrung der städtischen Mandate um fünf dadurch überwinden zu können, daß er auch fünf neue Landwahlkreise in Vorschlag brachte. Die Kammer würde danach 60 Sitze, 45 ländliche und 15 städtische, erhalten haben.

Der nationalliberal-bauernbündlerische Flügel wollte aber von einer solchen Vermehrung der Kammermitglieder um zehn nichts wissen; angeblich „wegen der hohen Kosten“, in Wahrheit, weil ein Teil der neugebildeten Wahlkreise eine vorwiegend socialdemokratische Bevölkerung aufwies. Letzteres ergab sich einfach aus der Tatsache, daß die stark angewachsenen Bezirke in der Umgegend der größeren Städte unbedingt geteilt werden mußten, sobald die Aufgabe gestellt wurde, neue Wahlkreise mit einigermassen gleichgroßen Bevölkerungszahlen zu bilden. Wollte man ausgleichende Gerechtigkeit durch Vermehrung der Mandate üben, so kam man um diese der Socialdemokratie günstige Befahrung nicht herum. Daher die Abneigung der Agrarier gegen diese Art der Lösung. Andererseits aber hatten die Herren früher und neuerdings erklärt, daß sie für die einseitige Vermehrung der städtischen Mandate gemäß der Regierungsvorlage nicht zu haben seien. So schien denn die Vorlage auch diesmal rettungslos der Klippe zuzutreiben, an der sie das vorige Mal gescheitert war. Das war auch die Hoffnung aller offenen und verkappten Gegner des ganzen Gesetzes.

Doch diese Hoffnung nicht in Erfüllung gegangen ist, verdanken die Feinde der Reform in erster Linie dem blindwütigen Vorgehen ihres Hauptlings, des Freiherrn v. Seyl. Der Wormser Lederkönig hatte es fertig gebracht, durch die unwahren und gehässigen Angriffe gegen die Führer der eignen Landtagsfraktion, die Abgg. Haas und Weinhart, eine solche Empörung im nationalliberalen Lager hervorzurufen, daß man es nunmehr als Ehrensache ansah, dem Wormser Diktator zum Trost die Vorlage durchzubringen. Und daselbe Motiv mag mit dazu beigetragen haben, daß auch die Regierung, gegen die das Seyl-Organ nicht minder gehetzt hatte, diesmal viel wärmer für die Reform eintrat als das vorige Mal. Aus dieser Stimmung heraus wurde ein Kompromiß zwischen Bauernbündlern, Nationalliberalen und Centrum geboren, der die Lösung der heikeln Wahlkreisfrage brachte.

Nach diesem Kompromißantrag Währ und Genossen erhalten die fünf größeren Städte Darmstadt, Gießen, Mainz, Offenbach und Worms die ihr in der Regierungsvorlage zugewiesenen fünf neuen Mandate; dafür aber müssen die drei kleinen Städte Bingen, Friedberg und Alsfeld ihre Sondermandate preisgeben. Der Umstand, daß die Mandate der beiden letztgenannten Städtchen sich in freisinnigen Händen befinden, und die Hoffnung, diese nach Zuteilung einer genügenden Anzahl von Landorten für sich erobern zu können, veranlaßt die oberhessischen Bauernbündler, diese Lösung vorzuschlagen. Zugleich bestanden sie auf der Zuteilung der beiden socialdemokratischen Arbeiterkreise Wiesch und Deuschelheim zu den Giesener Städtkreisen, wodurch sie ihre Position in dem derzeitigen Kreis Gießen-Land erheblich verbesserten.

Die Leidtragenden bei dieser Regelung der Sache waren die Freisinnigen, die ihre beiden kleinstädtischen Sondermandate aufgegeben und ihre Hoffnung auf das neue städtische Mandat Gießen II zerstört sahen. Infolgedessen kündigten sie die weitere Gefolgschaft und gingen unter Führung des Abg. Gutfleisch ins Lager der Gegner der ganzen Vorlage über.

Die Socialdemokratie war zu den Kompromißverhandlungen nicht zugezogen worden. Sie sah sich vor den fertigen Antrag Währ und Genossen gestellt. Principielle Bedenken gegen die Vereitigung der Mandatsprivilegien der drei kleinen Städte konnten ihr keine haben. Im Gegenteil, die Vereitigung dieser kleinen Sonderbezirke mit 4000 bis 6600 Einwohnern betraute sich durchaus in der Richtung der von uns beantragten glatten Durchteilung von Stadt und Land. Wir selbst hatten darum auch bereits im vorigen Landtag die Aufteilung der kleinstädtischen Sonderbezirke verlangt, waren dabei aber auf den heftigsten Widerstand derselben Leute gestoßen, die jetzt mit diesem Antrag kamen. Was die Zuteilung der Landorte Deuschelheim und Wiesch zu Gießen-Stadt betraf, so ließ sich auch dagegen principieell nichts einwenden. Gießen mit seinen 23 500 Einwohnern hätte für sich allein keinen zahlenmäßigen Anspruch auf zwei Mandate gehabt. Nach Zuteilung der beiden Landorte erhält eine Bevölkerungsmasse von 28 400 Einwohnern zwei Mandate. Diese beiden Stadtkreise bleiben auch damit noch beträchtlich unter der Durchschnittsgröße der übrigen Kreise. Freilich wird unsere Position in dem Wahlkreis Gießen-Land durch die Ausschreibung der beiden Arbeiterkreise erheblich verschlechtert; dafür werden aber unsere Ausichten in dem neuen städtischen Wahlkreis Gießen II ebenso erheblich verbessert. Es lag also weder ein principieeller noch ein praktischer Grund vor, dem Antrag Währ und Genossen unsere Zustimmung zu verweigern. Unsere sechs Stimmen sicherten ihm die verfassungsmäßige Zweidrittelmehrheit; er gelangte mit 37 gegen 10 Stimmen zur Annahme.

Die auf Grund dieses Antrages vorgenommene Neueinteilung der Wahlkreise bedeutet einen guten Schritt vorwärts auf dem Wege zur Ausgleichung der seitigeren Größenunterschiede. Der seit herige Zustand zeigte einen Abstand in der Bevölkerungsziffer der städtischen Wahlkreise von 4364 bis 49 868; ein Bewohner von Alsfeld hätte das elffache Wahlrecht eines Bewohners von Offenbach. Nach Wegfall der kleinstädtischen und Vermehrung der großstädtischen Mandate schwanken die Einwohnerzahlen der städtischen Wahlkreise nur noch zwischen 14 200 (Gießen) und 25 600 (Mainz). — Die Bevölkerungszahl der ländlichen Wahlkreise schwankte bisher in der Provinz Oberhessen zwischen 16 134 und 23 691; in Starckenburg zwischen 15 830 und 31 623; in Rheinhessen zwischen 18 463 und 30 328. Nach der neuen Einteilung spielen die Größenabstände in Oberhessen zwischen 10011 und 20 162; in Starckenburg zwischen 16 188 und 23 411; in Rheinhessen zwischen 18 868 und 25 562.

Auch das neue Bild bleibt noch weit hinter dem Ideal einer gerechten Ausgleichung zurück. Insbesondere ist dies in der Provinz Rheinhessen der Fall, wo man das Sondermandat Bingen-Stadt dem Centrum zu Liebe in verkappter Form hat weiterbestehen lassen, indem man nur die drei nächstgelegenen Landorte der Stadt zufügte und so einen „ländlichen“ Wahlkreis von 13 568 Bewohnern bildete. Dadurch wurde die stärkere Reduzierung der seit her 29 709 und 30 328 Einwohner zählenden Landkreise in der nächsten Umgebung von Mainz unmöglich gemacht. Letztere zählen immer noch 25 434 und 25 562 Einwohner. Sie sind neben den drei Mainzer Stadtkreisen die größten Kreise des ganzen Landes. Hier hätte unbedingt ein weiteres Mandat zugebilligt werden müssen. Statt dessen hatte man im Gegenteil sogar geplant, die Mainzer Stadtkreise durch Zuteilung von Kassel und Korbheim auf über 30 000 zu erhöhen. Diese dem erfindungsreichen Geist eines Centrums-Abgeordneten entsprungene „Verbesserung“ des Antrages Währ und Genossen wurde glücklicherweise durch das energische Eingreifen unserer Vertreter abgewehrt.

Nach Erledigung der Wahlkreisfrage waren die Differenzpunkte zwischen den gegnerischen Parteien erschöpft. Mit Ausnahme der

drei Freisinnigen waren die Herren alle einig in der Auffassung, daß man ein lauteles Wahlrecht unter keinen Umständen einräumen dürfe. Vergebens, daß unsere Redner Ulrich und David wiederholt aufs Schärfste gegen die lauteles Wahlrecht protestierten und den Fortgang des Kampfes um ein wirklich gerechtes Wahlrecht ankündigten — die Bedingung der dreijährigen Staatszugehörigkeit und der Kommunalsteuerzahlung wurden als Verschärfungen der seither schon bestehenden Bestimmungen mit allen gegen 9 socialdemokratische und freisinnige Stimmen beschloffen.

Ja, die nationalliberalen „Volksfreunde“ konnten es sich sogar nicht versagen, die Erleichterung der Wahlausübung für die Industriearbeiter in den Vororten, die der Ausschüßantrag um Dinauschieben der Wahlzeit bis 8 Uhr abends brachte, zu bekämpfen. Sie beantragten Wahltschluß um 7 Uhr und verlangten zudem die Streichung der Bestimmung, daß die beim Glockenschlag im Wahllokal Anwesenden noch zur Abstimmung zugelassen werden müssen. Unser Redner, Abg. David, kennzeichnete dieses Vorgehen treffend als „Schikane gegen die Arbeiter“, und die Mehrheit genierte sich demnach, diesen echt liberalen „Geschäftsleitervorschlag“ zu acceptieren. Ein wahres Wunder, daß die „konservativen Elemente“ im liberalen Lager nicht zuguterletzt auch noch den Versuch unternommen haben, die fortschrittlichen Bestimmungen zur Sicherung des Wahlheimnisses (Wahllokal, Jollerräume, gleichmäßige Wahlurnen, Bestrafung absichtlicher oder fahrlässiger Verletzung der Vorschriften durch die Wahlvorstände) zu Fall zu bringen.

Nun erhebt sich die Frage nach dem weiteren Schicksal der Reform. Die Regierung hat den von ihrer Vorlage abweichenden Beschlüssen gegenüber, insbesondere hinsichtlich der Wahlkreiseinteilung, sich ihre Stellungnahme vorbehalten. Sie begründete das mit der Notwendigkeit, freie Hand zu behalten gegenüber der Ersten Kammer. In der letzteren wird also die Entscheidung fallen. Die hochbedenken Herren haben diesmal Zeit, sich die Sache zu überlegen. Freilich von Fehl wird dabei zweifellos seinen ganzen Einfluß ausbieten, um die drohende „Demokratisierung“ des schönen Hessenlandes zu verhindern. Der Umstand, daß sich in der Zweiten Kammer vier „tapfere Männer“ gefunden haben, die gegen das direkte Wahlrecht stimmten, wird ihm zum vollgültigen Beweis für die von seinem Prehorgan verbreitete Behauptung dienen, daß das Volk vom direkten Wahlrecht nichts wissen will. Doch greifen wir den geborenen und begnadeten Gesetzgebern in der Herrenkammer nicht vor. Vielleicht sind sie besser als ihr Ruf. Und wenn nicht — nun, so wird die Socialdemokratie nicht den Schaden davon haben! —

Partei-Nachrichten.

Politikalisches, Gerichtliches usw.

Der „mischlung“ Wahrheitsbeweis. Wegen Beleidigung durch die Presse ist am 8. März vom Landgericht Erfurt der Redakteur der „Tribüne“, Paul Hennig, zu drei Monaten Gefängnis verurteilt worden. Er hatte am 2. August v. J. einen Artikel abgedruckt, der die Heberschrift trug: „In Oberhessen machen wir das so!“ Es war darin die Rede von dem Laurahütter Wahlstrahl und dem Transporte eines verletzten Gefangenen nach dem Kattowitzer Gefängnisse. Das Verhalten der Behörde bei diesem Transporte ist in dem Artikel als mehr als empörend bezeichnet worden. Den Wahrheitsbeweis hat das Gericht nicht als erbracht angesehen. In dem Transportwagen, mit dem bekanntlich auch ein Schwerverwundeter transportiert wurde, sei „genügend“ Stroh gewesen und die Gefangenen, die je zwei und zwei mit den Händen zusammengefesselt waren, hätten „noch eine Hand frei“ gehabt. Der Amtsvorsteher habe durchaus pflichtmäßig gehandelt. — Die Revision Hennigs gegen seine Verurteilung wurde vom Reichsgericht verworfen.

Vom ostasiatischen Kriegsschauplatz.

Eine abenteuerliche Meldung

Ist von russischer Seite über einen in der Nacht auf den 11. Juli erfolgten Angriff der Japaner auf Port Arthur eingegangen. Die Meldung lautet:

Petersburg, 12. Juli. Die Russische Telegraphen-Agentur meldet aus Wladiwostok von heute: Nach Nachrichten aus japanischer Quelle hat seit gestern nacht ein Angriff der Japaner gegen unsere Stellungen bei Port Arthur stattgefunden. Die Japaner wurden mit ungeheuren Verlusten zurückgeschlagen.

Petersburg, 13. Juli. Eine Mitteilung des russischen Generalstabes besagt: Nachrichten zufolge, die der Feldstab des Statthalters Alexejew aus japanischen Quellen erhalten hat, erfolgte in der Nacht auf den 11. Juli ein Angriff auf die Stellungen bei Port Arthur. Die Japaner wurden unter großen Verlusten zurückgeschlagen, sie sollen angeblich die ungeheure Zahl von annähernd 30 000 Mann verloren haben.

Die Nachricht ist in jeder Beziehung abenteuerlich. Sie soll aus japanischer Quelle aus Alexejew gelangt sein. Diese japanische Quelle könnte nur ein höherer japanischer Offizier sein, denn andre Personen könnten unmöglich so schnell unterrichtet worden sein. Daß ein höherer japanischer Offizier sich zu russischen Spionendiensten hergibt, ist aber ganz unwahrscheinlich. Es müßte sich denn um Spionage handeln, durch die die Russen erst recht divertiert werden sollten.

Dann die enorme Höhe der Verluste. 30 000 Mann — so viel Japaner stehen wohl überhaupt kaum vor Port Arthur. Um den Japanern auch nur den dritten Teil dieses Verlustes beizubringen, hätten die Russen einen siegreichen Ausfall machen und die Japaner sehr weit und energisch verfolgen müssen. Es bleibt deshalb abzuwarten, ob die Meldung auch nur einen winzigen wahren Kern enthält. Möglicherweise ist sie von A bis Z erfunden.

London, 13. Juli. Die „Daily Telegraph“ aus Tokio gemeldet wird, soll nach einem Bericht des Admirals Togo der russische Kreuzer „Kowik“, der am 9. d. M. mit den übrigen Kreuzern den Hafen von Port Arthur verließ, kampfunfähig geworden sein.

Kämpfe bei Raiping

wird gemeldet:

Petersburg, 13. Juli. Der Korrespondent der „Wischewija Wjedomosti“ telegraphiert aus Tschitschiao unterm 11. d. M.: Am 10. Juli morgens begann unser linker Flügel sich von Raiping zurückzuziehen mit der Absicht, den Feind in die Ebene zu locken. Die Japaner ließen lange Zeit ihre Artillerie nicht in Tätigkeit treten. Abends begann ein Artilleriekampf, und zwar schossen die Japaner, wie aus vorgefundnen Geschossteilen festzustellen wurde, mit Geschützen kleinen Kalibers und eines alten Systems. Auf dem Marsche nach Raiping erlitten die Japaner ungeheure Verluste, namentlich beim Uebersteigen des Flusses. Als die Japaner Halt machten, zogen sich die Russen auf die vorher gewählten Stellungen zurück.

Die „ungeheuren Verluste“, von denen diese russische Darstellung spricht, werden von der jedenfalls zuverlässigeren japanischen Seite folgendermaßen angegeben:

Tokio, 13. Juli. (Amtliche Meldung.) General Oku berichtet: Die japanischen Verluste bei der Besetzung von Raiping vom 5. bis 7. Juli werden auf 24 Mann, darunter 4 Tote, geschätzt; die Verluste vom 8. und 9. Juli setzten ungefähr 150 Mann.

Mit dem Vormarsch der Südarmerie (Klub) ist auch die Südarmerie, die sogenannte Takushan-Armee, wieder in lebhaftere Aktion getreten:

Tokio, 12. Juli. (Meldung des Reuterschen Bureau.) Die Takushan-Armee, die in zwei Abteilungen in nordwestlicher Richtung vorrückte, hatte am 9. und 10. d. Mts. eine Reihe kleiner Gefechte mit dem Feinde zu bestehen. Am 10. vertrieb die gesamte Armee in der Frühe den Feind von den Höhen westlich von Sinjataka und später aus seiner starken Stellung bei Kiutechikon.

Bildung einer japanischen Wladiwostok-Armee?

Aus Wladiwostok verlautet, dort herrsche Besorgnis vor einem neugebildeten japanischen Corps, das die Aufgabe haben soll, den russischen General Renevitsch von Wladiwostok abdrängen.

Gewerkchaftliches.

Aus der Werkstatt der Scharfmacher.

Der Düsseldorfener „Volkszeitung“ wechete der Bind folgendes Circular auf den Redaktionsstisch:

Verein deutscher Eisengiebereien.

Erfeld, den 23. Juni 1904.

Secretariat. Vertraulich!

P. P.

Unser Mitglied, die Firma Meyer u. Co., Oldenburg i. Gr., schreibt uns unter dem 24. d. M.: „daß, nachdem die Kommission der streikenden Formier erheblich von ihren Forderungen nachgelassen hatte, der Streik durch Entgegenkommen der Firma in einigen andren Punkten zu Ende gebracht worden ist. Der Haupttrabelführer (Richard Klapproth, geboren 6. März 1861) ist nicht wieder in Arbeit genommen und dies auch von der Gegenseite nicht zur Bedingung gemacht worden.“

Es wird daher die mit diesseitigem Rundschreiben vom 6. d. Mts. über 19 Formier verhängte Sperre — unter Annahme des Obenbezeichneten — hierdurch aufgehoben.

Schachtingen, 23. Juni 1904.

Verein deutscher Eisengiebereien.

Der Geschäftsführer:

Ernst Scherenberg.

Also der „Haupttrabelführer“ soll dem Hungerlohn überantwortet werden, weil er den Rat hatte, die gerechten Forderungen seiner Kollegen dem Unternehmer gegenüber zu vertreten. Wenn man von Terrorismus reden will, so ist dieses Vorgehen der Eisengieher terroristisch und brutal in jeder Beziehung zu nennen. Es kümmert diese Staatsfänger auch nicht, daß das Reichsgericht vor ganz kurzer Zeit noch entschieden hat, daß eine derartige Wechlung ungesetzlich und der Veranlasser einer solchen Schadenersatzpflichtig ist. Offenlich nimmt der Geschäftsführer Veranlassung, dem Gericht Mitteilung von diesem Circular zu machen. Vielleicht gelingt es ihm, ein für sich günstiges Urteil zu erwirken und die Scharfmacher zu zwingen, die Wechlung aufzuheben.

Berlin und Umgegend.

Zum Steinscherstreik.

Die streikenden Kammer hielten am Mittwochnachmittag in der Vergstr. 12 eine gut besuchte Versammlung ab. Erampe gab einen Ueberblick über Entstehung und Fortgang der Lohnbewegung und kam dann auf die Versammlung vom Montag (siehe „Vorwärts“-Bericht vom Dienstag) zu sprechen. Wie er erfahren, hätten die Innungen abgelehnt, bis zum Donnerstag auf den Antrag der Streikkommission sich zu entscheiden. Freitag sollten erst Verhandlungen stattfinden; deshalb brauche man sich nicht mehr wegen des Ausganges (der Auflösung) der Montagversammlung den Kopf zerbrechen, so bedauerlich die Auflösung gewesen. Wenn man jetzt die Kammer dafür verantwortlich mache, so sei dem entgegen zu halten, daß sie von den Steinsehern provokiert worden seien, indem man verlaugte, sie sollten auf ihre Forderungen zu Gunsten der Steinseher verzichten. Deshalb freile man doch nicht sechs Wochen. Die strittige Resolution betrachtet Redner als Vergeßlichkeit der Kammer. Unter Zustimmung meinte er, sein Kammer hätte der Resolution zugestimmt, wenn es zur Abstimmung gekommen wäre. — An der lebhaften Debatte beteiligten sich unter andern Kuhlmeier, Marquardt, Wad. Hauffchild. Die Redner erklärten übereinstimmend den Streik der Kammer für berechtigt und sprachen sich für ein Abwarten aus. Im übrigen hielten sich die Ausführungen der Genannten zum Teil im Sinne des Referats. Einige der Redner warfen den Steinsehern Kostengeist vor. Knoll trat dem entgegen und führte aus, daß es ein mittelbarer Erfolg der Organisation sei, wenn in den letzten fünf Jahren die Löhne der Kammer ohne direkten Kampf derselben um 50 Proz. gestiegen seien, während die Steinseher sich eine Erhöhung ihrer Löhne um nur 25 Proz. in dieser Zeit erkämpfen mußten. — Hauffchild betonte, daß die Kammer nur selber auf ihre Forderungen verzichten könnten. Aufgezwungen läure ihnen der Verzicht nicht werden. — In einer einseitig angenommenen Resolution erklärte sich die Versammlung gegen die Resolution vom Montag und beschloß, einen endgültigen Beschluß erst zu fassen, wenn der Beschluß der streikenden Steinseher vorliege.

Die streikenden Steinseher hielten ebenfalls am Mittwoch — bei Wille in der Brannenstr. 188 — eine sehr stark besuchte Versammlung ab. Schenke teilte noch einmal die Beschlüsse der vereinigten Innungen mit und berichtete, daß der Gesellen-Ausschüß der Steinseher-Innung am Vormittag in der Vorstandssitzung der Innung erklärt habe, daß über den von den Innungen aufgestellten und von ihnen bisher noch festgehaltenen veränderten Tarif überhaupt nicht zu diskutieren sei. (Lebhafte Zustimmung.) Die Streikkommission wolle mit den Pfeifern, die arbeiten lassen wollen und in freier Vereinbarung die bisherigen Bedingungen anzuerkennen bereit sind, zwecks Aufnahme der Arbeit am Donnerstag verhandeln. Die Versammlung erklärte sich auf Verlangen ohne Widerspruch damit einverstanden. — Es wurde festgestellt, daß einige Innungsmeister sich schon geneigt zeigten, von den Beschlüssen der Innung abzufallen und mit den Gesellen über Aufnahme der Arbeit zu den alten Bedingungen einig zu werden.

Bezüglich der Schlussorgänge in der vorigen Versammlung von Steinsehern und Kammer, woran die Kammer die Schuld beigemessen wurde, mahnten der Referent und mehrere Diskussionsredner zum Frieden für die Zeit des Kampfes. In einer Resolution erklärte die Versammlung die von den Innungen aufgestellten Lohn- und Arbeitsbedingungen unter keinen Umständen anzuerkennen.

Knoll teilte dann noch mit, daß beim Magistrat eine Reihe Beschwerden über den Zustand der in Pflasterung befindlichen Straßen eingegangen sind. Freitag wird der Magistrat darüber beraten.

Der Arbeiterausschüß der Firma Woffe legt Wert darauf, daß folgende Mitteilung Aufnahme in den „Vorwärts“ findet:

Wir haben uns davon überzeugt, daß für das technische Personal ein Unterstützungsfonds existiert, aus dem im Vorjahre ca. 6000 M. für Invaliden, Witwen und Waisen gezahlt sowie auch Darlehen gewährt worden sind. Das technische Personal hatte seiner Zeit die Unterstützungskasse aus den bekannten Gründen abgelehnt.

Für den Arbeiterausschüß:

Schlaf, Obmann.

Wir legen Wert auf die Konstatierung der Tatsache, daß wir nichts veröffentlicht haben, was der obigen Mitteilung widerspricht.

Vollge im Bäderkrieg. Wie wir erfahren, hat der Amtsvorsteher von Pankow dem Badwärtshändler D. Fallenthal, Brehmestr. 52 in Pankow, ein Strafmandat über 3 M. zukommen lassen, weil er das Plakat der Streikleitung im Schaufenster ausgehängt hatte. HOFFENTLICH hat der Betroffene auf gerichtliche Entscheidung angetragen.

Deutsches Reich.

Vom Verband der Maschinen- und verwandten Arbeiter Deutschlands erschien jetzt der Rechenschaftsbericht für 1903. Nach demselben stellte auch das verfloßene Jahr bedeutende Anforderungen an die finanzielle Leistungsfähigkeit des Verbandes. Das wurde in erster Linie durch die vielen Kämpfe verursacht, welche die Organisation in dem Berichtsjahr auszufechten hatte. In Neustadt bei Coburg, Kronach, Breslau, Teitau, Freienwala, Schlierbach, Mannheim, Darmstadt, Köln und Offenbach a. Main war der Verband engagiert. Zum meist handelte es sich um die Wahrung des Koalitionsrechts, nur bei den kleineren Differenzen drehte es sich um unerhebliche Lohnforderungen. Immer war es jedoch das Unternehmertum, das uns zum Kampfe drängte. So wurden uns die Kämpfe in Teitau und Schlierbach aufgezwungen, da es die betreffenden Unternehmer in erster Linie auf eine Vernichtung der dortigen Jagdstellen abgesehen hatten. Es wurde das von gegnerischer Seite unerblickt zugegeben und ohne Bedenken sah man in Teitau gegen 400, in Schlierbach über 300 Arbeiter auf der Straße stehen. Beide Kämpfe stellten an die Ausdauer und Opferwilligkeit der Kollegen und an die Leistungsfähigkeit der Verbandsklasse die größten Anforderungen. Nach mehr denn 7-jähriger Dauer wurde der Kampf in Teitau, nach 36wöchigem Ausschalten der Schlierbacher Jagst aufgehoben. Hier wie dort war das Ergebnis der schweren Kämpfe ein vorläufig unbefriedigendes für die Arbeiter zu nennen. — Auf das Berichtsjahr selbst entfallen von diesen Differenzen an Streikunterstützungen für 700 Mitglieder 79 536,28 M., die sich auf 44 580 Tage verteilen. Rechnet man hierzu an freiwillig gezahlter Unterstützung 20 141,75 M., so beträgt die Gesamtsumme der Streikunterstützung 99 678,03 M. Eine umso respektablere Summe, als die Gesamteinnahmen des Jahres überhaupt nur 204 362,94 M. betragen. Ferner gehören im Grunde genommen zu demselben Konto noch 3416,58 M., welche an 33 Mitglieder für 1454 Tage als Maßregelungsunterstützung gezahlt wurden. So ging also die reichliche Hälfte sämtlicher Einnahmen wieder in Form von Kampfgeldern an die Kollegen zurück. — Was die anderen Unterhaltungsabteilungen im Verbands anbelangt, so wurden für 16 071 Tage Arbeitslosigkeit an 589 Mitglieder 32 137,46 M. ausgezahlt. An Fahr- und Umzugsgeldern wurden 344 respektive 129 Kollegen 3216,18 M. und 2442,94 M. ausgeschüttet. Demgegenüber wollen die 24 299,32 M. persönliche und sachliche Verwaltungsausgaben umso weniger befagen, als sich dieselben nicht nur aus den Unkosten für das Bureau, sondern auch aus den Vergütungen der Unterstärker zusammen setzen. — Dem Verbands ist ein Beihilfefonds angegliedert, aus welchem an die demselben angehörenden Mitglieder Zuschüsse zum Krankengeld und Sterbegeld gezahlt werden. Im Jahre 1903 vereinnahmte der Beihilfefonds 42 984,65 M. Davon gingen an die Mitglieder zurück an Krankengeld 27 444,35 M., an Beihilfe in Sterbefällen 3112,50 M. Das Krankengeld wurde für 21 120 Tage in 527 Krankheitsfällen ausbezahlt. — Den Mitgliederbestand im Beihilfefonds bildeten am Schluß des Berichtsjahres 1546 Personen; im Verbands 7982. Wegen das Vorjahr weist die letztere Zahl eine Verminderung von 99 Personen auf. Die vielen Kämpfe und hohen Anforderungen, welche dieselben an die Verbandsmitglieder stellten, brachten die noch nicht genügend gefestigten Kollegen zum Weichen. So bedauerlich dieser Stillstand in der Mitgliederzahl ist, so wenig will er aber für den Verband in der Zukunft besagen. Denn Kollegen, welche unter dem Druck der Gefahr der Organisation unterworfen wurden, finden sich in jeder Vereinigung. Die Aufgabe des Verbandes wird es daher in erster Linie sein müssen, nicht nur den Mitglieder-Verlust recht bald weit zu machen, sondern durch eine lebhaft betriebene Agitation den Anfall doppelt und dreifach zu ersetzen.

Die Scharmacher der Unterweser lassen sich's was kosten, um „Arbeitswillige“ heranzuschaffen. Unser Bremerhavener Parteiorgan berichtet darüber folgendes: Der Unternehmer Herrmann-Lebe fuhr vor einigen Tagen mit einem Italiener über Bremen nach Duisburg, um von dort gewaltige Arbeitswilligen-Kolonnen heranzuführen. Die Kostenaufstellung hierfür ist sehr knapp berechnet und wir glauben, daß dabei noch mehr herauskommt, oder aber die Abgesandten des Arbeitgeberverbandes machen sie ein gehöriges Defizit auf ihren Reisen, namentlich dann, wenn die „angeworbene“ Kolonne nicht so groß ist, wie sie sein soll. Das trifft auch für diesen Fall zu. Herrmann trat mit seinem Agenten oder Dolmetscher die Reise von Bremerhaven aus an.

Von Bremerhaven nach Geestmünde mit der Pferdebahn, 2 Mann	0,30 M.
Von Geestmünde nach Bremen, III. Klasse, 2 Mann, a 2,50 M.	5,00
Von Bremen nach Duisburg im D-Zug, 2 Mann, a 18,10 M.	36,20
Platzkarten	3,00
Schlafen und Reisepfenn	5,00
Eine Kolonne von 3 Mann gelapert und dabei pro Person 0,50 M. verzehrt	2,50
Von Duisburg nach Bremen, jetzt 5 M., a 12,10 M.	60,50
Von Bremen nach Geestmünde, jetzt IV. Klasse (ist das Geld schon ausgegangen?) a 1,30 M.	6,50
Mit der Pferdebahn von Geestmünde nach Lehe, 5 Mann, a 0,20 M.	1,00
Speisen für 5 Mann, a 2,00 M.	10,00
Summa	130,00 M.

Nicht nur die schwarzhaarigen Söhne des Adels sucht das Unternehmertum für sich heranzuziehen, auch an die blondgelockten Nordländer wendet man sich.

Dänische Zeitungen brachten dieser Tage folgende Annonce: „200 Erdarbeiter, 100 Holz-, 100 Eisenarbeiter, tüchtige Leute, können lohnende Arbeit auf 6 Monate erhalten, wenn sie Absicht von Empfehlung und schriftliches, am liebsten eigenhändiges Gesuch und 20 Doro-Freimarke für Antwort sofort an Ingenieur Steinhof, Dovenfleht 41, Hamburg senden.“

Die Nachforschungen ergeben haben, handelt es sich um Arbeitswillige für das Besegebiet. In Dänemark wird man mit diesen Annoncen am allerwenigsten Erfolg haben, da die Arbeiter dieses Landes zu gut organisiert und zu aufgestellt sind, um darauf hereinzufallen.

Vom Holzarbeiterstreik in Dresden und Umgegend wird gemeldet, daß die Zahl der Bewilligungen täglich steigt. In einer am Dienstag-Vormittag abgehaltenen öffentlichen Versammlung wurde festgestellt, daß 115 Unternehmer mit 920 Arbeitern bewilligt haben. Unter ihnen eine Reihe der renommiertesten Firmen. Die Gehilfen haben alle Ursache, mit dem Stande der Situation zufrieden zu sein. — Der Arbeitgeber-Schuyverband (West Dresden) beschloß, 55% Stunden pro Woche Arbeitszeit zu bewilligen. Ein Antrag, diese Arbeitsregelung sofort in Kraft treten zu lassen, wurde angenommen. Für Bau- und Möbelfischer und Glaser wurde ein Zuschlag von 5 Proz. auf den bisher gezahlten Lohn bewilligt. Der Kommission soll so weit Spielraum gelassen werden, daß weitere 5 Proz. eventuell bis zum 1. Oktober 1904 bewilligt werden sollen. Für qualifizierte Maschinenarbeiter wurde ein Durchschnittslohn von 42 Pf. für Dresden festgesetzt, für minder geübte Arbeiter unterliegt die Festsetzung des Lohnes der freien Vereinbarung; der den Arbeitgebern vorgelegte 97 er Tarif soll entsprechend erhöht und umgearbeitet werden. Die Lohnauszahlungen am Ende der Woche sollen möglichst beschleunigt werden. Außergewöhnliche Arbeiten, die sich tariflich nicht vereinbaren lassen, unterliegen der Vereinbarung. Die Abschlagszahlung bei Accordarbeiten bleibt dem Ermessen der Meister anheimgestellt. Die Abrechnung und Auszahlung erfolgt am ersten Zahltag nach der Fertigstellung der Arbeit. Die Lohnüberschüsse werden bis 9 Uhr mit 20 Proz. und die Nachtarbeit von 9 Uhr an gerechnet mit 30 Proz. Zuschlag bezahlt, wenn die festgesetzte Zeit von 55% Stunden erfüllt ist. Bei Accordarbeiten unterliegt ein Zuschlag

der freien Vereinbarung. Die einzuführenden Lohnbücher werden den Gesellen mit den Lohn- und Accordentragungen am Zahltag ausgehändigt und bleiben Eigentum des Meisters. Werkstattegehlen, die länger als einen halben Tag außerhalb des Stadtbezirks arbeiten, erhalten einen Zuschlag nach freier Vereinbarung. — Ueber die Stellung der Gehilfen zu diesem Angebot ist uns noch nichts bekannt.

Ausland.

Der Streik im Sängergewerbe Stockholms hat sich wiederum weiter ausgedehnt. Nachdem Ende der vorigen Woche die Ziegelträger beschloßen, bei allen Firmen, wo die Forderungen nicht bewilligt sind, die Arbeit einzustellen, haben am Montag auch die Bautischer und Zimmerleute denselben Beschluß gefaßt. Da nun mehrere Firmen die Forderungen bereits bewilligt haben, umfaßt der Streik bei weitem nicht alle Arbeiter dieser Berufe. Wie es scheint, hat der Streik eine gute Wirkung auf die Unternehmerorganisation ausgeübt, die jetzt einen neuen Versuch gemacht hat, um die Arbeiter zur Aufhebung des Streiks zu veranlassen. Der geschäftsführende Ausschuß der zentralen Arbeitgeber-Organisation und die Vertreter der Baumeister-Vereinigung haben nämlich am Montag in einem Schreiben an die in Betracht kommenden Fachvereine den Vorschlag gemacht, ein aus zwei Arbeitern und zwei Arbeitgebern bestehendes Schiedsgericht unter einem unparteiischen Vorsitzenden mit der Schlichtung der Differenzen zu betrauen unter der Bedingung, daß die Arbeit sofort aufgenommen wird. Ob die Arbeiter auf dieses Angebot eingehen, ist zweifelhaft, zumal die Situation für sie sehr günstig zu sein scheint.

Der Streik der Petroleumgruben-Arbeiter.

Der Streik der Erdarbeiter von Vorkslaw dauert in ungeändertem Maße fort; die Zahl der Streikenden beträgt jetzt 6000. Das Kohöl fließt aus den Bohrlöchern ab und überströmt Straßen und Plätze; die Flüsse und Wäde schwellen an von den Petroleummassen, die sich unaußgesezt in ihr Bett ergießen und die Luft ist mit Petroleumdunst geschwängert. Der kleinste Zufall kann eine Brandkatastrophe bringen, die den ganzen Ort mit seinen meist hölzernen Häusern vernichtet. Diese große Gefahr, die das Eigentum und das Leben vieler Tausender Proletarierfamilien bedroht, gilt den Petroleummagazinen nichts. Man muß die Forderungen der Arbeiter kennen, um die Parteilichkeit und Brutalität der Unternehmer in ihrer ganzen Größe begreifen zu können; die Arbeiter wollen die achtstündige Arbeitszeit in den Naphtagruben, gesunde Wohnungen, trinkbares Wasser, Errichtung eines Bades und eines Spitals und die Errichtung eines Konsumvereins, der unter der Verwaltung der Arbeiter stehen soll. Vorkslaw ist, seitdem man den dortigen Petroleumreichtum entdeckt hat, mächtig emporgewachsen. Die reichen Aktiengesellschaften bemächtigen sich des Reichtums, der aus dem Erdinnern quillt, ziehen tausende von Arbeitern dahin und kümmern sich natürlich um deren Wohlbefinden in keiner Weise. So fehlt es an Wohnungen, an einer Wasserleitung und einem Krankenhaus, Dinge, auf die Anspruch zu erheben man doch selbst dem bedürfnislosesten Proletarier nicht streitig machen wird. Die Direktion verweigert aber all dies; es sei Sache der Gemeinde, für Wohnungen und Krankenhaus zu sorgen. Die Gemeinde aber das sind sie und ihre Clique. Der Statthalter Herr Pivodo, der nach Vorkslaw entsandt worden ist, verjagt eine Verständigung herbeizuführen, bis jetzt vergeblich.

Trotzdem sich die Arbeiter ganz ruhig verhalten, werden ungeheure Mengen Soldaten ins Streikgebiet entsandt; bis jetzt sind bereits ganze drei Regimenter dort zusammengezogen.

Borslaw, 13. Juli. Die gestrigen Verhandlungen zwischen den Kapitäln-Unternehmern und den Ausständigen sind ergebnislos geblieben. Nach Ablauf der für die Wiederaufnahme der Arbeit gestellten Frist wurde daher heute mittag mit der Auszahlung des Lohnes und der Zurückgabe der Dienstsachen begonnen. Die Ruhe wurde bisher nicht gestört. An 1500 Ausständige sind von hier abgereist. — Die Erdarbeiter der Galizischen Kreditbank, welche die Arbeit bereits wieder aufgenommen hatten, sind neuerdings wiederum in den Ausstand getreten. Sämtliche Gruben werden militärisch bewacht.

Krosno (Galizien), 13. Juli. In Krosno und Rogi ist ein Teufelszustand, in Potoł ein allgemeiner Ausstand der Petroleumgruben-Arbeiter ausgebrochen und infolgedessen Militär dorthin entsandt worden.

Die Streikbewegung in Oest nimmt immer größere Dimensionen an. Jetzt haben auch die Bauarbeiter den Generalstreik erklärt; sie fordern die Abschaffung der Accordarbeit, eine Erhöhung des Lohnes um 50 Cent. pro Tag mit einem Minimallohn von 4 Kr. pro Tag, gänzliche Beseitigung der Sonntagsarbeit und eine Maximalarbeitszeit von 10 Stunden pro Tag.

Rom, 11. Juli. (Fig. Ver.) Den telegraphischen Meldungen über die Arbeitseinstellung der Bäder in Rom ist hinzuzufügen, daß alle Betriebe ruhen und heute nacht 100 Soldaten den Unternehmern zur Verfügung gestellt wurden. Die Ausständigen sind etwa 1000, unter denen 900 organisiert sind. Der Streik wurde in geheimer Abstimmung mit 907 gegen 50 Stimmen beschlossen. Gefordert wird 1. die Einhaltung der 1897 durch einen Streik eroberten Tarife; 2. Gewährung eines Ruhetages in der Woche; 3. Uebertragung des gesamten Arbeitsnachweises an die Gewerkschaft unter Ausschluß aller Vermittler; 4. Hygienische Reformen in den Werkstätten. — Daß in der römischen Brotbäckerei nur wenig über 1000 Arbeiter beschäftigt sind, erklärt sich aus dem Umstand, daß hier, wie in allen größeren Städten Italiens, die Brotfabrikation Großbetrieb ist, mit mechanischer Kraft und Maschinen. Die Regierung setzt sich in offenem Widerspruch zum Geiz, indem sie Streikbrecher in Uniform den Unternehmern überläßt.

Soziales.

Die Wessenträcker Typhus-Epidemie und die Wasserversorgung. Unser Solinger Partei-Organ macht zu den bisherigen Prozeß-ergebnissen folgende beachtenswerten Bemerkungen:

In der Gerichtsverhandlung wegen des Wasserwerks haben in einer ganz auffallenden Weise Zeugen und Sachverständige über bestimmte für den Prozeß wichtige Thatsachen und Zustände ihre Aussage verweigert. Diese Weigerungen beziehen sich durchweg auf die Zustände in der Wasserversorgung der Städte, die an Ruhr- und Typhus-Epidemien in den letzten Jahren gelitten haben, und auf die bei dieser Wasserversorgung beschäftigten Personen. Nun hat die Öffentlichkeit ein ganz dringendes Interesse daran, daß in dieser Sache Klarheit geschaffen wird, und daß alsdann auf Grund des gefundenen Thatsachensandes vom Staate gründliche Maßnahmen getroffen werden, um für die Zukunft Zustände in der Wasserversorgung der großen Städte vorzubeugen, die vor allem auch der arbeitenden Bevölkerung eine Ansammlung von Krankheit und Unglück gebracht haben und bei nicht strenger staatlicher Aufsicht vermutlich noch bringen würden. Es wird verlangt werden, daß die Regierung alles thut, um gelegentlich dieses Prozeßes Klarheit über die Wasserversorgungsfrage und leitende Gesichtspunkte für die Zukunft zu gewinnen. Gerade jetzt, wo man Männer wie Koch und Gaffy im Reichs-Gesundheitsamte zur Verfügung hat, sollte man in großen Jügen die in unsern Städten mit starker Arbeiterbevölkerung so häufig aufstretenden Epidemien bekämpfen und nicht bei aufgedeckten Schäden sich mit dem Mantel der Geheimnisträumerei zu deden suchen. Dr. Springfeld sowohl wie Bürgermeister Graff haben sich bei ihren Aussageverweigerungen zum Teil auf ihre vorgelegte Dienstbescheide berufen, zum Teil die Aussage ohne Angabe näherer Gründe wohl deshalb verweigert, weil es sich um Angelegenheiten handelt, die ihnen durch ihre amtliche Thätigkeit bekannt geworden sind. Wir halten es für dringend nötig, daß die Regierung alle in Frage kommenden Beamten anweist, in vollem Umfange über alles für den Prozeß Wissenswertes, was ihnen amtlich oder nichtamtlich zur Kenntnis gekommen ist, auszusagen.

Aus der Socialrechtspflege. Wann ist ein „Ver-gleich“ in Unfallsachen gültig? Hierüber hat das Reichs-Versicherungsamt kürzlich eine bemerkenswerte Entscheidung gefaßt. Einem Arbeiter war für die Folge eines Unfalls von der Berufsgenossenschaft eine Rente von 50 Proz. gewährt worden, die das Schiedsgericht auf 60 Proz. erhöhte. Die Berufsgenossenschaft foßt das Schiedsgerichtsurteil im Rekurswege an und machte geltend, die Festsetzung der 50prozentigen Rente beruhe auf einer Vereinbarung zwischen ihrer Rentenfestsetzungs-Kommission und dem Verletzten, wonach diesem statt der ihm gebührenden Rente von 60 Proz. nur eine solche von 50 Proz. und ein künstlicher Vorderarm nebst Hand gewährt werden solle. Der Ver-letzte gab zwar zu, daß er von der Kommission befragt worden sei, ob er mit dem Bescheide, wonach er 50 Proz. Rente erhalten sollte, zufrieden sei, und daß er in dem durch die Bemerkung, er werde genug erhalten, bestärkten Glauben, er könne eine höhere Rente nicht fordern, die Frage bejaht habe. Dagegen bestritt er das Zustandekommen des von der Berufsgenossenschaft behaupteten Vergleichs, zumal ihm nichts davon gesagt worden sei, daß ihm eine Rente von 60 Proz. zustehe.

Das Reichs-Versicherungsamt wies den Rekurs der Berufsgenossenschaft mit folgender Begründung zurück: Zwar seien Vergleiche in geeigneten Fällen nicht ausgeschlossen und auch die mangelnde Schriftform mache sie an sich nicht ungültig. Aber wie das Reichs-Versicherungsamt auf dem Gebiete der Invalidenversicherung und auch sonst betont hat, entspricht es dem Wesen des im allgemeinen schriftlichen Rentenfestsetzungs-Verfahrens und empfiehlt sich auch aus Zweckmäßigkeitsgründen, daß ein Vergleich in gehöriger Form schriftlich niedergelegt wird. Nach § 779 des Bürgerlichen Gesetzbuchs bedinge ein Vergleich aber auch ein gegenseitiges Nachgeben, durch das ein Streit oder die Ungeklärtheit über ein Rechtsverhältnis beseitigt wird. Von einem „Nachgeben“ der Berufsgenossenschaft sei aber nichts ersichtlich; sodann aber hatte der Verletzte noch gar keine bestimmten Forderungen erhoben und war auch über die Grundlage und den Umfang seines Rechtes völlig im Unklaren. Einen gegenseitigen Beweis könne die Berufsgenossenschaft nicht führen, denn die drei Kommissionsmitglieder, die sie als Zeugen für den Abschluß des Vergleichs benennt, dürften nicht als solche vernommen werden, weil sie selbst Vertreter einer Partei sind.

Die Berufsgenossenschaft ist hier also mit ihren Bemühungen einen Verletzten durch „Vergleich“ über den Löffel zu barbieren, abgeblüht. Das ganze Verhalten der Berufsgenossenschaft aber zeigt, wie's zuweilen „gemacht“ wird.

Die Kennzeichnung von Invalidenmarken. Zur Auslegung des § 139 des Invalidenversicherungsgesetzes hat das Reichs-Versicherungsamt jüngst entschieden: Die Durchlöcherung der Beitragsmarken in der Form von Buchstaben oder in einer andern dem Arbeitgeber kennzeichnenden Weise ist unzulässig. Alle durch das Gesetz nicht vorgesehenen Eintragungen und Vermerke in oder an der Quittungslatte seien verboten und mit Strafe bedroht. Als ein derartiger Vermerk müsse auch die auf einer eingelebten Beitragsmarke befindliche Durchlöcherung angesehen werden. Außerdem würde hierdurch die Arbeitsstelle des Karteninhabers erkennbar gemacht werden; die Quittungslatte soll aber nicht erkennen lassen, bei wem der Inhaber arbeitet oder gearbeitet hat.

Lokales.

Strafentafen.

Für eine neue Strafe einen Namen zu finden, ist in einer Großstadt wie Berlin keine geringe Aufgabe. Je mehr die Stadt wächst und je größer die Zahl ihrer Straßen wird, desto kleiner wird für die Namensucher die Auswahl. Und seit zwischen Berlin und seinen Vororten vereinbart ist, daß keine der Gemeinden von Groß-Berlin einen Straßennamen wählen soll, der sich bereits in einer andern Gemeinde findet, sind die Schwierigkeiten noch bedeutend gewachsen.

Wer den Namen für eine neue Strafe aus der Erdkunde entlehnen will, muß bereits im Auslande Umschau danach halten. In der Provinz Brandenburg ist kaum noch ein beachtenswerter Ort, der nicht schon für eine Strafe Berlins oder Groß-Berlins als Kaufpatte fungiert hätte. Auch die übrigen Provinzen Preußens, ja sogar die meisten der deutschen Bundesstaaten sind stark abgegrast. Daher begegnen wir in einer Liste von neuen Berliner Straßennamen, die die letzte Nummer des „Gemeindeblatt“ bringt, wieder mehreren Namen, die recht weit hergeholt sind. Da ist eine Amsterdamerstraße, eine Nalmdörstraße, eine Dänenstraße, eine Türkenstraße.

Mit der Benennung von Straßen nach Personen ist es ebenfalls ein eigen Ding; auch hier ist die Auswahl nicht mehr groß. Solche Personen sollen ja immer so etwas wie eine Verühmtheit sein, die Verühmtheiten wachsen aber nicht so schnell nach, wie in den Großstädten und ihren Vororten die neuen Straßen. Gefürte Häupter nebst Prinzen sind vergriffen, Generale und Staatsmänner werden es nächstens gleichfalls sein, und selbst die Gelehrten und Künstler fangen schon an rar zu werden. Auch hier müssen zum Teil die Importen ausheilen. So enthält die Liste neuester Straßennamen u. a. eine Pasteurstraße und eine Carmen Schloßstraße.

Unser Vorfahren hatten die Sache viel leichter. Für ihre paar Straßen stellten sich die Benennungen von selber ein, ohne daß es erst des Suchens bedurfte. Von einem Ort wurde der Straßennamen entlehnt, wenn die Strafe wirklich nach dem Ort hinführte. Wo es aus Alt-Berlin nach Spandau hinausging, da war natürlich die Spandauerstraße. Bei der Benennung nach Personen zerbrach man sich nicht lange den Kopf darüber, ob der Kaufpatte eine Verühmtheit war oder nicht. Wer an der Erde wohnte, der mußte den Namen dazu hergeben. Die heutige Barockstraße hieß im 16. Jahrhundert Jönsengasse nach dem Besitzer des Sch Hauses nahe dem Kolonnenmarkt, im 17. Jahrhundert Rezzengasse, weil das Haus inzwischen in den Besitz eines Rezz übergegangen war. Rezz war Stadtkämmerer, also immer noch ein Stück Verühmtheit. Aber jener Peter Jilge, nach dem die heutige Rittergasse vor Zeiten Peter Jilges Gasse oder auch „Peterklingengasse“ genannt wurde, weil er in ihr wohnte, war gewiß nicht mehr als jeder andre Bürger.

Reste dieser Sitte haben übrigens selbst in Berlin sich doch noch bis heute erhalten. Bis in die neueste Zeit hinein sind Straßen offiziell nach Männern benannt worden, die das einzige Verdienst hatten, darin zu wohnen oder wenigstens Grundstücke darin zu besitzen. Im Nordosten der Stadt bekamen wir im vorigen Jahre die Vögowstraße, weil die Vögows bei dem Verlauf ihrer dortigen Ländereien — noch reicher geworden sind, als sie es schon waren. Und das erwähnte Verzeichnis neuester Straßennamen führt unter andern eine simple Schröderstraße auf als Namen einer zwischen Verg- und Gartenstraße neu angelegten Strafe. Der Name, dessen Name da an die Strafenenden genagelt wird zu ewigem Gedächtnis, ist anscheinend auch nichts weiter als ein beteiligter Grundbesitzer.

Das Verdienst solcher Kaufpaten pflegt sehr rasch in Vergessenheit zu geraten — rascher noch, als „der Verdienst“ aufgezehet ist, den sie eingeholt haben. Aber selbst größeren Verühmtheiten passiert es, daß schon die nächste oder nächstnächste Generation, wenn sie die ihrem Andenken gewidmeten Straßennamen erklären soll, sich ratlos fragt: „Wer kann das sein?“ Wer ahnt denn z. B. heute noch, daß die 1827 benannte Albrechtstraße einen damals 18-jährigen Prinzen verewigen sollte? Da war unsre Zeit doch vor-sichtiger. Sie nannte die Zimmerstraßen-Verlängerung, durch die

der Aufnahm eines andren Prinzen Albrecht der Nachwelt überliefert werden sollte, die Prinz Albrechtstraße. Nun weiß man's doch! Wie lange wird man noch wissen, daß das 1872 benannte Friedrich Karl-Werk gleichfalls einem Prinzen gilt? Als 30 Jahre später die Stallstraße umgetauft wurde, machte man aus ihr eine Prinz Friedrich Karlstraße. Die Menschen sind eben undankbar und vergessen schnell, da muß man sie schon mit der Nase darauf stoßen, wer gemeint ist.

In den Vororten hat man meist von vornherein die Vorsicht gebraucht, den Straßennamen die Titel hinzuzufügen. Karlshorst hat über ein halbes Duzend Prinz u. so - Straßen, eine Prinz Adalbert, Prinz August, Prinz Eitel Fritz, Prinz Friedrich Wilhelmstraße und noch ein paar mehr. In andern Vororten giebt es ähnliche Straßennamen, wenn auch nicht in solcher Häufigkeit. Die famose Prinz August von Württembergstraße gehört zu Tempelhof. In Friedrichsfelde giebt es eine Prinz Bismarckstraße. Schöneberg hat eine General Papestraße, aber die Eisenbahnverwaltung ist unhöflich genug, die benachbarte Ringbahnstation nur Papestraße zu nennen.

Das Adelsprädikat wird von den Straßentäufern noch wenig respektiert. Berlin hat eine v. d. Hensdstraße, das ist ja wohl alles. Sonst müssen überall die Edelster der Nation an den Straßennamen ihr „von“ ablegen. In Nieder-Schönhausen hat man sich jetzt eine Pöbblischstraße geleistet, aber das anfangs beabsichtigte „von“ ist noch im letzten Augenblick gefirnischt worden. Wird nicht die Nachwelt streiten, ob der Landwirtschaftsminister gemeint ist, der den Nieder-Schönhausener die benachbarte Schönholzer Heide wegshlugen ließ, oder ein armseliger polnischer Erbarbeiter, der bei der Anlegung der Straße larten half?

Konsum-Genossenschaften. Der Umsatz im Monat Juni betrug in der Konsum-Genossenschaft Berlin und Umgegend 71 390 M. (bei 16 Verkaufsstellen), also durchschnittlich per Verkaufsstelle 4458 M., im Berliner Konsumverein 50 800 M. (bei 13 Verkaufsstellen), also per Verkaufsstelle 3912 M., in der Spar- und Produktiv-Genossenschaft Wilmersdorf 42 400 M. (bei 13 Verkaufsstellen), per Verkaufsstelle 3262 M., im Konsumverein Charlottenburg 12 822 M. (bei 3 Verkaufsstellen), also per Verkaufsstelle 4274 M., im Konsumverein Adlershof 12 811 M. (bei 3 Verkaufsstellen), also per Verkaufsstelle 4270 M. Die genannten fünf Vereine hatten demnach in ihren 48 Verkaufsstellen im Juni einen Umsatz von 190 223 M.

Die gefälschte Amtskette. Einbrecher haben dem Berliner Stadtverordneten N. die Amtskette gestohlen, mit der schwerlich etwas anfangen können. Die Spigebuben benutzten die Abwesenheit des Stadtverordneten, um die Wohnung zu ertreten, wobei ihnen die Amtskette, die sie wahrscheinlich für pures Gold gehalten haben, in die Hände fiel. Da die Kette unverkäuflich ist, können die Diebe sie nur einschmelzen und dann werden sie sehr enttäuscht sein, denn die Kette besteht nur aus vergoldetem Silber. Es ist eben auch in der Berliner Kommunalverwaltung nicht alles Gold, was glänzt!

Bei der Aufstellung der Gemeindegewähler-Listen ist in Berlin diesmal eine erheblich höhere Steuersumme als im vorigen Jahre für die Abgrenzung der Wählerabteilungen zu berücksichtigen gewesen. Im Jahre 1903 hatte die für die Abteilungsabgrenzung zusammengetragene Steuersumme sich auf etwa 59 1/2 Millionen Mark belaufen, das war um rund 3 1/2 Millionen Mark weniger als im Jahre 1902. Nach der Reuegestaltung des Berliner Gemeindesteuersystems (1895) war das Jahr 1903 das erste, in dem bei der Abgrenzung der Wählerabteilungen ein Rückgang des zu berücksichtigenden Gesamtbetrages der Steuern beobachtet wurde. Im Jahre 1904 ist nun die Steuersumme wieder gestiegen. Sie beträgt jetzt ziemlich 59 1/2 Millionen Mark und ist damit um rund 3 Millionen Mark höher als im vorigen Jahre. Hinter der Steuersumme von 1902, die sich auf etwa 60 1/2 Mill. M. belaufen hatte, bleibt diejenige von 1904 allerdings immer noch um rund 1/2 Million Mark zurück. Wenn aber die Zunahme forsdauert, so dürfte das Ergebnis von 1902 schon in 1905 weit überholt werden.

Um die Konzession für eine elektrisch betriebene Bahnlinie Berlin-Hamburg soll der „Frankf. Zig.“ zufolge eine amerikanische Gesellschaft die preussische Regierung angegangen sein. Die Züge sollten in einer Geschwindigkeit von 200 Kilometer die Stunde verkehren. Wenn es einmal zum Bau einer elektrischen Schnellbahn kommen sollte, so wird ja wohl auch eine deutsche Gesellschaft sie auszuführen im stande sein. Vorläufig hat es damit ja noch gute Weile.

Aus dem Reich des Herrn Budde. Zu unserer Notiz „Abermals ein Opfer des Eisenbahnbetriebes“ wird uns von einem Leser geschrieben: Ich sah, wie der verletzte Rangierer Otto D. am Sonntagmorgen auf dem Bahnhof Friedrichsfelde zur Beförderung nach Berlin in einem Güterwagen transportiert wurde. Am Abend desselben Tages nahm ich Veranlassung, mich nach dem Verunglückten, dem eine Hand und ein Bein abgefahren war, zu erkundigen und die Ursache des Unglücks zu ermitteln. Dabei wurde mir von zwei Leuten das folgende gesagt: Der Bahnhof ist stark belastet, namentlich die Kolonne, der der Verletzte angehört. Es mühten täglich 60-80 und mehr Güterzüge umgelegt werden, namentlich geschieht dies in der Nacht und da ist an ein Beachten der Vorschriften, die ein Aufstellen während der Fahrt verbieten, nicht zu denken. Beim Einhalten dieser Vorschriften würde nicht der dritte Teil der Arbeit geschafft werden können. Auch der Verletzte hat sich nicht danach geschaut und ist dann zu Schaden gekommen. Wer sich aber nach der Vorschrift richten würde, wäre unbrauchbar! Auf meine Frage an die Leute, ob sie glauben, daß der Verletzte mit dem Leben davonkomme, erhielt ich zur Antwort: „Rein, er hat zu lange gelegen, der Blutverlust ist zu groß. Es ist auch besser für ihn, denn es erginge ihm schlecht, weil er die Vorschriften nicht eingehalten hat, und wovon soll er als Krüppel leben?“

Die Bewegung zu Gunsten des Auktions-Ladenschlusses für Berlin hat, wie bürgerliche Blätter berichten, in den letzten Wochen ganz bedeutende Fortschritte gemacht. Der Ausschuss der vereinigten Ladeninhaber und Gehilfen zur Herbeiführung eines einheitlichen Auktions-Ladenschlusses hatte schon im vorigen Jahre etwa 4000 Unterschriften von Geschäftsinhabern gesammelt, die sich für den Auktions-Ladenschluss aussprachen. Nachdem der Ausschuss nunmehr seine Forderungen insofern eingeschränkt hat, als er den Auktions-Ladenschluss für alle Werktage, aber mit Ausnahme des Sonnabends verlangt, an dem die Geschäfte bis 9 Uhr wie bisher geöffnet sein sollen, haben sich weitere 2500 Ladeninhaber durch Unterschrift für den Auktions-Ladenschluss erklärt. Im Polizeibezirk Berlin kommen etwa 8-10000 Geschäftsinhaber in Frage, die erforderliche Zweidrittelmehrheit für den früheren Ladenschluss ist also vorhanden. Ein Antrag der Geschäftsinhaber sämtlicher Branchen mit Ausnahme der Lebensmittel- und Cigarrenhändler liegt dem Polizeipräsidenten bereits vor, und es soll zu erwarten sein, daß die amtliche Abstimmung bald vorgenommen und der Auktions-Ladenschluss in Berlin noch in diesem Jahre eingeführt wird. Wenn dieser Optimismus nur berechtigt ist!

Die Schwimmbäder im Freien haben nicht nur die einfache Bedeutung eines Reinigungsbadens, sondern sie sind in hervorragender Weise geeignet, den Körper abzuhalten und zu kräftigen. Die Schwimmbewegung nimmt alle Muskelgruppen in Anspruch; sie befördert dadurch den Stoffwechsel, wie wenige andere körperliche Übungen, und das Hungergefühl, welches sich nach einem Schwimmbade einzustellen pflegt, ist die gesunde Wechselwirkung. Ein Schwimmbad kann auch länger genommen werden als ein Ruchbad ohne Schwimmen, weil in letzterem Falle der Wärmeverlust für den Körper ein zu großer wäre, da er bei dem ruhigen Verhalten nicht die Wärmemengen neu bildet, welche beim Schwimmen durch die Bewegung entstehen. Freilich soll auch das Schwimmbad in seiner Dauer nicht übertrieben werden. Es ist stets ein Zeichen, daß die Wärmebildung des Körpers nicht mehr mit dem Wärmeverlust in Einklang steht, wenn in Form einer sogenannten Gänsehaut ein

leises Frösteln sich einstellt, und es soll dann unter allen Umständen das Wasser verlassen und die Kleidung angelegt werden. Das gleiche Zeichen ist auch bei dem Luftbade von größter Bedeutung. Es ist im allgemeinen wohl zu raten, nach dem Verlassen des Bades und nachdem der Körper abgetrocknet ist — durch die Luft den Körper abtrocknen zu lassen, führt sehr leicht zu ersten Erkrankungen — einige Zeit unbekleidet sich in der freien Luft, oder noch besser im Sonnenschein, aufzuhalten. Aber auch dann ist die Bewegung der Ruhe vorzuziehen und auf keinen Fall die Dauer des Luftbades über das Eintreten des Fröstelns auszuwehnen. Es würde für unsere Jugend ein Gewinn sein, wenn gleich dem Turnen auch das Schwimmen, wo immer die Wasserverhältnisse es gestatten, ein obligatorischer Lehrgegenstand wäre.

Zur Geschichte der Teltower Rüben berichtet die „Brandenburgia“: Der Bau der Teltower Rüben ist alt. Sie wurden auch früher schon nicht nur in brandenburgischen Länden geschätzt, sondern waren auch ein weit verbreiteter Handelsartikel. Der Historiker Beckmann erzählt von ihnen 1769: „Zu Teltow werden die kleinen oder sogenannten Steck- oder Treugerüben gebaut, und sind nicht allein binnen Landes sehr beliebt, sondern werden auch bis in die Seestädte, bis nach Portugal verführt.“ Buchholz, ein Zeitgenosse des eben genannten Geschichtsschreibers, rühmt überhaupt von dem märkischen Rübenbau, „daß er alles dergleichen in Deutschland übertrifft“. Den Preis unter allen Rüben bauenden Orten erteilt er auch der Stadt Teltow, die er das „rechte Vaterland der schmackhaften Rüben“ nennt. In betreff der Zubereitung der Rüben giebt es in Teltow eine eigene Tradition. Man darf, so heißt es, die Rüben nicht schaben, sondern muß nur die feinen Wurzelsäfen, die überall an ihnen vorkommen, mit Sand abreiben, dann das Kopf- und äußerste Schwanzende abschneiden und sie schließlich nur noch sauber waschen. Auf diese Weise soll sich namentlich das feine, unmittelbar unter der Schale sitzende Aroma erhalten. In Berlin scheint man dies auch allgemein so gehandhabt zu haben, wenigstens deutet hierauf die zu Anfang des vorigen Jahrhunderts noch vielfach übliche Redeweise hin, daß man Teltower Rüben nur fegen dürfte. Als besonderer Verehrer der Teltower Rüben ist zu nennen: Joh. Heim. Böh. der berühmte Dichter und Uebersetzer. Dieser ließ sich nach seiner Uebersiedelung nach Heidelberg dorthin Rübenjamen schicken, allein die Rüben selbst wurden viel zu groß und entbehren des pikanten Geschmacks. Papst Pius IX. ließ sich Teltower Rüben nach Rom senden. Auch Goethe war ein großer Freund der schmackhaften Rüben, die ihm sein Berliner Freund Jeller alljährlich mehreremal nach Weimar senden mußte.

Zu der Entgegnung der Straßenbahndirektion, die wir gestern veröffentlicht haben, wird uns vom Verband der Handels- und Transport-Arbeiter geschrieben, daß bei der Direktion etliche Zertümer vorhanden sein müssen. Was die Bremsfähigkeit des Wagens betreffe, so müsse darauf hingewiesen werden, daß der Fahrer Eichberg in einer Entfernung von 120 Meter schon zu bremsen angefangen habe, aber nicht nur die Handbremse, sondern auch die Strombremse hätten völlig verlagert. Der Sand lag 40 Meter weit auf den Schienen und der Wagen war glatt darüber hinweg gefahren. Wäre auch nur die leiseste Bremswirkung vorhanden gewesen, so hätte der Sand entweder zerrieben oder gar zerstäubt werden müssen, da vollständig trockenes Wetter gewesen war. Daß der Wagen ohne jede Reparatur der Bremse wieder in Betrieb genommen werden konnte, beweise nichts, denn es würden auf den Bahnhöfen Reparaturen vorgenommen, ohne daß Meldungen an die Direktion erstattet würden. Mit der Versicherung, daß der Wagen Nr. 1243 in zwei Monaten nicht einmal, sondern nur siebenmal gemeldet sei, habe die Direktion scheinbar recht. Offiziell sei der Wagen zwar nicht siebenmal, sondern einmal gemeldet worden; ferner aber seien noch mündliche Meldungen wegen mangelhafter Bremse an den Bahnhofsbeamten ergangen und zwar so oft, daß die Zahl 26 noch recht niedrig sei. Die Thatsache, daß es die Fahrer heiß und kalt überlaufe, wenn sie mit bestimmten Wagen losfahren müßten, sei nicht aus der Welt zu schaffen.

Das Tablett des Offiziercorps. Wie leicht es manchen Denunzianten gemacht ist, unbescholtene Personen die Polizei ins Haus zu schicken und Hausdurchsuchungen zu veranlassen, zeigt folgender Fall: Ein Goldwarenhändler hatte vor einigen Tagen ein silbernes Tablett gekauft und es einigen Geschäftsfreunden zur Ansicht gezeigt oder zum Kauf angeboten. Kurz darauf erschienen im Geschäftsalon des Händlers in dessen Abwesenheit zwei Herren, die sich als Polizeibeamte vorstellten und der Ehefrau des Händlers sagten, daß ihr Mann ein gestohlenes Tablett gekauft habe. Sie hätten auch Auftrag, nach dem Tablett Hausdurchsuchung vorzunehmen. Die beiden Beamten lehrten sich an die Einwände der Frau dem auch gar nicht, sondern durchsuchten die Geschäfts- und Wohnräume in Abwesenheit des Inhabers auf das gründlichste. Die Hausdurchsuchung war erfolglos, da das Tablett bereits verkauft war. Die beiden Polizeibeamten mußten also unverrichteter Sache abziehen. Der Behausungswillige will jetzt aber die Sache nicht stecken lassen und den Denunzianten für seine wider besseres Wissen der Polizei gemachte Anzeige zur Verantwortung ziehen. Daß die Polizei auf die Anzeige irgend eines Denunzianten hin aber eine Hausdurchsuchung vornahm, die nicht im geringsten berechtigt war, geht aus einer Bescheinigung folgenden Wortlauts hervor, die sich der Behausungswillige sofort vom Verkäufer des Tablett erbat: „Hiermit bescheinige ich dem Herrn J. R., Berlin, . . . daß ich demselben am 26. Juni d. J. ein silbernes Tablett, mit dem Namen eines Offiziercorps versehen, sowie mit dem eingravierten Datum . . . verkauft habe. Das Tablett wurde mir anlässlich meiner Hochzeit von dem Offiziercorps, dem ich angehört habe, geschenkt und war daher mein ausschließliches Eigentum.“

Die Ferien-Halbkolonien, die in den westlichen Berliner Stadtteilen und in Schöneberg gebildet sind, haben ihre Ausflüge nach dem Grunewald begonnen. Mittags werden vom Rollendorplatz und von der Apostel Pauluskirche aus täglich mehrere Straßenbahnzüge abgelassen, welche die aus mehreren hundert Köpfen bestehenden Kinderhären nach dem am Rande des Grunewalds gelegenen Pletschhäusern bringen und abends von dort wieder abholen. Von den Lokalen aus ziehen dann die Kinder in den Wald, wo sie spielen, Lieder singen oder sich auf irgend eine andre Art unter Aufsicht von Lehrern und Lehrerinnen betätigen. Für gute Verpflegung der Kinder ist gesorgt.

Der Fall des Professor Dr. Jacob. Uns wird geschrieben: In der Berichtigung, die Herr Professor Dr. Paul Jacob in der Sonnabendnummer dieses Blattes veröffentlicht, hat er es zwar verstanden, keine positive Umkehrung zu sagen, aber die Punkte, auf die es ankam, wiederum — verschwiegen. Die beiden letzten Tuberkulinfusionen sind vielleicht in der That ohne Einfluß auf den Krankheitsverlauf geblieben; Herr Professor Jacob hat aber verschwiegen, daß er 14 Tage vorher bereits zwei andre Lungeninfusionen, mit Erfolg, an der in Frage stehenden Patientin vorgenommen hatte; er hat verschwiegen, daß durch sein eigenes Krankenjournal, in voller Uebereinstimmung mit dem offiziellen Journal der Charité nachgewiesen worden ist, daß er den Luftdrucksmitteln bereits mehrere Wochen vor dem Tode bei relativem Wohlbefinden der Patientin ausgeführt hat, und nicht, wie er im Bericht für innere Medizin fälschlicherweise angab, um die Patientin vor dem Ersticken zu retten. Endlich ist der Einwand, daß er für den „sechsten Fall“ in seinem Vortrage keine Zeit mehr übrig hatte, geradezu geschmacklos, denn Herr Prof. Jacob hatte, um seine übrigen 5 Fälle zu schildern, eine besondere außerordentliche Sitzung in Scene gesetzt, die volle 2 Stunden in Anspruch nahm.

Ein Lebendretter. Der Polizeipräsident erläßt folgende Bekanntmachung: Der Handwerkerlehrer Herr Hermann Kaiser, hierseitig Gräffstr. 78 wohnhaft, hat am 15. Juni d. J. den acht Jahre alten Knaben Fritz Heinz, welcher beim Spielen am Kottbuser Ufer in den Landwehrkanal gefallen war, vom Tode des Ertrinkens gerettet. Ich bringe diese von Mut und Entschlossenheit zeugende That hiermit belobigend zur öffentlichen Kenntnis.

Ein Student, der anscheinend nicht dem Verein abstinenter Studenten angehört, suchte gestern früh in seltsamer Verfassung das

Wachkommando des Döberitzer Uebungsplatzes auf. Nur mit dem Hemd bekleidet, vor Frost zitternd, hat er sichtlich um Aufnahme. In Anwesenheit des Platzkommandanten, Generalleutnants v. Spalding, der ihn zuerst für einen Landstreicher hielt, erzählte er seine Leidensgeschichte. Er sei ein Student aus Berlin und habe am Tage vorher mit einem Kommilitonen einen Ausflug nach Döberitz unternommen. Nachdem sie in den Wirtschaften beim Barackenlager reichlich Bier getrunken, hätten sie beabsichtigt, wieder heim zu fahren. Beim Bahnhof wären sie aber in einen tödlichen Streit verwickelt worden, bei dem sie den kürzeren gezogen hätten. Seinem Gefährten wäre es noch gelungen, sich durch schamlose Flucht in den bereit stehenden Eisenbahnzug in Sicherheit zu bringen, er selbst habe sich aber ins benachbarte Gehölz retten müssen. Unter der Einwirkung der genossenen Getränke habe er bei Anbruch der Dunkelheit gewandelt, er befände sich zu Hause, und habe sich entkleidet. Beim Erwachen habe er die Kleidungsstücke nicht wieder finden können. — Der Student wurde von den Soldaten aufgenommen, und später fand man im Freien auch seine Kleidungsstücke, so daß er, allerdings in recht gedrückter Stimmung, gegen Mittag nach Berlin zurückfahren konnte. . . .

Selbsthilfe gegen Radler-Fallen. Eine drohlige Meldung geht uns vom Berliner Motorrad-Klub zu: Betreffs der bekannten Radler- und Automobil-Falle Wannsee erlaubt sich der unterzeichnete Klub an Hand der am Sonntag, den 10. Juli, erfolgten Verurteilung folgendes mitzuteilen: Es ist möglich, mit ca. sechs Personen, welche nur Warnungen abzugeben brauchen, ganz Wannsee so zu besetzen, daß Strafverfolgungen von Wagenbesitzern und Radfahrern kaum noch stattfinden können. In der Zeit von 9 bis 5 Uhr gelang es zwei Klubmitgliedern, ungefähr 70 Radfahrer vor den drei an der Rootaler Ecke am Reichshaber postierten Polizeibeamten zu warnen bezw. sie zum Abstreifen zu veranlassen, während die gleichzeitig jedes durchkommende Automobil auf die wirkliche Schnelligkeit ihm kontrollierten, so daß der Gemeinde Wannsee hierdurch mindestens 300 M. an „Strafgeldern“ entgangen sind. Der Zweck dieser Mitteilung soll nur sein, die Berliner Motorrad- und Automobil-Vereine endlich einmal zu gemeinsamem Vorgehen zu veranlassen, und wäre es erwünscht, wenn diese ihre Vertreter am Freitag, den 15. Juli, zur Sitzung des Berliner Motorrad-Klubs nach dem „Alten Kabanier“, Anhalterstr. 14, abends 9 Uhr, entsenden wollten. Der Beweis der Durchführbarkeit ist durch nur zwei Personen geliefert worden, und es wäre ein leichtes, mit sechs Personen Wannsee, mit je zwei Personen Hundeshöhe, Johannisberg, Adlershof und Grünow so zu besetzen, daß ein Erfolg in kürzester Zeit gewährleistet erscheint.

Ein Opfer der Straßenbahn ist die Wäscherin Marie Jellin aus der Veteranenstr. 18 geworden, die vor dem Hause Schönhauser Allee Nr. 120 überfahren wurde. Sie starb in der Charité an Verletzungen des Schädels und der Wirbelsäule.

Ein falscher Kriminalbeamter treibt in den westlichen Bezirken sein Unwesen. Zur Frau des Bahnarbeiters J. in der Siegfriedstraße in Schöneberg kam ein gutgekleideter junger Mann und erklärte, er sei Kriminalbeamter und beauftragt, bei der Tochter des Hauses, die in Berlin in einem Geschäft tätig ist, eine Hausdurchsuchung abzuhalten. Es handelte sich um den Diebstahl einer Uhr, Nr. 3, sei bereits verhaftet. Die alte Frau war durch das sichere Auftreten des Besuchers so verblüfft, daß sie ihm auf Verlangen das Zimmer ihrer Tochter zeigte. Der angebliche Kriminalbeamte durchsuchte nun alle Schränke und Behälter, nahm keinen Anstand, einzelne Schloffer mit einem Dietrich zu öffnen, während die geängstigte Frau J. der sonderbaren Hausdurchsuchung zuschaute. Natürlich wurde nichts Verdächtiges gefunden. Dem Eindringling war es unbequem, daß außer der alten Frau noch ihr Sohn zu Hause war, so daß er den offenbar beabsichtigten Diebstahl nicht ausführen konnte. Um den jungen Mann zu entfernen, verlangte er, man möge ihm sofort einen Schloffer holen, da eines der Schloffer seinen Dietrich widerstand. Darauf wollten sich aber weder Frau J. noch ihr Sohn einlassen, so daß der falsche Kriminalbeamte unverrichteter Sache abgehen mußte. Ein kleines Kästchen mit barem Gelde war der Aufmerksamkeit des „Hausdurchsuchenden“ entgangen. Als Fräulein J. abends aus dem Geschäft heimkehrte, stellte sie heraus, daß der angebliche Beamte ein abgeheimter Schwindler war, der es entweder auf einen sofortigen Diebstahl oder auf das Auskundschaften einer Diebstahlsgelegenheit für später abgesehen hatte. Offenbar dürfte der Mann seinen Trick mit der Hausdurchsuchung auch an andren Stellen versuchen.

Zwei große und recht gefährliche Brände beschäftigten in der vorletzten Nacht die Feuerwehre auf dem Gesundbrunnen und in der Dresdenerstr. 50/51, gegenüber der Alexandrinenstraße. Auf dem Gesundbrunnen standen nachts zwischen 11 und 12 Uhr Holz- und Lagerplätze an der Behmstraße, unmittelbar am Bahnhof Gesundbrunnen, in großer Ausdehnung in Flammen. Die Grundstücke dieser noch nicht regulierten Straße gehören den Wollankischen Erben und sind zu Lagerzwecken, als Sattelplätze vermietet. Auf einem dieser Plätze war das Feuer, vermutlich durch Funken, ausgekommen und hatte an den Holz- und vielen andren Vorräten reiche Nahrung gefunden. Als die Feuerwehre erschien, standen schon mehrere Schuppen in hellen Flammen. Wegen der Gefahr, die durch den starken Wind noch vermehrt wurde, wurde „Mittelfeuer“ an alle Wachen gemeldet und unverzüglich mit allen Kräften von mehreren Seiten energisch vorgegangen. Den vereinten Anstrengungen der unter Leitung des Branddirektors Wiersberg stehenden Pöschzüge gelang es, den Brand zu isolieren und nach und nach an Terrain zu gewinnen. Kaum war dort die Gefahr beseitigt, als ein neuer Alarm die Feuerwehre nach der Dresdenerstraße rief, wo die bekannte Eighornfabrik von H. H. Hefag, die schon vor Jahren einmal vom Feuer heimgesucht worden ist, in Flammen stand. Es brante die Getreideöferei im Quergebäude, das Dachgeschoß und der Dachstuhl des Quergebäudes. Brandinspektor Dransfeld ließ drei Schlauchleitungen vornehmen und damit kräftig Wasser geben. Die Flammen hatten hier an dem durch die permanente große Hitze von der Mälzerei ausgehenden Holz z. gute Nahrung gefunden und gefährdeten die angrenzenden Gebäude. Es gelang aber, diese zu schützen und gegen 4 Uhr den Brand zum Stillstand zu bringen. Die Aufräumung der Brandstellen nahm noch längere Zeit in Anspruch. Während die Feuerwehre ausgerückt war, lief eine Feuermeldung von der Admiral-Brücke ein. Innerhalb weniger Stunden die zweite von dort, die auf großen Umfang zurückzuführen ist, ohne daß es gelungen, den Thäter zu erwischen. Im Schiller- Theater entstand gestern abend während der Vorstellung elektrischer Kurzschluss in der Beleuchtung. Die Gefahr wurde sofort bemerkt und gleich beseitigt, so daß nur unbedeutender Schaden und keine Störung entstand.

Eine angenehme Ueberraschung wurde einem am Kottbuser Damm wohnhaften Gastwirt bereitet. Bei demselben erschien ein Kriminalbeamter und überbrachte ihm eine wertvolle goldene Herrentuhr, die der Gastwirt sofort als sein Eigentum erkannte, deren Verschwinden er jedoch noch gar nicht bemerkt hatte. Ein Kutscher Jasse und ein Arbeiter Wilhelm Schulze, beide aus Wilmersdorf, waren tags vorher bei dem betreffenden Wirt eingekleidet und hatten dabei Gelegenheit gefunden, die Uhr nebst einem kleinen Geldbetrag aus der Ladenkasse zu entwenden. Als Jasse abends die Uhr bei einem Rixdorfer Uhrmacher verkaufen wollte, sah er aber deren rechtlichen Erwerb nicht ausweisen konnte, erfolgte seine Verhaftung. Nach längerem Zeugen gestand er, die Uhr dem betreffenden Gastwirt gestohlen zu haben. Auch Schulze wurde ermittelt und festgenommen; er gab bei seinem Verhör an, daß Jasse schon wiederholt bei dem betreffenden Gastwirt die Ladenkasse erheblich geplündert habe, wenn sich hierzu die Gelegenheit bot.

Ueberfahren wurde am Sonntagmorgen um 2 Uhr vor dem Hause Müllerstr. 127 (zwischen Kamerunstraße und dem Paul Gerhard-Stein) der 17 Jahre alte Ruge Jürker von einem Wagen der Linie Regal-Webdingplatz. Der junge Mann wurde von dem Wagen etwa dreißig Meter mitgeschleift und erlitt schwere Verletzungen, ist aber nicht tot, wie einige Blätter mitteilten. Augen-

zeugen des Vorfalles werden von der Mutter des jungen Mannes, Frau Grzegorz, Müllerstr. 131, vorn 3 Treppen, um Angabe ihrer Adresse gebeten.

Straßenperrung. Die südliche Verbindungsstraße des Königsplatzes mit der Straße vor dem Krollischen Garten wird behufs Asphaltierung vom 14. d. M. ab bis auf weiteres für Fußwege und Reiter gesperrt.

Ihr hundertstes Lebensjahr vollendet, wie uns mitgeteilt wird, am 18. Juli die in häßlichen Verhältnissen lebende Wittwe Lina Jacoby, welche mit ihrer siebzehnjährigen unverheirateten gebliebenen Tochter in Hauje Willowstraße 78, 3 Treppen, wohnt. Die Tochter hat 40 Jahre lang Wäsche genäht, bis sie von Lungenerkrankungen befallen wurde und jegliche Arbeit aufgeben mußte. Die beiden Frauen ernährten sich vom Zimmervermieten und kleinen Unterhaltungen, die ihnen zu teil werden.

Die Berliner Niederlage der Pariser „Midiettes“. Für das Vaterland! ist ein ergreifendes Mägelied betitelt, das der schalkhafte Henri Bidou im „Journal des Débats“ anstimmt. „Lacht uns unsere Niederlage mit Würde tragen“, schreibt er. „Zeigen wir nichts von unedler patriotischer Trauer und feiern wir unser Nationalfest trotz alledem. Stellen wir uns dem Schicksal mit eiserner Stirn gegenüber. Die Midiettes kehren besieg zurück! Fünf waren es; fünf Midiettes mit strammer Wade und seinem Knöchel, die wie junge Nebelhäner durch die Straßen tröteten, waren die Heldinnen dieses internationalen Ereignisses. Als sie eines Morgens im Triumph von Paris nach Rouen trübten und Preise erhielten, geriet Deutschland, das immer eifrig auf Frankreich blickt, in Aufregung. Es fürchtete, daß und schon die nächsten Saison eine Generation von idealen Infanteristen bringen könnte. Ihm war plötzlich die Wahrheit aufgegangen, daß man, um gute Soldaten zu erhalten, sie schon in der Urzelle vorbereiten muß, und es ging sofort ans Werk, seine Modifikationen, die von schönster Klasse sind, zu trainieren. Eine wissenschaftliche Ernährungsweise gab diesen trefflichen Muskelatmen solche Elastizität, daß sie sich schon im wunderschönen Monat Mai auf dem „Zurf“ zeigen konnten. Dort schienen ihre Mittel so zu befriedigen, die Deutschen die Franzosen herauszufordern beschloß. Die fünf Siegerinnen, die Elite der Elite, nahmen die Herausforderung an und verzichteten auf die Hoffnung, am 14. Juli in Paris zu debütieren. Sie gingen nach Berlin. Dank der vorsichtigen Zurückhaltung der Regierungen konnten neue diplomatische Komplikationen verhütet werden. Sonntag fand das Rennen statt. Wer kann Urache und Wirkung wagen? Die lange Eisenbahnfahrt, die unbelebte Rennbahn, die Luft der Fremde, die Aufregung darüber, daß der Ruhm von Paris in die Ferne getragen werden sollte, das alles mochte die Damen nervös gemacht haben. Anstatt eines Wettganges mit weitem Ziele gab es einen Wettlauf bei einer kleinen Strecke von 400 Meter. Bei so kurzer Strecke konnten die Schwwestern der Männen von der ganzen Ueberlegenheit ihrer „Heizungsfläche“ profitieren. Sie riefen los wie mit 80 HP. und alle fünf kamen ans Ziel. „Goch!“ schrie das Publikum. Die Musik spielte „Die Nacht am Rhein“ und die Siegerinnen bekamen 300 bis 200 und 100 Mark. Ihre Midiettes waren traurig, aber nicht entmutigt. Es fand ein zweiter Lauf statt. Hier findet unser nationales Gefühl einen schmerzlichen, aber schönen Trost. Hier von den deutschen Jungfrauen stärktem wieder mit Automobilstärke dahin; eine Französin aber holte nach übermenschlicher Anstrengung die fünfte ein und überholte sie. Die nationale Ehre war gerettet und wie blühen vertrauensvoll in die Zukunft. Die Muse de la Paix kann ruhig flagen. Wenn ein Armeekorps oder auch nur eine einzelne Modistin nach der ersten Niederlage, statt mutlos den Kampf aufzugeben, sich fähig fühlt, es besser zu machen und mit der Energie der Verzweiflung sich von neuem in das Schlachtgewühl stürzt, kann das Vaterland ruhig sein. Bravo kleine! Man sollte sie auf die Jenaer Trübe führen, und der Kriegsminister sollte sie vor versammeltem Volke umarmen!“

Die neue Ausstellung im Kunstsalon Wertheim, Vohstr. 81, enthält neben den Arbeiten der Impressionisten Saar-Wien, Bach-Baden, Fischer-Wien und Kowal-Wien, letzterer mit einer pointillistischen Arbeit „Abend“, eine arabisch-orientalische Landschaft darstellend, eine Fülle interessanter Gemälde. Hauptächlich ist diesmal Oesterreich vertreten und zwar durch Wöttinger-Prag, Brunner-Wien, Göth-Wien, Osur-Wien, Ringenstein-Prag u. a. m. Aber auch München kommt hervorragend zu Worte. Wir sehen Arbeiten von Korzendörfer, Kotoski, Parin, Perschke, Plepko, Nieper, Stumpf u. a. m. Außerdem nennen wir noch Eisenblätter-Königsberg, Woppe-Follers-Königsberg, Frey-Karlruhe, Grünig-Dresden, Macco-Düsseldorf und viele andre.

Ein sehr interessantes Schauspiel wird sich am Sonntag, den 24. Juli, in dem beliebten Ausflugsort Friedrichshagen mit seinem herrlichen Müggelsee den Berlinern bieten. Das zweite Arbeiter-Sportfest wird an diesem Tage dort abgehalten. Niemand ist leider der Sport nur als Unterhaltung der bestehenden Kreise bekannt und ihnen erscheint seine Ausübung durch Arbeiter geradezu überflüssig. Da ist es angebracht, auf das Urteil ärztlicher Autoritäten hinzuweisen, daß das Radfahren, Rudern, Segeln, Schwimmen, die Athletik usw. der Gesundheit in hohem Grade förderlich ist; und da Gesundheit das höchste Gut auch des Arbeiters ist, so mag sich mancher die Frage vorlegen, ob er in Zukunft seine wenigen freien Stunden dazu benutzen will, in Kneipenluft seinen Körper widerstandsunfähig zu machen oder ihn in frischer Luft und geheimer Ausarbeitung zu stärken und zu kräftigen. Gelegenheit zur Beobachtung bietet der erwähnte Sonntag, wo die Vereine zeigen werden, welche Macht der Arbeiterport aus kleinen Anfängen heraus geworden ist. Ob zu Wasser oder zu Lande, alle werden sie wettsieren, um das Fest großartig zu gestalten und neue Genossen ihren Reihen zuzuführen.

Aus den Nachbarorten.

In Friedrichshagen hält der Arbeiter-Bildungsverein Sonnabend bei Bagnitz, Friedrichstr. 104, seine Versammlung ab, in der Reutwahlen auf der Tagesordnung stehen.

Weissenfee. Wir machen die Mitglieder auf den am Sonntag stattfindenden Besuch der Trepow-Sternwarte aufmerksam. Vortrags-Vortrag, Besichtigung des astronomischen Museums etc. Im Interesse der gemeinnützigen Veranstaltung erwarten wir zahlreiche Beteiligung. Willets a 20 Pf. sind an den bekannten Stellen zu haben. Der Vorstand des Socialdemokratischen Wahlvereins.

Die Gemeinde Pantow und ihre soziale Fürsorge für die arbeitende Bevölkerung. Der Magistrat von Niddorf hatte vor längerer Zeit ein Rundschreiben an sämtliche Vororte gerichtet, in welchem der Wunsch ausgedrückt wurde, ein gemeinsames Ortsstatut für die Krankenversicherung der Heimarbeiter auszuarbeiten und gleichzeitig eine statistische Aufstellung über die Heimarbeiter in den Vororten zu schaffen. Eine ganze Reihe von Vororten beschäftigten sich seit Monaten mit dieser Vorlage. In der letzten Sitzung der Gemeindevertretung in Pantow wurde von socialdemokratischer Seite angefragt, ob das Niddorfer Rundschreiben nicht eingegangen wäre, und gleichzeitig ausgeführt, daß für Pantow die Krankenversicherung der Heimarbeiter eine zwingende Notwendigkeit sei. Der Gemeindevorsteher antwortete in sehr gewandener Form, daß ja die Vorlage in einer der nächsten Sitzungen erledigt werden könnte. Durch nachträgliche Informationen erhalten wir bestätigt, daß Herr Vorsteher Gottschalk die Anfrage selbst beantwortet hat und zwar in dem Sinne, daß ein Bedürfnis der Versicherung der Heimarbeiter für Pantow zur Zeit nicht vorliegt. Wir können nun dem Herrn Gottschalk verraten, daß in Pantow als einem nördlichen Vororte von Berlin, welcher 25 000 Einwohner zählt, eine große Anzahl von Betriebswerkstätten existieren. Eine Fabrik elektrischer Lampen beschäftigt eine Anzahl von Heimarbeitern und die Haussegenfabrikation dergleichen. Eine einzige Anfrage an die Gewerbe-Inspektion oder an die diese Betriebe kontrollierenden Gewerben hätte genügt, den Gemeindevorsteher aufzuklären.

Wenn wir auch zugeben, daß die einzige verantwortliche Person mit Arbeiten und mit der Auffstellung von Projekten für Kaiser-Standbilder sehr belastet ist, so muß im Interesse der Pantower Bevölkerung dafür gesorgt werden, daß die sozialen Aufgaben nicht leidet.

Wer ist der Vater? Die Ueberreichung eines Wittgesuches an den Kronprinzen gab am Montagabend in Potsdam Veranlassung zu einer dramatischen Scene mit pikantem Hintergrund. Als der Kronprinz gegen 10^{1/2} Uhr beim Regimentshaufe in der Raunonstraße vorüberritt, um sich nach der Kaserne des ersten Garderegiments zu Fuß zu einer Nachtlagerung zu begeben, verließ eine elegant gekleidete junge Dame mit einem Kinde auf dem Arm plötzlich eine Droschke 1. Klasse und warf sich, eine Wittschrift hochhaltend, vor das Pferd des Kronprinzen, diesen laut um Hilfe ansehend. Derselbe hielt sofort sein Pferd an und fragte, das Gesicht abnehmend, nach dem Namen der Dame. Diese behauptete nun, daß eine hochstehende Persönlichkeit aus dem kaiserlichen Hofhalt der Vater ihres Kindes sei, sich aber um das arme Wesen nicht kümmern, und bat deshalb um Vermittelung des Kronprinzen in der delikaten Angelegenheit.

Im Vorort Mariendorf ist ein Streit zwischen Amtsvorsteher und Gemeinde ausgebrochen. Die Ursache ist der Straßenraub, der sich in unangenehmer Weise fühlbar macht. Bereits im März forderte der Amtsvorsteher auf Grund eingegangener Beschwerden den Gemeindevorstand auf, die Steglyerstraße besprengen zu lassen und wiederholte seine Aufforderung, als sie unbeachtet blieb. Als auch das zweite Schreiben keinen Erfolg hatte, ordnete der Amtsvorsteher einfach an, daß die Straße auf Kosten der Gemeinde so lange von der Säbender Feuerwehre besprengt wird, bis die Gemeinde selbst das Sprengen übernimmt. Gegen diese Verfügung hat die Gemeinde Mariendorf beim Kreisaußschuß Klage erhoben.

Hohen-Schönhausen. Ein beschiedenes Verlangen hat die hiesige Terrain-Aktiengesellschaft an die Gemeindevertretung gerichtet. Sie will nämlich, daß die Gemeinde einen Teil der durch die Parzellierung ihres Terrains und die Straßenanlage entstehenden Kosten trage. Die Gemeinde lehnte schon in Rücksicht auf die Leere ihrer Kasse das Verlangen ab. — Der Redakteur Steffen von dem einen der hier am Orte erscheinenden beiden Lokalblätter hat seinen Wohnsitz nicht in der Gemeinde, sondern im Ortsteil Hohen-Schönhausen und ist daher als „Fremder“ nicht zu den Sitzungen der Gemeindevertretung zugelassen worden. Sein Antrag, die öffentlichen Sitzungen regelmäßig als Berichterstatter besuchen zu dürfen, wurde ohne weiteres abgelehnt, trotzdem der socialdemokratische Gemeindevertreter Thiele die Zulassung der Redakteure beider Ortsblätter beantragt hatte. Welchen Zweck diese Abschließung wohl haben soll?

Gerichts-Zeitung.

Unschuldig verurteilt? Einer Robeit, wie sie Streifbretter nicht selten gegen anständige Arbeiter ausüben, sind die organisierten Arbeiter Hermann Krüger und Richard Brenneberg bestraft worden. In einer Instrumentenfabrik im Norden Berlins war im März d. J. ein Streit ausgebrochen. Die Ausständigen waren pflichtgemäß bemüht, die noch Arbeitenden für sich zu gewinnen. Am Abend des 28. März befand sich der Tischler Lehmann, welcher zu den Arbeitswilligen gehörte, in einer Schankwirtschaft in der Säbhauser Allee. Er traf dort mit mehreren Streikenden, u. a. auch dem Angeklagten, zusammen. Es kam zwischen ihnen zu gegenseitigen Hänseleien. Gegen 10 Uhr entfernte sich der etwas angegriffene Lehmann, der in Pantow wohnte, um nach dem Bahnhof zu gehen. Als er in den Zug einstieg, bemerkte er, daß drei Personen, von denen er die beiden Angeklagten wiedererkannt haben will, ihm gefolgt waren und ebenfalls den Zug bestiegen. Lehmann stieg in Pantow aus und schlug den Weg nach seiner Wohnung ein. Bald bemerkte er, daß die drei Personen ihm folgten. Beunruhigt, fing er an zu laufen. Seine Verfolger holten ihn aber bald ein. Sie schlugen ihn zu Boden und dann mißhandelten sie ihn. Mit scharfen Instrumenten brachten sie ihm blutende Wunden am Kopfe bei und verletzten ihm eine Menge Fußtritte gegen seinen Oberkörper. Während Lehmann am Boden lag, hörte er, wie einer seiner Peiniger die Worte ausstieß: „So holen wir Euch Streifbretter alle aus der Hude heraus, nun lömt Ihr wieder hingehen und arbeiten!“ Der Mißhandelte wurde bewußtlos; als er wieder zu sich kam, waren die Feinde verschwunden. Er ist über 4 Wochen arbeitsunfähig gewesen und will noch an den Folgen der Mißhandlung leiden.

Im gestrigen Termin bestritten die Angeklagten, die Thäter zu sein und meinten, daß der Zeuge Lehmann, der angetrunken gewesen sei, sich in ihren Persönlichkeiten geirrt haben müsse. Der Staatsanwalt beantragte gegen die Angeklagten je 9 Monate Gefängnis bei sofortiger Verhaftung. Der Verteidiger, Rechtsanwalt Golland, bemühte sich vergebens, den Richter zu überzeugen, daß die Angeklagten die Opfer einer Personenerweichung geworden sein könnten, der Gerichtshof hielt sie für zweifellos überführt und verurteilte sie bei der Schwere des Vergehens zu je neun Monaten Gefängnis. Von einer sofortigen Verhaftung wurde Abstand genommen.

Daß Streifbretter anständige Arbeiter mit dem Revolver traktierten und dann außerordentlich gimpflich davon gekommen sind, ist bekanntlich schon dargelegen. Selten hingegen ist ein Vorfall, wie er den beiden Ausständigen zur Last gelegt wird; wenn ausständige Arbeiter von bürgerlichen Richtern mit den üblichen schwereren Strafen belegt wurden, so handelte es sich vielfach um Fälle, wo die Angeklagten triftige Entschuldigungsgründe für sich hatten. Der Gedanke, daß die beiden Verurteilten das Opfer einer Verwechslung geworden sind, ist nicht von der Hand zu weisen.

Dummheit und Bosheit. Aus Mitleid und Freundschaft sollte der Hausdiener Wilhelm Berlin, welcher gestern vor dem Schöffengericht des Landgerichts I stand, einen gewissenlichen Meineid geleistet haben. Sein Freund, der frühere Postbote Rudolf Hübarezil, befand sich wegen Anstiftung zum Meineid auf der Anklagebank. Berlin legte ein offenes Geständnis ab. Er und Hübarezil hatten zusammen in Rathenow bei den Hufaren gedielt und waren im Jahre 1902 gleichzeitig entlassen worden. H. unterhielt seit Jahren ein Verhältnis mit einem Mädchen in Rathenow, er war Vater eines Kindes geworden. Als er dann später in Berlin bei der Post Beschäftigung fand, lernte er ein Mädchen kennen, das ihm besser gefiel als seine damalige Braut und das er heiraten wollte. Nun fiel es ihm bei seinem kleinen Gehalt schwer, das Pflegegeld für sein Kind abzugeben, er wollte gern von dieser Last befreit sein, auch fürchtete er wohl, daß er in den Augen seiner neuen Braut verlieren würde, wenn diese die Sache erführe. H. klagte seinem Freunde Berlin seine Not und schlug vor, daß er sich wegen des Verpflegungsgeldes von der Mutter des Kindes verklagen lassen wolle. Er wolle seine Zahlungsweligerung damit begründen, daß er erfahren habe, sein Freund Berlin habe zur fraglichen Zeit auch mit dem Mädchen geschlechtlich verkehrt. Er, Berlin, werde dann als Zeuge geladen werden, und wenn dieser dann die ausgesprochene Behauptung mit seinem Eide bekräftigen wolle, so würde er, Hübarezil, von der Verpflchtung, weitere Pflegegelder zu zahlen, befreit werden. Berlin ließ sich überreden und der schmutzige Plan wurde zur Ausführung gebracht. Das Gewissen rührte sich aber bald bei Berlin, er zog es vor, sich durch ein offenes Bekenntnis seiner Schuld Rade zu verschaffen. Im gestrigen Termin legte der Angeklagte sich energisch auf Zeugnen, er wurde aber durch den Mitangeklagten Berlin sowie durch die Beieidenaufnahme für überführt erachtet. Die Geschworenen sprachen beide Angeklagte schuldig. Berlin wurde zu einem Jahre, Hübarezil zu einem Jahre drei Monaten Gefängnis verurteilt, wovon je zwei Monate durch die erlittene Unterjuchungshaft für verbüßt erachtet wurden.

In Betreff des Angeklagten Berlin ist von den Geschworenen ein Begnadigungsgesuch eingereicht worden.

Beerdigung und Vereinsgesetz. An der Beerdigung des Rathsherrn einer kleinen preussischen Stadt hatte auch der Feuerwehverein mit Musik teilgenommen. Dieser Verein marschierte nach

der Beerdigung geschlossen zurück, voran die Musik unter Leitung des Dirigenten Schröder. Herr Schröder wurde demnach wegen Uebertretung des Vereinsgesetzes angeklagt, weil er an einem nicht genehmigten öffentlichen Aufzuge teilgenommen und ihn geleitet habe. Er wurde indessen in zweiter Instanz freigesprochen. Das Kammergericht als Revisionsinstanz hob jedoch dieses Urteil wieder auf und verwies die Sache zu nochmaliger Verhandlung und Entscheidung an das Landgericht zurück. Begründend wurde ausgeführt: Ein Leichenbegängnis beglume mit dem Zutritt des Trauergefolges und schliche mit dessen Auseinandergehen. Dies erfolge meistens auf dem Friedhof. Keineswegs aber könne das noch zum Leichenbegängnis gezählt werden, wenn ein organischer Teil des Trauergefolges, ein Verein, gemeinsam vom Friedhof zurückmarschiere. Dieser Rückmarsch könne sehr wohl sich als öffentlicher Aufzug im Sinne des Vereinsgesetzes darstellen, zu dem eine polizeiliche Erlaubnis erforderlich sei, selbst wenn das Leichenbegängnis an sich ein „gewöhnliches“ war und keiner Erlaubnis bedürfte. Das Landgericht müsse darum feststellen, ob der Rückmarsch die Form eines Aufzuges hatte. Sei dies der Fall, dann müsse S. verurteilt werden.

Revision im Proseß Höffert. Die am Sonnabend von der dritten Strafkammer des Dresdener Landgerichts wegen Betruges zu sieben resp. drei Jahren Gefängnis verurteilten Frau Mila Höffert und Ludwig Paul Höffert haben sich dem gegen sie ergangenen Urteil noch nicht unterworfen. Beide Verurteilten werden Revision durch ihre Verteidiger einlegen lassen. Frau Mila Höffert ist bekanntlich auf freiem Fuße ohne Kautionstellung belassen worden, während ihr Sohn sich im Untersuchungsgefängnis befindet. Er ist bereits aus dem Verband des Offizierskorps, dem er als Lieutenant der Landwehr angehörte, ausgeschieden. In nächster Zeit findet übrigens noch ein Höffert-Proseß zweiter Auflage vor dem Dresdener Landgericht statt. Ludwig Höffert hat sich noch einmal wegen Betruges zu verantworten, denn es mußten in der jetzigen Hauptverhandlung mehrere unter Anklage gestellte Betrugsfälle wegen Nichterscheins der Zeugen ausgeschieden werden. Frau H. befindet sich zur Zeit in überaus dürftigen Verhältnissen, und man bringt der Frau, die schon seit langen Jahren infolge der Doppelhebe ihres Mannes säuer zu leiden hatte, und die mehr als ein Opfer ihres leichtsinnigen Sohnes zu betrachten ist, Mitleid entgegen.

Beirat der Berliner Buchdrucker und Schriftsetzer. Donnerstag, den 14. Juli, abends 8^{1/2} Uhr: Vereinsversammlung im Gemeinshaus, Engelstr. 15. Tagesordnung: 1. Bericht des Reichstags-Abgeordneten Herrn Ed. Bernstein: „Die Eigentümlichkeiten des englischen Gewerkschaftswesens.“ 2. Vereinsmitteilungen. 3. Anagelasten. Arbeiter-Bildungsschule. Der letzte Unterrichts-Wend in Nationalökonomie findet Donnerstag, den 14. Juli, abends 9 Uhr, im Gemeinshaus, Saal 8, statt.

Vermischtes.

Ein großer Haidebrand ist auf der Strecke Hannover-Hamburg hinter der Station Unterlunds ausgebrochen. Im Laufe des gestrigen Tages hat der Brand sich mehrere tausend Morgen weit ausgebreitet. Am Nachmittag mußte aus Celle das 77. Infanterie-Regiment im Extrazug zur Hilfe herbeieilen.

Ein bedauerlicher Unfall ereignete sich auf einem Schulausfluge in Jerre bei Spremberg. Während der Lehrer mit den Kindern auf einer Wiese Spiele veranstaltete, hatten sich zwei Knaben unbemerkt entfernt und die Hüfte einer abgeschossenen Patrone mit Zündblättchen gefüllt. Als der eine die Hüfte zwischen zwei Steinen zur Entzündung brachte, wollte der Gefährte, der zwölfjährige Sohn des Maschinistenführers Grund, die Explosion beobachten, wobei ihm die ganze Ladung ins Gesicht flog. Der Knabe schwert in Gefahr, vollständig zu erblinden; er befindet sich in einer Augenklinik zu Cottbus in Behandlung, wo man hofft, wenigstens die Sehkraft auf einem Auge etwas zu erhalten.

Ueber den Selbstmord eines Redakteurs wird aus Wien berichtet: In einem hiesigen Lade erlöschte sich gestern der Redakteur der „Zeit“ Dr. Boris Ringes aus Futat vor Wahnsinn. Ringes ist in Ruhland geboren, wurde dort politischer Umtriebe halber ausgewiesen, worauf er in Bulgarien eine reiche politische und publizistische Tätigkeit entfaltete. Ringes war einer der genauesten Kenner der Vorkonverhältnisse.

Bei Schwimmbädern im Rhein, die gestern nachmittag von der 5. Eskadron des in Düsseldorf garnisonierenden Westf. Manen-Regiments Nr. 5 vorgenommen wurden, stürzte, wie man aus Düsseldorf meldet, ein Mann um. Sechs Mann fielen ins Wasser, zwei davon ertranken.

Warum die Bevölkerung von Kasan beküßt ist. Aus Kasan meldet der Telegraph: „Das wunderthätige Bild der heiligen Mutter von Kasan, das sich im Bogoroditsky-Kloster im Centrum der Stadt befindet und in ganz Ruhland große Verehrung genießt, ist heute nacht von Dieben gestohlen worden. Das Bild ist wegen seiner Einfassung mit Edelsteinen sehr wertvoll. Die Diebe sind nicht aufgefunden worden. Unter der Bevölkerung herrscht große Verärgerung.“

Da in Ruhland nach einem Ausspruch Nikolaus I. Jedermann stiehlt und höchstens Bücher vor Diebstählen sicher sein sollen, so darf es nicht Wunder nehmen, daß auch einmal ein diamantbesetztes Wunderbild der Verehrung des abergläubischen Volkes entriekt wird.

Ueber ein Grubenunglück wird aus Recklinghausen berichtet: Dienstagabend 9^{1/2} Uhr erfolgte im Schacht 3 und 4 der Zeche „General Blumenthal“ eine Entzündung schlagender Wetter. Ein Bergarbeiter wurde getötet, drei wurden schwer und fünf leicht verletzt. Da die Betriebs- und Wetterführung in Ordnung geblieben war, konnten die übrigen Mannschaften ungehindert hinausgeschafft werden. Auf der Unfallstelle wurde eine durch Gadenstöße beschädigte Sicherheitslampe gefunden. Die Untersuchung wurde sofort eingeleitet.

Ein Lustmordversuch. Aus Erling am Ammersee geht den „Münchener Neuesten Nachrichten“ folgende Mitteilung zu: Gestern nachmittag ging eine Anzahl Kinder zum Erbeerpfäden. Ein Durche von etwa 17 Jahren gestellte sich zu ihnen, lockte erst ein Mädchen, das ihm entwich, dann ein andres zehnjähriges an sich und vergewaltigte es. Mit einem großen Schnitt im Unterleib und mit durchschneidener Kehle blieb das Kind im Sonnenbrand und den zahllosen Wunden ausgelegt liegen, bis es nach fast endlosen Suchen nachts um zehn Uhr noch lebend gefunden und zu einem Arzt gebracht wurde. Trotz der gräßlichen Verletzungen besteht einige Hoffnung, daß das Mädchen am Leben bleibt. Der Thäter ist noch nicht verhaftet, doch glaubt man seine Spur zu haben.

Ein polnischer Industrieort niedergebrannt. Nach einem Telegramm hat eine gewaltige Feuerbrunst den Industrieort Brazhucha in Russisch-Polen, Gouvernement Petrikau, eingeäschert. Vollständig niedergebrannt sind gegen vierhundert Wohnhäuser und drei Fabriken. Hunderttausend Obdachlose kampieren auf den Feldern.

Briefkasten der Expedition.

Wäthe, Lichtenhain. Da wir die dortigen politischen Verhältnisse nicht kennen, so können wir Ihnen g e r a d e keinen Rat darüber geben. Über jedenfalls müssen Sie die neueste Nummer längstens am nächsten Morgen bekommen. Bescheren Sie sich eventuell wegen unpünktlicher Lieferung bei der dortigen Postanstalt.

Wasserstand am 12. Juli. Elbe bei Ruffig — 0,56 Meter, bei Dresden — 2,00 Meter, bei Magdeburg + 0,44 Meter. — Unstrut bei Straußfurt + 0,90 Meter. — Dder bei Maßdorf + 0,64 Meter, bei Derslau Ober-Regel + 4,44 Meter. — bei Derslau Unter-Regel — 1,90 Meter, bei Frankfurt + 0,44 Meter. — Weichsel bei Trautenburg + 2,02 Meter. — Barthe bei Posen + 0,02 Meter. Rabe bei Wsh + 0,35 Meter.

Wetter-Prognose für Donnerstag, den 14. Juli 1904. Zunächst etwas wärmer, vielfach heller bei schwachen südöstlichen Winden; später zunehmende Bewölkung und Gewitterneigung.
Berliner Wetterbureau

Aus Industrie und Handel.

Petroleum-Produkte-Altkien-Gesellschaft, Berlin. Die in 1902 mit 3 Millionen Mark Grundkapital gegründete Gesellschaft, an der die London Shell Transport u. Trading Co. interessiert ist, hat nunmehr laut Eintragung ins Handelsregister ihren Sitz von Hamburg nach Berlin verlegt.

Siemens-Schuckert-Werke. Aus den von der Gesellschaft beim Patentamt bewirkten Patentmeldungen auf die neue, bereits erwähnte elektrische Lampe geht hervor, daß es sich dabei um das Patent auf eine Glühlampe und um das Patent auf eine Lampe, die auf dem Prinzip des Kantalfadens beruht, handelt.

Der Außenhandel Belgiens im Jahre 1903 hat wiederum bemerkenswerte Fortschritte gemacht. Die Gesamteinfuhr vermehrte sich um 12,9 Proz.; sie betrug 4447 Mill. Frank gegen 3940 Mill. Frank im Jahre 1902.

Die Special-Einfuhr kommt Deutschland mit Waren im Werte von 340,2 Mill. Frank in Betracht. Frankreich mit 412,3 Mill. Frank; dann kommt England mit 325,4 Mill. Frank; die Vereinigten Staaten von Amerika mit 266,2 Mill. Frank und Holland mit 229,3 Mill. Frank.

Für die Einfuhr aus Deutschland betrug die Vermehrung nach Angaben der „Frankf. Ztg.“ bei Kohle 3,4 Mill. Frank, bei Vegetabilien, besonders Hopfen, 3,07, Leinengarn 2,05, Erzen 2,42, Metallen, Stahl 2,37 Mill. Frank.

Die Ausfuhr nach Deutschland erfuhr eine Vermehrung für Vegetabilien, Oelfrüchten um 6,8, Pflanzöl 6,8, Dünger 4,76, Wollläden 3,77, Kautschuk 3,10, Leinwand 1,8, Maschinen 1,59, Seidenwaren 1,52, Blei 1,46, Farbstoffe 1,41, Steinfabrik, Gutes 1,28.

Bei der Beurteilung des belgischen Außenhandels fällt an allen Stellen die scharfe Konkurrenz zwischen Deutschland und Frankreich auf, und es ist ganz zweifellos, daß der deutsche Handel in einer handelsvertraglosen Zeit von Frankreich ziemlich verdrängt werden könnte.

Der Kampf der Standard Oil Co. in Rumänien scheint zunehmend erschwert zu werden. Die rumänische Regierung hat sich je länger je mehr völlig auf die Seite der kontinentalen Kapitalisten gestellt, und während sie den Gesellschaften der Deutschen Bank und der Diskonto-Gesellschaft alle möglichen Erleichterungen gewährt, will sie der Standard Oil Co. möglichst keinen Fuß breit rumänisches Land überlassen.

Marktpreise von Berlin am 12. Juli. Nach Ermittlungen des kgl. Polizei-Präsidiums. Für 1 Doppel-Centner: Weizen**, gute Sorte 17,25-17,23 M., mittel 17,21-17,19 M., geringe 17,17-17,15 M. Roggen**, gute Sorte 13,70-13,68 M., mittel 13,66-13,64 M., geringe 13,62-13,60 M.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Donnerstag, den 14. Juli. Anfang 7 1/2 Uhr:

Neues Igl. Opern-Theater. Der Jux in der Unterwelt. Belle-Alliance. Gastspiel von Emil Winter-Tymians in diesem Genre einzig bestehenden 15 Nummern und Sängern.

Anfang 8 Uhr. Schiller O. (Wallner-Theater.) Die weiße Dame.

Westen. Romyette Ritouche. Neues. Einen Jux will er sich machen.

Kleines. Raststahl. Central. Hanne Rüte und ihr lächerlicher Bubel.

Carl Weh. Der Weg zum Herzen. Stadt-Theater Moabit. Großstadt-gaude.

Metropol. Ein tolles Jahr. Winter-Garten. Edith Helena. Gefolge Titcomb. Specialitäten.

Apollo. Venus auf Erden. Apollo. Venus auf Erden. Specialitäten.

Reichshallen. Stettiner Sängerkreis. Die weiße Dame.

Passage-Theater. Terza Semmeloff. Specialitäten. Anfang 5 Uhr.

Urania. Taubenstraße 48/49. Die Insel Rügen. Sternwarte. Täglich geöffnet von 7 bis 11 Uhr.

Schiller-Theater O. (Wallner-Theater.) Morwisch-Oper. Donnerstagabend 8 Uhr:

Die weiße Dame. Freitagabend 8 Uhr:

Populäre Vorstellung bei halben Preisen: Oberon, König der Elfen.

Sonnabendabend 8 Uhr: Gastspiel Heinrich Büchel.

Alessandro Stradella. Der Sommergarten ist eröffnet.

Im Garten des Schiller-Theaters N. täglich großes Militär-Konzert.

Neues Theater.

Schiffbauerdamm 4a-5. Einen Jux will er sich machen.

Anfang 8 Uhr. Morgen: Einen Jux will er sich machen.

Kleines Theater.

Unter den Linden 44. Nachtasyl.

Anfang 8 Uhr. Morgen: Märtyrer. Liebestraum. Kollegen. Serenissimus-Zwischen-spiele.

Central-Theater

Frits Reuter-Cyklus zu empfindlichen Preisen.

8 Uhr: Gastspiel des Igl. Hof-schauspielers Emil Richard u. Josefine Dora.

Hanne Rüte und ihr lächerlicher Bubel. Lebensbild in 5 Akten von Fr. Reuter.

Freitag und Sonnabend: Dieselbe Vorstellung. Sonntag: Unter Präfig.

Carl Weiss-Theater.

Große Frankfurterstr. 132. Nur noch wenige Vorstellungen: Der Weg zum Herzen.

Urania.

Taubenstr. 48/49. Um 8 Uhr im Theater: Die Insel Rügen. Sternwarte

invalidenstr. 57/52. D. GASTAN'S PANOPTICUM.

Friedrichstr. 165. Die vielbewunderten zusammengewachsenen Schwestern

Rosa und Josefa: einzig dastehend in der Welt!!

Passage-Panoptikum. Das Bärenweib, lebend. Der 16-jährige Riesenknabe

Der lange Josef. 217 cm groß. Nada und Mnemos. Gedankenkönig.

Der Leichenfund. Aga, die schwebende Jungfrau. Alles ohne Extra-Entree.

Passage-Theater. Terza Semmeloff. Specialitäten. Anfang 5 Uhr.

Urania. Taubenstraße 48/49. Die Insel Rügen.

Juwelienstraße 57/52. Sternwarte. Täglich geöffnet von 7 bis 11 Uhr.

Schiller-Theater O.

(Wallner-Theater.) Morwisch-Oper. Donnerstagabend 8 Uhr:

Gastspiel Heinrich Büchel. Die weiße Dame.

Freitagabend 8 Uhr: Populäre Vorstellung bei halben Preisen:

Oberon, König der Elfen. Sonnabendabend 8 Uhr:

Gastspiel Heinrich Büchel. Alessandro Stradella.

Der Sommergarten ist eröffnet. Im Garten des Schiller-Theaters N.

täglich großes Militär-Konzert.

Neues Theater.

Schiffbauerdamm 4a-5. Einen Jux will er sich machen.

Anfang 8 Uhr. Morgen: Einen Jux will er sich machen.

Kleines Theater.

Unter den Linden 44. Nachtasyl.

Anfang 8 Uhr. Morgen: Märtyrer. Liebestraum. Kollegen. Serenissimus-Zwischen-spiele.

Central-Theater

Frits Reuter-Cyklus zu empfindlichen Preisen.

8 Uhr: Gastspiel des Igl. Hof-schauspielers Emil Richard u. Josefine Dora.

Hanne Rüte und ihr lächerlicher Bubel. Lebensbild in 5 Akten von Fr. Reuter.

Freitag und Sonnabend: Dieselbe Vorstellung. Sonntag: Unter Präfig.

Carl Weiss-Theater.

Große Frankfurterstr. 132. Nur noch wenige Vorstellungen: Der Weg zum Herzen.

Anfang 8 Uhr. Sonntag: Unter Präfig.

Sonntag: Unter Präfig.

Sonntag: Unter Präfig.

Flotten-Schauspiele

Kurfürstendamm 153/156. Größte Wasserschauspiele der Welt.

Täglich zwei Vorstellungen, um 4 und 8 Uhr. Sonntags drei Vorstellungen, um 3, 5 1/2, und 8 Uhr.

Die Flotte im Frieden und im Kriege. Beschlossen von Port Arthur durch die japanische Flotte.

Vollständig gedeckte Tribüne. Konzertmusik. Preise der Plätze: Mittelloge M. 4,10, Seitenloge M. 3,10, Parkett M. 2,10, I. Platz M. 1,00, II. Platz M. 1,10, Stehplatz 50 Pf., in den Nachmittags-Vorstellungen Preisermäßigung. Die Tageskasse ist von 10 Uhr vormittags an geöffnet.

Neue Welt.

Hasenheide 108/114. Arnold Scholz. Donnerstag, den 14. Juli 1904:

Gala-Monstre-Feuerwerk. Vollständig neue pyrotechnische Brauchschaulude.

Schlussfront: 57282. Unsere Marine. Militär-Konzert Specialitäten-Vorstellung.

3. Reg.-Rgt. IV. Garde-Reg. I. B. Das sensationelle Juli-Programm.

Anfang 5 Uhr. Billets im Vorverkauf 40 Pf. Entree 50 Pf. Vorkaufbillets haben Giltigkeit gegen Nachzahlung von 25 Pf.

Max Kliem's Sommer-Theater

Hasenheide 13-15. - Kritische Leitung: Paul Milbitz. Täglich: Gr. Konzert, Theater- u. Specialitäten-Vorstellung.

Jeden Montag: Sommerfest. - Jeden Mittwoch: Die beliebtesten Kinderfeste. - Jeden Donnerstag: Elite-Tag.

Die Kofferstücke ist täglich von 2 Uhr ab geöffnet. 2 hochlegante Regelbahnen, Wägelchen, Konditor, Blumenstand etc.

In den Sälen: Grosser Ball.

Buss' Salon

85 Grosse Frankfurter Strasse No. 85. Empfehle den geehrten Vereinen etc. meine Säle mit großem Naturgarten und Bühne zu Festlichkeiten und Versammlungen.

Herbst-Sonnabende noch frei. Jeden Sonntag, Dienstag, Donnerstag und Freitag: Großer Ball: 57672

Wintergarten

Vorletzte Vorstellung in dieser Saison. Neues Programm. Edith Helena, Bravour-Sängerin.

Mason u. Forbes, amerik. Excentrics. Die drei Eitner, Drahtseilkünstler. Lydia Dobranow, Feuerkünstlerin.

Charles und Frederic, Radfahrer. Michel Elmans, Tyroler Sänger. Gebrüder Schwarz, Parodisten. Will Mora, Reckkünstler.

Heloise Titcomb, Sängerin. Die 4 Milons, Kraftnummer. Neisse-Familie, akrobatischer Akt.

Die Rakocys, Ung. Gesangsgruppe. Lebende Photographien vom Kriegsschauplatz.

W. Noacks Theater. Direction: Rob. Dill. Brunnenstr. 16. Grosse Extra-Vorstellung.

Ein Kuchendragoner, oder: Zwei in der Wauselkette. Dazu die vorzüglichsten Specialitäten.

Anfang 6 Uhr. Kaffeehaus u. 3 Uhr ab. BALL.

Ostbahn-Park.

Am Küstrinerplatz. Rüdorsdorferstr. 71. Hermann Imbs. Täglich: Gr. Konzert, Theater und Specialitäten-Vorstellung.

Belle-Alliance-Theater. Im Theater abends 7 1/2 Uhr: Gastspiel von Emil Winter-Tymians

in diesem Genre einzig bestehenden 15 Nummern u. Sängern. Im Sommergarten von 6 Uhr ab:

Curt Goldmann-Konzert. Von 8 Uhr ab: Große Specialitäten-Vorstellung. Nur allereinste Attraktionen.

Sanssouci.

Rottbuser Thor - Stat. der Hochbahn. Täglich im Garten: Hoffmanns Norddeutsche Sänger.

Sonntag, Montag, Donnerstag: Nach der Solree: Tanz. Hochentags haben Vor-sprechstunden, auch die zu den Theater-abenden ausgegebenen, Giltigkeit.

Victoria-Brauerei

Lützowstr. 111/112. Täglich im Garten oder Saal: Horsts Norddeutsche Humoristen und Quartett-Sänger.

Anf.: Woche 8 Uhr. Sonntags 7 Uhr. Bons haben Giltigkeit.

Etablissement Fuggenhagen

Moritzplatz. Täglich von 12-4 Uhr: Mittagstisch. Im großen schattigen Natur-garten jeden Abend 8 Uhr:

Konzert. Dienstag, Donnerstag, Sonntag: Fährmann-Walde-Sänger. Sonnabends: Tanz. im Kaiser-saal.

Berliner Prater

Theater. Kastanien-Allee 7-9. Täglich: Vineta. Vantom. Kalamitäten in der Küche. Satanello-Trio.

Wardinis. Clown Steffi. Romoss. Ball, Konzert, Specialitäten. Anf. 4 Uhr. Gmtr. 30 Pf. Rum. 31. 50 Pf.

Diez' Specialitäten-Theater.

Landsberger Allee 75/79. Direkt Ringbahnstation. Ob schon! Täglich Ob Regem im herrlichen Garten ob. gr. Saal:

Das neue konturrenz. Programm, u. a. mit hübschem Bühnen-spiel.

Die 5 Wolsons. 4 Vulkanos, bester Glimmer-Akt. Orig.: Fritz Brand, Humorist. Senor & Berard, der Langhummel.

Die seltsame Nonnen, Renner-Stango u. Der Bäckerstreif. Große aktuelle Vantomime. Kaffeehaus. Volksbelehigungen. Sonntag, Montag und Sonnabend bis 2 Uhr: Ball. Entree 20 Pf.

Ostbahn-Park.

Am Küstrinerplatz. Rüdorsdorferstr. 71. Hermann Imbs. Täglich: Gr. Konzert, Theater und Specialitäten-Vorstellung.

Bernhard Rose-Theater

Gesundbrunnen, Badstraße 58. Heute: Elite-Tag. Das Sensations-Juli-Programm, u. a.:

Paul Coradini. Clown Loliet mit seinen dreifachen Klappertücheln.

Elite-Ball. Entree 30 Pf., nummerierter Platz 50 Pf. Anfang 4 1/2 Uhr.

Schweizer-Garten

Am Königsthor. Am Friedrichshain. Täglich: Theater-Vorstellung mit wechselndem Programm.

Am 1. und 15. jeden Monats Specialitäten-Wechsel. Zum Schluss: Die Rechenburg.

Vollständig mit Bezug in zwei Akten. Entree 30 Pf. Täglich: Jeden Mittwoch: Ball. Kinderfest.

Wilhelm Trapp's Sommer-Theater.

Tegel, Bahnhofstraße 1. Jeden Sonntag u. Donnerstag: Großes Garten-Konzert u. Specialitäten-Vorstellung.

Entree 10 Pfennig. Sonntags referiert 20 Pf. 5542

Club-Haus

72. Kommandanten-Strasse No. 72. Jeden Sonntag: 54232

Grosser Ball. Empfehle meine drei Festtage zu Versammlungen u. Festlichkeiten. Habe auch Sonnabende und Sonntage frei. H. Ebert.

Steppdecken

Gelegenheitskauf. Kattun, buntfarbig. 2,05

Wolladras, alle Farben 4,85

Similiseide, alle Farben 6,00

Schlardecken, Normal- 2,00, 3,00

Special-Haus Emil Lefevre, Berlin S., Oranienstrasse 158.

Freie Volksbühne

Die Vorstellungen der I. Serie im Berliner Theater beginnen am 4. September mit **Goethe: Götz von Berlichingen.**

(Der Mann mit der eisernen Hand.)
Schauspiel in 5 Akten.

II. Serie im Metropol-Theater:
Henrik Ibsen: Die Komödie der Liebe.

Die Mitglieds-Karten müssen in den Zahlstellen abgegeben werden mit der Erklärung bezüglich der weiteren Mitgliedschaft und können gegen die neuen Karten für 1904 bis 1905 eingetauscht werden. Umschreibungen aus der bisherigen Zahlstelle in eine andere können nur im Juli und August nach Begleichung von etwaigen Beitragsresten vorgenommen werden, jedoch muss die neue Karte für 1904/5 aus der alten Zahlstelle abgeholt werden.

Für die **Morwitz-Oper** (Schiller-Theater O.) liegen in unsern Zahlstellen I. Parkett-Billets aus (Kassenpreis 2,50), für die Mitglieder der Freien Volksbühne ermässigt auf 1,60 M. inkl. Garderobe zu allen Abendvorstellungen. (Sonntags 50 Pf. mehr.) Rechtzeitige Vorbestellung in den Zahlstellen ist zu empfehlen.

Der Vorstand. I. A.: G. Winkler.

Der Kampf im Bäckergewerbe!

Folgende Bäckermeister haben am Mittwoch, den 13. d. Mts., den Tarif anerkannt und unterschrieben, sind als geregelt zu betrachten und in der Sonntagsliste nachzutragen:

Norden.
Greifenhagenstr. 15, H. Kalksch.

Rixdorf.
Prinz Handjerystr. 75, D. Lemke.
Bergstr. 16, D. Wieneke.

Die Forderungen durchbrochen resp. zurückgezogen haben folgende Bäckermeister und sind deshalb aus der Liste der Bewilligten zu streichen:

Centrum.
Gipsstr. 17, D. Trumpf.

Nord-Osten.
Pallhadenstr. 100, Rufwa.
Lippheuserstr. 28, R. Lange.

Osten.
Bohgagenstr. 33, P. Sturm.
Raiternstr. 2, B. Zepin.

Wangerstr. 19, H. Kalksch.
Schreinerstr. 4, Langstik.

Süd-Osten.
Glogauerstr. 2, Kohn.
Kottbusser Damm 20, Böhme.
Wienerstr. 49, Heinrichs.

Süden.
Gräfstr. 10, Krause.
Schönleuistr. 23, Ruderb.

Urbanstr. 49, B. Hein.
Camphausstr. 6, Bändler.
Fischerstr. 22, Bergner.

Weissensee.
König-Platz 46, P. Springer.

Mariendorf.
Chausseestr. 3, Franke.
11, Tsch.
65, Kalksch.

Die Verbandsleitung.

Bureau: Gipsstr. 2. Telefon Amt III, 1243.

Central-Verein der Bildhauer Deutschlands.

Verwaltungsstelle Berlin.
Sonntagabend, den 16. Juli cr., abends 8 Uhr, im Restaurant Karpfentelch, Treptow, Köpnick Landstraße:

Gemütliches Beisammensein mit darauffolgendem Tanz.

Eintritt frei. — Tanz 50 Pf. Gäste willkommen.
Den geehrten Damen ist die Kaffeeküche von 4 Uhr an geöffnet.
Zahlreichen Besuch erwartet. (21/18) Das Vergnügungs-Komitee.

Central-Verband der Steinsetzer, Pflasterer und Berufsgenossen (Filiale Berlin I).

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß am Sonntagabend, den 16. Juli d. J., das

Stiftungsfest

in Fröbels Allerlei-Theater, Schönhauser Allee 148 stattfindet. — Wir bitten die Gewerkschaften, da wir im Streit stehen, uns recht zahlreich zu besuchen. 174/4* Der Vorstand.

Scheruchsfestsäle

Rüdersdorferstr. 45.
Säle und Vereinszimmer von 50-2000 Personen fassend für Versammlungen und Festlichkeiten noch einige Sonntagabende und Sonntagtage frei. — Coucoufeste Bedingungen. 56322*

Fludern, 50 Stk.

Reine Äußerst haltbare
aus dem Rauch nur 1,90 M. feinst.
21 Mark an, direkt in der Fabrik
tiefende Marjes, D. 3 1/2, R. Ernst
Napp Nachf., Zwinmünde Nr. 56.

Alle Wanzen

werden nebst Brut durch mein Mittel vollständig vertilgt. — Pl. 50 Pf. u. 1.00. — Ebenso Schwaben, Ruffen, Franzosen, Blattläuse u. Schil. 30 Pf., 60 Pf. u. 1.00. 54162*

1000 Mark Belohnung

zahlt demjenigen, der mir einen Richterfolg nachweist. Nur allein echt bei Hugo Barth, Drogerie, jetzt Brunnenstr. 14, früher Nr. 18.

Rahmbierkäse

aus Vollm., mild pikant schmeckend, ein. exaktst Feines, Äußerst haltb., Steine v. 3 1/2, Gew. offeriere in Staniolpackung, 4 1/2, Kg. netto zu M. 6 fr. Radu, G. Maisch Nachf., Memmingen (Bayer. Allgäu).

Wer-Stoff-hat,

fertige Herrenanzug, 20 M., feinste Stoffe, 2 Anproben, für tadelloser Sitz beim gold. Medaille. Ludwig Engel, Preussenerstr. 33, II. (Allegandereplatz). — Begründet 1892. 26826

Beerdigungs-Verein Berliner Zimmerleute.

Sonntagabend, den 16. Juli 1904, findet in den Gesamträumen des

Böhmischen Brauhauses, Landberger Allee 11/13 unser diesjähriges

Stiftungs-Fest

statt, bestehend in:

Großem Sommernachts-Ball

sowie der Feier des 50jährigen Gesellen-Jubiläums

unserer beiden Mitglieder Ernst Röhl und Herm. Altstein

wozu wir die Mitglieder, Freunde und Gönner unseres Vereins einladen, recht zahlreich zu erscheinen.

Anfang 8 1/2 Uhr. Ende ???

Eintrittskarten hierzu sind vorher bei den unterzeichneten Komiteemitgliedern zu haben:

H. Girke, Waldemarstr. 49, par. C. Mahn, Eisenbahnstr. 31, II. Böchner, Gellertstr. 28. Posteur, Schullstr. 102, 5. Aufg. II. Schwanz, Kolontzstr. 3/4, D. III. Schiller, Brangestr. 56, par. I. Jahr, Uebomstr. 10, I. St. II. Außerdem bei den Mitgliedern Herren:

Bandlow, Langestr. 13 im Restaurant. Brunzel, Wilsnaderstr. 61, St. III. Schacht, Preussenerstr. 209a. Seidel, Dersingerstr. 20.

Abendkasse findet nicht statt. Das Komitee.

Nur noch einige Tage!

Mariendorfer Hochbau-Terrain!

200 Baustellen von M. 3000.— an, prachtvoll geschnitten M. 3.— und M. 4.— pro Quadrat-Meter netto Baustelle, zur Straße nichts mehr abzutreten.

Kanalisation, Gas, Wasserleitung, elektrisches Licht, 3 Minuten vom Endpunkt der elektrischen Bahn Behrensstraße-Mariendorf. 23906*

Verkäufer, auch Sonntags von 3-8 Uhr, auf dem Terrain. Eigentümer A. Lowrek, Berlin, Gneisenaustr. 52.

Jedes 5 Pfennig. Wort: 5 Pfennig.

Das erste fettdruckte Wort 10 Pf. Worte mit mehr als 15 Buchstaben zählen doppelt.

Verkäufe.

Jackentanzüge, Gehrockanzüge, Sommerpaletots, Herrenhosen, Kleider, Sportbillige Preisreduktion. Blankenbühlstr. Weidenweg 19. 437*

Korsettwaaren, Einlaufwaaren, Aussteuerwaaren, Betten, Gardinen, Steppdecken, Regulateure, Freischwinger, Herrenhosen, Damenanzüge, Herrenketten, Damenketten, Fräulinge, Spiegel, Nachschlafbetten. Frankenhofstr. 19. 437*

Leppiche! (Leppiche!) in allen Größen für die Hälfte des Wertes an Leppichler Brünn, Gadecher Markt 4, Bahnhofs Böde. 142/12*

Hochverehrte Herren-Anzüge, Paletots, Bekleider, vorjährig, aus reinen Stoffen, sportbillig. Deutsches Verleihanhaus, Jägerstraße 63, eine Treppe. 23558*

Leppiche mit Farbenflecken Fabrikalierere Große Frankfurterstraße 9, parterre. 437*

Rahmschinken! Ringstich, Adler, Central-Bobbin, Orion, Wheeler und Wilson, Clastic, Säulen u. Prima Qualität, Preis billigt. Für die Güte meine: Rahmschinken sprechen Tausende meiner Kunden. Drei Jahre reelle Garantie, bei Abzahlung konstante Bedingungen. C. Wellmann, Gollnowstraße 26, nahe der Landbergerstraße. Alle Maschinen neuere in Zahlung. 23718*

Weiche Herrenhüte, gute Qualität, Stück 95 Pfennig. Bessere Sachen enorm billig. Fabrikat. Compitor Neue Friedrichstraße 81 I, Ude Königsstraße, und Holzmarktstraße 37 A, parterre, früher Kaiserstraße 25 A. Sonntags geöffnet. 23838*

Kinderwagen, elegante Wandelwagen, Sportwagen, Kinderbettstelle, sportbillig. Schneider, Rurflingerstr. 172. 23296*

Adlerhof. Garten - Geschäft 1. Oktober zu verkaufen. Friedenstraße 1. 23338*

Kanarienhöhne, Vorkäufer verkauft Krebs, Köpnickstraße 154a. 437*

Kanarienhöhne verkauft Brandt, Gollmarstr. 61. 4129

Gardinenhand Große Frankfurterstraße 9, parterre. 437*

Sofas, größte Auswahl, von 21 Mark an, direkt in der Fabrik Blumenstraße 35 b. 23618*

Fahrräder, Teilszahlungen, hundertfünftel Mark, Anwalidenstraße 148 (Eingang Bergstraße), Stahlbergstraße 40, Große Frankfurterstraße 56.

Strickmaschinen, auch Teilszahlungen, Drebered, Engelauer 20.

Rahmschinken. Zahl bis 10 Mark für jeden Kauf oder Nachweis einer Rahmschinken alle Systeme. Postkarte genügt. Lieferung sofort. Woche 1.00. Vorkauf, Kornbocherstraße 50. 114/8*

Obst, Gemüsegeschäft, gut gefüllt, ohne Konsumwaren, wegen Krankheits sofort zu verkaufen Poststraße 52. *

Vered. Sportwagen, elegante Kinderwagen, Kinderbettstellen sportbillig. Schneider, Rurflingerstr. 172. 23296*

Grünen Bohndorff, Gebäuliste, 92 Quadratruddern, verkauft billig Schulz, Rixdorf, Renuastraße 12/13. *

Parzellen jeder Größe, 2 1/2 Hektar vom Centrum Berlins, Quadratruddern 6 Mark, billigst gelegen, verkauft Schulz, Rixdorf, Renuastraße 12/13. *

Vorjährige hochelegante Herrenanzüge und Paletots aus feinsten Stoffen, 25 bis 40 Mark. Verleihanhaus Germania, Unter den Linden 21.

1000 neue Rahmschinken gebe auf Abzahlung, ohne Anzahlung, Langschicht, hochartig, komplett, mit allen Apparaten. Elegante Ausstattung, drei Jahre reelle Garantie. Wellmann, Gollnowstraße 26, nahe der Landbergerstraße. Alle Maschinen neuere in Zahlung. 23718*

Malstrahltrieb. Blutbildend, für Glutarme, Brustkrankte, Schwächliche, Gewichtszunahme, bessere Verdauung, überaus gesund. 14 Pfennig 3 Mark 1/2, Lonne 3,50 reifen. Nicht Flaschenzahl. Qualität unerschütterl. Forter - Kellerei Ringler, Bernauerstraße 119. 143/1*

Steppdecken billigst Fabrik Große Frankfurterstraße 9, parterre. 437*

Wirtschaf, 9 Zimmer Möbel, auch einzeln, kaumend billig, Köpnickstraße 126 a, I. 2657b

Kleine Anzeigen.

Rahmschinken aller Systeme ohne Anzahlung, möglichen 1.00. Für jedes Garantie. Unterricht im Stehen, Stopfen gratis. Postkarte genügt. Wienerstraße 6, Adlerstraße 113, Beilkenstraße 78.

Betten, sportbillig, 18,00, Dresdenstraße 38, Michel. 2668b

Speiseraum, gutgehend, günstig zu verkaufen oder zu verpachten. Alle Poststraße 48a, I.

Zuchstoffsche zu Herrenanzügen, neueste Muster, Gelegenheitskäufe sportbillig. Ludwig Engel, Preussenerstraße 33 II, Alexanderplatz. Begründet 1892. 26818

Rahmschinken sämtlicher Systeme ohne Anzahlung, Woche 1.00. Gebrauche 10.00. Postkarte genügt. Frankfurter Allee 10, am Ringbahnhof. 4141*

Wappargellen, nahe Wald und Wasser, in Ermer! Quadratruddern 12 Mark. Beliebige kleine Anzahlung, eventuell bequeme Abzahlung. Restzahlung 4 Prozent. Grundbesitzer Postamt 82. 2666b

Vier Baustellen, 356 Quadratruddern. 90 Meter Berliner Chausseefront, 5 Minuten Eisenbahnstation. All-Landsberg, auch für Gellingslust. Biele und Wasser. Keine Abtreibung, keine Pfahlfestungen. Rute 12 Mark, kleine Anzahlung. Zimmermann, Scharshorst, Stühlingerstraße 4. 2680b

Schankgeschäft, Baugegend, 1000 Meter, umständlicher billig veräußert oder zu verpachten. Roderer Postamt 65. 489

Kartoffeln, alle Sorten, sind am billigsten im Spezialgeschäft, Rurflingerstraße 10a. (Gelegentliche Bezugsquelle für Restaurateure.) 2675b

Schlaffosa 20,00, Bettstelle, Matrize 15,00, Pallhadenstraße 23, Lederer. 15/11

Cigarrengeschäft krankheitshalber billig zu verkaufen Köpnickstraße 22. 741

Fahrrad billig zu verkaufen. Gluck, Friedenstraße 10, vorn IV. 489

Halbreuer, moderner, sehr gut erhaltener, sämtlicher Zubehör, 40,00. Große Frankfurterstraße 14, Hofgerade. 740

Ringschiffchen, Bobbin, Schnell- nader, ohne Anzahlung, Woche 1.00, gebrauchte 12.00. Köpnickstraße 60/61, Preussenerstraße 59/60 und Große Frankfurterstraße 43. 499*

Deutsche Doggen, Hündin, verkauft billig. Egel, Doppelnerstraße 16. 49

Auspolierung! Sofa 5,00, Matrize 4,00, auch auherm Kauf. Bachmann, Blumenstraße 35 b. 2358*

Fahrräderverkauf, Möbel, Pianino- Bekleidung, Kapplaff, Schönhauser Allee 163a. 23958*

Rechtsbureau (Alexanderplatz), Rurflingerstr. 10/11. Gerichtssachen, Interventionen, Strafsachen, Eingabengeuche, Raterteilung. 115/19*

Handliche Hülberstraße 7. 496*

Rechtsbureau, Gerichtsfragen, Un- fallfragen, Raterteilungen, Schenkverträge, Verträge, Brunnensstr. 97. *

Handliche Rurflingerstr. 27. *

Rechtsbureau! (Kreuzberg), Scherweg vierundzwanzig. Langjähriges! Erfolgreiches! 26215*

Patentanwalt Dammann, Dreienstraße 57, Moritzplatz. Rat in Patentfragen. 26285*

Die Beleidigung, die ich Frau Ida Rint, Lehnstraße 2, angesetzt, nehme ich zurück und erkläre dieselbe für eine ehrenhafte Frau. Christiana Witz, Kummelsburg, Goethestraße 6.

Wäsche wird sauber gewaschen, im Freien getrocknet. Käsen, Leibnizstraße 3, Handbinder O. 10. Abholung Sonntagabends. Carl Pantrach, Köpnick, Waggelmerstraße 40. 26645

Vermietungen.

Mühlenstraße 8, nahe Station Bachauerstraße und Stralauer Thor, sind vom 1. Oktober billige Wohnungen von 2 und 1 Stube mit Zubehör zu vermieten. Näheres selbst beim Verwalter, 8-10, 2-8. *

2 Stuben, Küche, alleiniger Korridor, 1 Stube, Küche, alleiniger Korridor billig. Exerzierstraße 3. *

Schlafstellen. Schlafstelle mit oder ohne Kost. Leg. Köpnickstraße 16, Hof parterre.

Arbeitsmarkt. Stellengesuche. Komit. Gluck, Gropiusstraße 7. 4102*

Stellenangebote. Schlosser, selbständige, auf Gitter und Schrauben, sucht Krause, Rurflingerstr. 11. 483*

Schlossergehilfen verlangt sofort Schlosser K. Blume, Charlottenburg, Schillerstraße 97. 26455*

Bauanschläger verlangt Schlosser K. Blume, Charlottenburg, Schillerstraße 97. 26445*

Tüchtige Barockgoldner werden verlangt bei Reumann, Hennig u. Co., SO. Reughofstraße 21. 49

Tüchtige Hülserleger für Wandbekleidung und Fußboden verlangt Hander, Frankfurter Allee 160.

Schlosser für Schlüsse und Stangen verlangt Ruden, Ritterstraße 71.

Klempner sucht Hirschhorn, Köpnickstraße 149. 26606

Bergolder auf Barockkanten bei Weid, Wienerstraße 9. 26796

Goldbleichen. Tüchtige Farbiger werden verlangt Köpnickstraße 109 a. 2671b

Jungen Grundriener verlangt Wolf, Diefendachstraße 33. 2677b

Fahrdarbeiter, Arbeitsbürche verlangt Günster, Lichtberg, Dersbergstraße 125. 4140

Arbeitsburschen, 14-15 Jahre, verlangt Wolf, Diefendachstraße 33.

Wenderrinnen verlangt Hülshaus, Landbergerstraße 92. 2670b

Cigaretten Arbeiterin verlangt Ben Schar, Greifenhagenstraße 14. 146/20*

Vollkommen kompetenter Arbeiter mit allen Details! Neuoereinrichtung von Fabrik f. Anfertigung v. losen Kautschuktypen wohl vertraut, wird gebeten, sich wegen Vereinbarung an „Tüchtiger Arbeiter“, Hotel Kronprinz, Berlin, z. wenden.

Stukkateure! Wegen Nichtzahlung des verdienten Lohnes durch den Zwischenunternehmer Wandroy ist der Neubau der Bauherra David Franke, Mühlentstr. 57/58, für Stukkateure geipert! 173/15*

Wir eruchen alle Kollegen, die Sperre nur für diesen Bau bei allen Unternehmern einzubalten, welche ev. verfahren, dort Arbeiten auszuführen! Näheres in der Generalversammlung am Montag, den 18. d. d. Bante, Schaffhausenstr. 39.

Die Erdbekleidung.

Central-Verband deutscher Maurer Zweigverein Berlin.

Sektion der Gips- u. Cementbranche

Ausgebrochener Differenzen halber eruchen wir unsere Mitglieder, hauptsächlich **Rabitzputzer** und **Spanner**, den Bau Gmdenerstraße 34/35, Bauherr Peters, Unternehmer Jensen, zu meiden. Näheres Auskunft im Verbandsbureau, Engel-Ufer 15, IV rechts, Zimmer 49. Ansprech: Amt 4 Nr. 1670. 144/15

Verband der Möbelpolierer.

Der Arbeitsnachweis für Subst. und Rixdorf befindet sich nur bei Tschischak, Rammnstr. 6. (Telephon-Amt IV Nr. 5729.)

Bei Robn, Heinrichsplatz, wird Arbeit für Möbelpolierer nicht mehr vermittelt.

Es ist Pflicht aller Kollegen, ihre Arbeitgeber auf obiges sofort aufmerksam zu machen.

Der Vorstand.

146/20*

Der Vorstand.

146/20*

Der Vorstand.

146/20*

Der Vorstand.

146/20*

Der Vorstand.

146/20*

Der Vorstand.

146/20*

Der Vorstand.

146/20*

Der Vorstand.

146/20*

Der Vorstand.